



HDI

Das ist Versicherung.

Nr. 3 / Juni 2016 / 36. Jahrgang

GI aktuell

Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe

Inhalt

Editorial	65	Steuerberaterhaftung	73
GI News	66	Schaden / Verschmelzung / Verlustvorträge / Entgangene Verlustvorträge (BGH, Beschl. v. 5.12.2013 – IX ZR 6/13)	
GI Entscheidungen	66	Steuerberaterhaftung	75
GI Literaturhinweis	96	Abschlusserrstellung / Plausibilitätsprüfung / Insolvenzreife / Hinweispflichten (OLG Saarbrücken, Urt. v. 9.12.2015 – 1 U 13/12)	
GI Literatur-Ecke	96	Versicherungsschutz	83
Versicherungsrecht	66	Finanz- und Versicherungsmakler / Risikoausschlüsse / Vermittlung/Empfehlung von Geldgeschäften / Trennbare Beratungsteile / Wissentliche Pflichtverletzung / Kündigung der Lebensversicherung (OLG Köln, Urt. 24.7.2015 – 20 U 44/15)	
Trennungsprinzip / Abtretung des Deckungsanspruchs (BGH, Urt. v. 20.4.2016 – IV ZR 531/14)		Anwaltsvertrag	86
Anwaltshaftung	68	Mandant: Bundesland / Dritthaftung gegenüber Ministerpräsidenten? / Leistungsnähe / Spezifischer Risikozusammenhang / Drittschutz des GmbH-Geschäftsführers (LG Stuttgart, Urt. v. 24.2.2015 – 9 O 108/14)	
Vorteilsausgleichung / Betreuungsunterhalt / Familienunterhalt (BGH, Urt. v. 16.3.2016 – XII ZR 148/14)		Versicherungsschutz	94
Insolvenzverwalterhaftung	71	Honorarrückzahlungsanspruch / Rückforderungsanspruch in Form des Schadenersatzanspruchs / Verjährung gemäß § 12 VVG a.F. (LG Darmstadt, Urt. v. 4.3.2014 – 17 O 142/13)	
Verjährung des Schadenersatzanspruchs / Anspruch des Insolvenzschriftstellers / Ersatz des Gesamtschadens / Verkürzung der Insolvenzmasse / Verjährungsbeginn (BGH, Urt. v. 16.7.2015 – IX ZR 127/14)			

DEUTSCHER STEUERBERATERTAG 2016



Besuchen
Sie uns am
Stand 13

HDI

39. DEUTSCHER STEUERBERATERTAG 2016

Chancen und Risiken der Digitalisierung

Beim Deutschen Steuerberatertag sprechen Kollegen über die zentralen Anliegen unseres Berufs, informieren sich über aktuelle Fachthemen und genießen einige Tage im wunderschönen Dresden mit Freunden und Kollegen aus ganz Deutschland und darüber hinaus. **Seien Sie dabei!**

Nutzen Sie den Frühbucherrabatt bis 31. Juli 2016!

vom 9. bis 11. Oktober 2016 in Dresden

www.steuerberatertag.de

Das Beste vom Steuerberatertag 2016

Die Stadt

Ein abwechslungsreiches Rahmenprogramm bietet viele Möglichkeiten, gemeinsam mit Kollegen die wunderschöne Stadt Dresden kennenzulernen.



Das Programm

Das Fachprogramm greift die wichtigsten fachlichen Themen heraus und verschafft Ihnen einen kompakten Überblick über das aktuelle Geschehen.

Die Kollegen

Hier treffen sich Kolleginnen und Kollegen zum Reden, Informieren, Wiedersehen, Kennenlernen, Entdecken und Feiern!



Die Abende

Abends wird gefeiert. Beim Galadinner im Kleinen Schlosshof der Residenz oder bei der Party im MY HOUSE – dem schönsten Club, den wir je sahen!

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Dr. Jürgen Gräfe
Rechtsanwalt



Der Geschädigte kann nach aktueller Klarstellung des BGH ausnahmsweise eine **Schadenersatzklage direkt gegen den Berufshaftpflichtversicherer eines insolventen Notars, Steuerberaters oder Anwalts** erheben, wenn ihm der Insolvenzverwalter den Versicherungsanspruch wirksam abgetreten hat.

Ein Insolvenzschnldner kann den Insolvenzverwalter auf Schadenersatz in Anspruch nehmen, wenn dieser versäumte, vor Verjährungseintritt, einen zur Insolvenzmasse gehörenden Anspruch geltend zu machen und dadurch die Masse geschädigt hat. Die **Verjährung** dieses Schadenersatzanspruchs **beginnt erst mit Rechtskraft des Beschlusses über die Aufhebung des Insolvenzverfahrens**.

Der BGH bestätigt, dass der nach den Grundsätzen des Gesamtvermögensvergleichs zu **ermittelnde Schaden sich allein auf den Steuerverlust beschränken kann**. Im Entscheidungsfall war eine Verschmelzung von 2 GmbH's in der „falschen“ Richtung durchgeführt worden. Es verfiel der Verlustvortrag der verschmolzenen GmbH, da er auf die übernehmende GmbH nicht überging. Durch Verschmelzung in der „richtigen“ Richtung wäre ein wirtschaftlich identisches Unternehmen entstanden. Hier bedarf es keines Vortrags zu Vorteilen bei der Alternativgestaltung durch Kosteneinsparungen oder Synergieeffekten.

Den Steuerberater trifft im Rahmen eines steuerrechtlichen Mandats bei der Bilanzerstellung ohne greifbare, ins Auge springende Anhaltspunkte **keine Pflicht, den Geschäftsführer einer GmbH auf eine mögliche Insolvenzureife hinzuweisen**. Das OLG Saarbrücken schließt sich in dieser Frage der Rechtsprechung des BGH an. Schadenersatzansprüche können aber entstehen, wenn er die Bilanz fehlerhaft erstellt und deshalb ein falsches Bild der wirtschaftlichen Situation wiedergegeben wurde.

Das LG Stuttgart hat die Feststellungsklage eines ehemaligen Ministerpräsidenten gegen einen Rechtsanwalt wegen Falschberatung des Landes zurückgewiesen. Es gebe keine **Drittschutzwirkung des Anwaltsvertrages**. Der Anwaltsvertrag mit dem Land diene nicht auch dem Schutz des Ministerpräsidenten.

Ihr Dr. Jürgen Gräfe

GI News

BFH: Steueransprüche verjähren nicht am Wochenende

Fällt das Jahresende auf einen Sonntag, einen gesetzlichen Feiertag oder einen Samstag, endet die Festsetzungsfrist für Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis erst mit Ablauf des nächstfolgenden Werktags, wie der BFH mit Urteil vom 20.1.2016 – VI R 14/15 entschieden hat.

Im Streitfall beantragte ein Arbeitnehmer für 2007 die sog. Antragsveranlagung gemäß § 46 Abs. 2 Nr. 8 des Einkommensteuergesetzes (EStG). Der Antrag ist innerhalb der sog. Festsetzungsfrist zu stellen. Diese Frist beginnt mit Ablauf des Jahres der Steuerentstehung und beträgt vier Jahre. Der Antrag ging im konkreten Fall beim FA erst am 2.1.2012 ein. FA und FG sahen dies als verspätet an, da die Festsetzungsfrist bereits mit Ablauf des 31.12.2011 geendet habe.

Dem ist der BFH entgegengetreten. Der Kläger habe den gemäß § 46 Abs. 2 Nr. 8 Satz 2 EStG erforderlichen Antrag rechtzeitig gestellt. Zwar verjähre die Einkommensteuer 2007 eigentlich mit Ablauf des Jahres 2011. Als Besonderheit sei aber zu berücksichtigen, dass das Jahresende 2011 auf einen Samstag gefallen sei. In einem solchen Fall trete Verjährung nicht mit Ablauf des 31.12., sondern nach § 108 Abs. 3 der Abgabenordnung erst mit Ablauf des nächsten Werktages und damit am 2.1.2012 ein. Folglich sei der Kläger – entgegen der Auffassung von FA und FG – für 2007 zur Einkommensteuer zu veranlagern.

Die Entscheidung des BFH ist auch für die Verjährung zum Jahresende 2016 von Bedeutung, da der 31.12.2016 auf einen Samstag fällt.
(BFH, Urt. v. 20.1.2016 – VI R 14/15)

Pressemitteilung des BFH v. 30.3.2016 ■

Versicherungsrecht

- Trennungsprinzip
- Abtretung des Deckungsanspruchs
(BGH, Urt. v. 20.4.2016 – IV ZR 531/14)

Leitsatz:

Das Trennungsprinzip in der Haftpflichtversicherung steht einer unmittelbaren Inanspruchnahme des Versicherers durch den Geschädigten auch ohne vorherige Feststellung des Haftpflichtanspruchs nicht entgegen, wenn der Deckungsanspruch wirksam an den Geschädigten abgetreten ist. ■

Zum Sachverhalt:

Die Kläger nehmen – teils aus eigenem, teils aus abgetrete-

nem Recht – die beklagte Anwaltssozietät unter anderem wegen unnütz aufgewandter Prozesskosten bei der Verfolgung von Schadenersatzansprüchen gegen einen Notar in Anspruch. Diese Ansprüche beruhen darauf, dass dem Notar bei der vertraglichen Gestaltung der Übertragung von insgesamt elf Grundstücken Fehler unterlaufen sind, die zum doppelten Anfall der Grunderwerbsteuer bei den Erwerbern führten. Bei diesen Erwerbern handelt es sich um eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts, an der der Kläger zu 1) beteiligt ist, die Klägerin zu 2) und einen Rechtsanwalt, der seine Ansprüche gegen die Beklagte an den Kläger zu 1) abgetreten hat (im Folgenden als Zedent bezeichnet).

Die Beklagte war von den Klägern und dem Zedenten mit der Geltendmachung dieser Ansprüche mandatiert worden, nachdem der Notar verstorben und Nachlassinsolvenz angeordnet worden war. Die Insolvenzverwalterin erkannte die zur Tabelle angemeldeten Schadenersatzansprüche gegen den Notar nicht an, trat jedoch die Freistellungsansprüche des Notars aus seiner Berufshaftpflichtversicherung gegen den Versicherer an die Erwerber ab.

Die Beklagte erhob für den Zedenten zunächst bezüglich eines von ihm erworbenen Grundstücks Klage gegen den Versicherer auf Zahlung, hilfsweise Feststellung der Deckungspflicht. Hierbei sollte es sich nach Vorstellung der Beteiligten um einen Musterprozess handeln. In erster Instanz wurde diese Klage zwar mit dem Hauptantrag abgewiesen, jedoch stellte das LG auf den Hilfsantrag fest, dass der Versicherer verpflichtet sei, Leistungen in Höhe von 36.040 EUR zu gewähren.

Daraufhin erhob die Beklagte nunmehr für die Kläger Feststellungsklagen gegen den Versicherer auch bezüglich aller weiteren Grundstücke. Diese Klagen wurden wegen fehlender Aktivlegitimation abgewiesen. Die Abtretung des Deckungsanspruchs durch die Insolvenzverwalterin sei wegen des in § 7 Ziff. 3 AHB der Haftpflichtversicherung des Notars enthaltenen Abtretungsverbots mangels Zustimmung des Versicherers unwirksam.

Parallel dazu wies das OLG im Berufungsverfahren des ersten Prozesses darauf hin, dass auf den Hilfsantrag nur die Feststellung der Deckungspflicht, aber keine Entscheidung über den Haftpflichtanspruch möglich sei. Auf eine dahingehende Antragsbeschränkung des dortigen Klägers erging (nur noch) ein Anerkenntnisurteil des Inhalts, dass die dortige Beklagte verpflichtet sei, Leistungen zu gewähren, soweit sich der vom Kläger geltend gemachte Schadenersatzanspruch „als begründet erweisen sollte“.

Anschließend machten die Erwerber den Haftpflichtanspruch gegen den Notar gerichtlich gegenüber der Insolvenzverwalterin geltend.

Im vorliegenden Rechtsstreit nehmen die Kläger die Beklagte unter anderem auf Ersatz der unnütz aufgewandten Prozesskosten in den wegen der fehlenden Aktivlegitimation erfolglosen Prozessen gegen den Versicherer in Anspruch.

Diese Kosten in Höhe von insgesamt 36.963,86 EUR hat das LG den Klägern durch Teilurteil zuerkannt. Die dagegen gerichtete Berufung der Beklagten hat das OLG zurückgewiesen. Hiergegen wendet sich die Beklagte mit ihrer Revision. ■

Aus den Gründen:

Die Revision ist begründet. Sie führt zur Zurückverweisung der Sache an das Berufungsgericht.

I. Das Berufungsgericht hat ausgeführt, die Prozesse gegen den Versicherer seien überflüssig gewesen, weil die entscheidende Frage nach der Haftung des Notars im vorweggenommenen Deckungsprozess wegen des in der Haftpflichtversicherung geltenden Trennungsprinzips nicht hätte geklärt werden können.

Die Beklagte hätte hierfür den sichersten Weg, nämlich ein Vorgehen gegen die Insolvenzverwalterin, wählen müssen. Die Klagen gegen den Versicherer hätten nur verloren gehen oder eine wertlose Feststellung zum Deckungsanspruch herbeiführen können. Sie seien daher wirtschaftlich sinnlos gewesen. Darüber, dass die Leistungspflicht des Versicherers mit den erhobenen Klagen nicht zu klären gewesen sei, habe die Beklagte die Kläger und den Zedenten nicht genügend aufgeklärt.

Selbst wenn die Kläger die weitere Problematik des Abtretungsverbots hätten erkennen müssen, entlaste das die Beklagte nicht von eigenen Informations- und Beratungspflichten. Es gebe keine ausreichenden Hinweise darauf, dass dem Zedenten die zentrale, sich aus dem Trennungsprinzip ergebende Problematik bewusst gewesen sei, wonach allenfalls ein Feststellungsurteil mit der Einschränkung habe erwirkt werden können, dass der Versicherer wegen des Schadenersatzanspruchs Deckung zu gewähren habe, soweit sich dieser als begründet erwiese, weshalb noch ein getrennter Haftpflichtprozess zu führen wäre.

II. Das hält rechtlicher Nachprüfung nicht stand.

1. Das Berufungsgericht hat zu Unrecht angenommen, dass bereits das in der Haftpflichtversicherung grundsätzlich geltende Trennungsprinzip einem Erfolg der Klagen gegen den Versicherer von vornherein entgegengestanden habe.

a) Dieses **Trennungsprinzip** besagt, dass grundsätzlich im Haftpflichtprozess zu entscheiden ist, ob und in welcher Höhe der Versicherungsnehmer dem Dritten gegenüber haftet, und im Deckungsprozess geklärt wird, ob der Versicherer dafür eintrittspflichtig ist (*Senatsurt. v. 18.5.2011 – IV ZR 168/09, VersR 2011, 1003 Rdnr. 16 m.w.N.; st. Rspr.*).

Das ist im Streitfall nicht deshalb anders, weil über den Nachlass des haftpflichtigen Notars das Nachlassinsolvenzverfahren eröffnet worden ist. Ein **Direktanspruch des Geschädigten**, wie er heute in § 115 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 VVG geregelt ist, besteht nicht, weil die Pflichtverletzung des Notars im Jahre 2001 geschah, der Versicherungsfall also vor dem Stichtag des Art. 1 Abs. 2 EGVVG eintrat und deshalb das Versicherungsvertragsgesetz in der bis zum 31.12.2007 gel-

tenden Fassung (im Folgenden VVG a.F.) anzuwenden ist. Den Klägern stand daher lediglich das **Absonderungsrecht des § 157 VVG a.F.** zu (vgl. auch § 110 VVG 2008).

Zwar kann dieses Recht auf **abgesonderte Befriedigung** ebenfalls dazu führen, dass der Geschädigte den Haftpflichtversicherer des Schädigers auch **ohne Pfändung und Überweisung des Deckungsanspruchs** unmittelbar auf Zahlung in Anspruch nehmen kann. Dies gilt aber nur, wie der Senat mehrfach entschieden hat, unter der weiteren Voraussetzung, dass der **Haftpflichtanspruch des Geschädigten gemäß § 154 Abs. 1 Satz 1 VVG a.F. festgestellt** worden ist, weil dieser durch § 157 VVG a.F. keine weitergehende Rechtsstellung als der Versicherungsnehmer erlangt (*Senatsurt. v. 17.3.2004 – IV ZR 268/03, VersR 2004, 634 unter II 2 juris Rdnr. 11; v. 7.7.1993 – IV ZR 131/92, VersR 1993, 1222 unter 1b juris Rdnr. 7; v. 9.1.1991 – IV ZR 264/89, VersR 1991, 414 unter 2 juris Rdnr. 16*). An einer solchen Feststellung fehlte es hier. Insbesondere hatte die Insolvenzverwalterin den Anspruch nicht anerkannt.

b) Verkannt hat das Berufungsgericht aber, dass eine **Ausnahme** vom Grundsatz der Notwendigkeit vorheriger Feststellung des Haftpflichtanspruchs im Falle einer **wirksamen Abtretung des Deckungsanspruchs an den Geschädigten** gilt, so dass sich Haftungs- und Deckungsanspruch in einer Hand vereinigen, wie der Senat ebenfalls bereits in zwei Fällen entschieden hat (*Senatsurt. v. 13.2.1980 – IV ZR 39/78, VersR 1980, 522 unter I juris Rdnr. 10 und v. 12.3.1975 – IV ZR 102/74, VersR 1975, 655 unter 1 b juris Rdnr. 13 f*).

Diese Ausnahme gilt nicht nur für die dort entschiedenen Sachverhalte einer Abtretung nach § 38 Abs. 3 KVO oder bei Transportverträgen, die dem Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR) unterliegen. Vielmehr hat der Senat in der jüngeren der beiden Entscheidungen ganz allgemein ausgesprochen, dass die Gründe, die gegen die Behandlung der Haftpflichtfrage und der Deckungsfrage in einem einheitlichen Prozess sprechen, dann nicht durchgreifen, wenn der Schädiger seine Deckungsansprüche wirksam an den Geschädigten abgetreten hat (*Senatsurt. v. 13.2.1980, a.a.O.*).

Auch im vorherigen Urteil hat er bereits allgemein ausgeführt, dass das Trennungsprinzip in Fällen entwickelt worden ist, in denen Haftpflichtanspruch und Deckungsanspruch nicht in einer Hand vereinigt waren (*Senatsurt. v. 12.3.1975, a.a.O., juris Rdnr. 13*), **dass der Haftpflichtgläubiger aber nach einer wirksamen Abtretung den Versicherer auch dann auf Zahlung in Anspruch nehmen könne, wenn die Haftpflichtfrage im Haftpflichtverhältnis noch nicht geklärt sei** (*ebenso OLG Stuttgart, VersR 2000, 881 juris Rdnr. 27; a.A. KG VersR 2007, 349 unter 1b juris Rdnr. 20*). Der unmittelbare Zahlungsanspruch in diesem Fall folge auch aus dem Umstand, dass **Haftpflichtanspruch und Deckungsanspruch nunmehr in einer Hand vereinigt** seien; es sei nicht einzusehen, warum der Haftpflichtgläubiger, dem nach der Abtretung beide Ansprüche zustehen, in einem Deckungsprozess die Haftpflichtfrage nicht zur Vorfrage machen dürfe (*Senatsurt. v. 12.3.1975, a.a.O., unter 1b juris Rdnr. 14*).

Anderes ergibt sich nicht aus dem Senatsurteil vom 15.11.2000 (IV ZR 223/99, *VersR* 2001, 90). Diese Entscheidung befasst sich nur mit dem dort hilfsweise verfolgten Deckungsanspruch, nachdem die Revision wegen des abgewiesenen Zahlungsanspruchs nicht angenommen worden war. Die Feststellung einer wirksamen Abtretung des Deckungsanspruchs liegt diesem Urteil nicht zugrunde.

Auch die **herrschende Meinung in der Literatur** ist bereits für das VVG a.F. davon ausgegangen, dass der Geschädigte, dem der Deckungsanspruch wirksam abgetreten ist, direkte Zahlungsklage gegen den Versicherer erheben kann (*Voit/Knappmann in Prölss/Martin, VVG* 27. Aufl. § 156 Rdnr. 11; *Baumann, VersR* 2010, 984, 985 f.; *Höske, VersR* 2013, 952, 954; v. *Rintelen in: Späte/Schimikowski, Haftpflichtversicherung* 2. Aufl. 1 AHB Rdnr. 359).

c) Danach stand das Trennungsprinzip einem Klageerfolg nicht entgegen, sofern die Abtretung des Deckungsanspruchs auch ohne Zustimmung des Versicherers wirksam war bzw. der Versicherer sich auf seine fehlende Zustimmung wegen Treuwidrigkeit nicht berufen durfte. In diesem Fall wäre eine Klärung der Haftpflichtfrage bei richtiger Rechtsanwendung durch die Gerichte gewährleistet gewesen und die erhobenen Klagen wären nicht von vornherein wirtschaftlich sinnlos gewesen, so dass die Beklagte jedenfalls die vom Berufungsgericht angenommene Pflichtverletzung nicht begangen hat.

2. Das Berufungsurteil erweist sich auch nicht aus anderen Gründen als richtig (§ 561 ZPO); ob die Beklagte den Klägern anderweitig wegen Anwaltsverschuldens haftet, kann aufgrund der bislang getroffenen Feststellungen nicht beurteilt werden.

Der Rechtsanwalt muss die Erfolgsaussichten des Begehrens seines Mandanten umfassend prüfen und den Mandanten hierüber belehren. Dazu hat er dem Auftraggeber den sichersten und gefahrlosesten Weg vorzuschlagen und ihn über mögliche Risiken aufzuklären, damit der Mandant zu einer sachgerechten Entscheidung in der Lage ist. Die mit der Erhebung einer Klage verbundenen Risiken muss der Rechtsanwalt nicht nur benennen, sondern auch deren ungefähres Ausmaß abschätzen (*BGH, Urt. v. 10.5.2012 – IX ZR 125/10, VersR* 2013, 102 Rdnr. 22 m.w.N.; st. Rspr.).

Insoweit stellt sich die Frage, ob die Beklagte über das Risiko, dass die Abtretung an die Kläger möglicherweise unwirksam war, ausreichend belehrt hat. Da die Wirksamkeit der Abtretung nach einer in den Versicherungsbedingungen enthaltenen Klausel von der Zustimmung des Versicherers abhängen sollte, konnten die Klagen nur Erfolg haben, wenn das Berufen des Versicherers auf die fehlende Zustimmung treuwidrig war.

Ob insoweit eine zum Schadenersatz führende Pflichtverletzung der Beklagten auch unbeschadet des bei wirksamer Abtretung nicht eingreifenden Trennungsprinzips zu bejahen ist, kann im gegenwärtigen Verfahrensstand nicht beurteilt werden. Hierzu hat das Berufungsgericht – von seinem Rechtsstandpunkt aus konsequent – bislang ebenso keine

Feststellungen getroffen wie zu der Frage, ob eine eventuelle Pflichtverletzung kausal für die Entscheidung der Kläger zur Klageerhebung gegen den Versicherer gewesen ist. Die Sache ist deshalb an das Berufungsgericht zurückzuverweisen, um ihm die Nachholung dieser Feststellungen zu ermöglichen. ■

Anwaltschaftung

- Vorteilsausgleichung
 - Betreuungsunterhalt
 - Familienunterhalt
- (*BGH, Urt. v. 16.3.2016 – XII ZR 148/14*)

Leitsatz:

Schließt die Gläubigerin eines Anspruchs auf Betreuungsunterhalt aus § 1615I Abs. 2 Satz 2 BGB aufgrund einer fehlerhaften Beratung durch ihren Rechtsanwalt über den Fortbestand des Anspruchs bei Eheschließung die Ehe mit einem neuen Partner, kann der Wegfall des Anspruchs auf Betreuungsunterhalt durch den Anspruch auf Familienunterhalt kompensiert werden. ■

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin verlangt vom Beklagten Schadenersatz wegen unrichtiger anwaltlicher Auskunft.

Die Klägerin ist Mutter einer im Oktober 2010 nichtehelich geborenen Tochter. Sie beauftragte den Beklagten, der Rechtsanwalt und Fachanwalt für Familienrecht ist, mit der Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen gegen den Vater ihres Kindes.

In einer E-Mail vom 4.5.2011 teilte die Klägerin dem Beklagten mit, dass sie in einer neuen Partnerschaft lebe und eine Heirat sowie weitere Kinder plane. Auf den Unterhalt nach § 1615I Abs. 2 Satz 2 BGB, der ihr bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres zustehe, wolle sie einerseits nicht verzichten, andererseits aber auch nichts mehr mit dem Kindesvater zu tun haben.

Sie regte daher an, sich mit diesem auf eine Hochrechnung ihres Unterhalts für die drei Jahre zu einigen. Sollte dieser daran kein Interesse haben, sei sie auch gern bereit, bis zum Ablauf ihres Unterhaltsanspruchs in „wilder Ehe“ mit getrennten Wohnungen zu leben, um „voll zu kassieren“. Sie bat den Beklagten um Rat für das weitere Vorgehen.

Der Beklagte antwortete mit E-Mail vom 17.5.2011, der Unterhaltsanspruch nach § 1615I Abs. 2 BGB bestehe mindestens für die dreijährige Regelbetreuung der Tochter und dauere auch fort, wenn die Klägerin heiraten oder in anderer „Lebenspartnerschaft“ leben sollte. Sie müsse nicht in „wilder Ehe“ leben. Die Eheschließung ändere grundsätzlich nichts am Unterhaltsanspruch gegen den Kindesvater.

Die Klägerin heiratete daraufhin im August 2011. Ihr Ehemann ist leitender kaufmännischer Angestellter mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von 7.200 EUR. Die Klägerin verlangt Schadenersatz wegen entgangenen Unterhalts nach § 1615I Abs. 2 Satz 2 BGB für die Zeit von der Eheschließung bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes in Höhe von 31.173 EUR.

Das LG hat der Klage im Wesentlichen stattgegeben. Das Berufungsgericht hat die Klage auf die Berufung des Beklagten abgewiesen. Dagegen richtet sich die zugelassene Revision der Klägerin. ■

Aus den Gründen:

Die Revision bleibt ohne Erfolg.

I. Nach Auffassung des Berufungsgerichts, dessen Urteil in *FamRZ 2015, 882* veröffentlicht ist, haftet der Beklagte gemäß § 280 Abs. 1 Satz 1 BGB wegen Schlechterfüllung des anwaltlichen Geschäftsbesorgungsvertrags dem Grunde nach auf Ersatz des hierdurch verursachten Schadens. Die vom Beklagten erteilte Auskunft, der Unterhaltsanspruch bestehe auch bei Heirat fort, sei nicht korrekt und stelle eine schuldhaft Verletzung der anwaltlichen Beratungspflicht dar.

Der Beklagte habe darauf hinweisen müssen, dass der Unterhaltsanspruch der nichtehelichen Mutter nach der Rechtsprechung des BGH bei einer Verheiratung analog § 1586 Abs. 1 BGB in Wegfall gerate. Im Hinblick auf die am 1.1.2008 in Kraft getretene Unterhaltsrechtsreform habe der Beklagte zudem auf die Problematik hinweisen müssen, ob eine Analogie zu § 1586 BGB noch möglich sei, weil der Gesetzgeber dazu keine ausdrückliche Regelung getroffen habe, und insoweit ein hohes Prozess- und Kostenrisiko bestanden habe.

Bei richtiger Auskunft hätte die Klägerin von einer Heirat abgesehen, um ihren Unterhaltsanspruch nicht zu gefährden, was sie schon bei ihrer Anfrage zum Ausdruck gebracht habe. Der Willensentschluss beruhe psychisch kausal auf der anwaltlichen Fehlberatung.

Problematisch sei jedoch, ob überhaupt und, falls ja, in welcher Höhe der Klägerin ein Unterhaltsschaden entstanden sei. Folge man der Ansicht, dass eine analoge Anwendung des § 1586 BGB nicht mehr möglich sei, so bestünde der Unterhaltsanspruch der Klägerin nach § 1615I BGB fort. Letztlich bedürfe dies aber keiner abschließenden Entscheidung, da die Klägerin den geltend gemachten Unterhaltsschaden nicht schlüssig vorgetragen und ein solcher jedenfalls durch die aus der Eheschließung erwachsenden Vorteile kompensiert worden sei (Vorteilsausgleich).

Die Klägerin habe zu ihrem Unterhaltsbedarf und zur Leistungsfähigkeit nur unvollständig vorgetragen, denn sie habe sich nicht zu den Einkommensverhältnissen des Kindesvaters erklärt. Der Bedarf bestimme sich zwar nach der eigenen Lebensstellung des betreuenden Elternteils, werde jedoch durch den Halbteilungsgrundsatz auf den Betrag begrenzt,

der sich in Folge einer (fiktiven) Heirat mit dem Kindesvater als Quotenunterhalt ergeben würde. Dies erfordere die Darlegung des Einkommens des Unterhaltspflichtigen.

Unabhängig von der mangelnden Schlüssigkeit stehe dem Schadenersatzbegehren der Grundsatz des schadenersatzrechtlichen Vorteilsausgleichs entgegen. Die Klägerin habe durch die Heirat nicht nur ihren Unterhaltsanspruch nach § 1615I BGB für die Dauer der Ehe verloren, sondern zugleich die Rechtsstellung als Ehepartnerin erlangt. Zu dieser Rechtsstellung gehöre unter anderem der Anspruch auf Familienunterhalt nach §§ 1360, 1360a BGB. Vorteil und Nachteil seien kongruent. Beide Ansprüche seien unterhaltsrechtlicher Natur und auf Bedarfsdeckung eines Berechtigten gerichtet.

Einer Anrechnung stünden auch Sinn und Zweck des Schadenersatzes nicht entgegen, der nur darin bestehe, den tatsächlichen Nachteil auszugleichen, nicht aber eine mehrfache Bedarfsdeckung zu ermöglichen. Die Anrechnung sei der Klägerin auch zumutbar. Der Gesetzgeber habe mit den Regelungen in §§ 1586, 1586a BGB die Subsidiarität des bisherigen Unterhaltsanspruchs im Fall der Eheschließung normiert und sich damit gegen eine Kumulation oder Anspruchskonkurrenz entschieden. Dies dürfe nicht im Wege des Schadenersatzes zu einer Anspruchshäufung modifiziert werden. Der Beklagte werde dadurch auch nicht unangemessen entlastet.

II. Das hält rechtlicher Überprüfung stand.

1. Das Berufungsgericht ist zu Recht davon ausgegangen, dass der Beklagte die Rechtsprechung des Senats zur entsprechenden Anwendung des § 1586 BGB auf den Unterhaltsanspruch nach § 1615I Abs. 2 Satz 2 BGB (*Senatsurt. BGHZ 161, 124 = FamRZ 2005, 347*) nicht berücksichtigt hatte und daher dem Grunde nach wegen anwaltlicher Falschberatung gemäß § 280 Abs. 1 BGB zum Schadenersatz verpflichtet ist.

2. Ein möglicher ersatzfähiger Schaden liegt darin, dass die Klägerin wegen der Falschberatung früher als von ihr unter diesen Umständen vorgesehen geheiratet hat und demzufolge ihr Unterhaltsanspruch gegen den Vater ihres Kindes weggefallen ist.

a) **Nach der Rechtsprechung des Senats erlischt der Unterhaltsanspruch gemäß § 1615I Abs. 2 Satz 2 BGB analog § 1586 BGB mit der Verheiratung des unterhaltsberechtigten Elternteils.** Der Senat hat dies damit begründet, dass das Gesetz für den Unterhaltsanspruch nach § 1615I BGB – im Gegensatz zum nachehelichen Unterhaltsanspruch nach § 1570 BGB – keine ausdrückliche Regelung enthält, wie zu verfahren ist, wenn die unterhaltsberechtigte Mutter einen anderen Mann als den Vater ihres Kindes heiratet, und hat darin eine unbewusste Regelungslücke gesehen.

Wenn der Gesetzgeber trotz der großen Nähe zu dem Anspruch aus § 1570 BGB von einer dem § 1586 Abs. 1 BGB entsprechenden Regelung abgesehen, dessen Anwendung

aber auch nicht ausgeschlossen hat, kann das nur auf einer **unbeabsichtigten Regelungslücke** beruhen. **Daher ist schon zur Gleichbehandlung einer geschiedenen Mutter mit der Mutter eines nichtehelichen Kindes im Fall der (Wieder-)Heirat eine entsprechende Anwendung von § 1586 BGB geboten** (Senatsurt. BGHZ 161, 124 = FamRZ 2005, 347, 349 f).

An dieser Rechtsprechung ist auch **nach Inkrafttreten des Unterhaltsrechtsreformgesetzes zum 1.1.2008** festzuhalten. Daraus, dass im Zuge der Reform keine § 1586 BGB entsprechende ausdrückliche Regelung in das Gesetz aufgenommen wurde, kann entgegen den vom Berufungsgericht geäußerten Zweifeln (*ebenso jurisPK-BGB/Viefhues [Stand: 21.12.2015] § 1615I Rdnr. 7.1.) keine Änderung der Rechtslage* hergeleitet werden. Für den Gesetzgeber besteht regelmäßig schon keine Veranlassung, mit einer gesetzlichen Neuordnung zugleich die zu einem bestimmten Rechtsinstitut ergangene höchstrichterliche Rechtsprechung zu kodifizieren und dabei in der Vergangenheit aufgetretene Gesetzeslücken zu schließen. Erst recht kann aus einem entsprechenden gesetzgeberischen Unterlassen nicht die Folgerung gezogen werden, dass dadurch die im Wege richterlicher Rechtsfortbildung ausgeformte Rechtslage geändert werden sollte.

b) Dass die Klägerin bei zutreffender Beratung die Heirat zurückgestellt hätte, ist vom Berufungsgericht beanstandungsfrei festgestellt worden. **Auch wenn es sich bei der Heirat um eine höchstpersönliche Entscheidung handelt, steht dies der Zurechnung eines damit verbundenen Schadens nicht entgegen.**

3. Das Berufungsgericht hat einen Schadenersatzanspruch der Klägerin dennoch zutreffend verneint.

a) Es hat die Darlegungen der Klägerin zum Bedarf und zur Leistungsfähigkeit als nicht hinreichend angesehen, weil sie das Einkommen des Unterhaltspflichtigen nicht vorgetragen habe, und daher einen Unterhaltsschaden als nicht schlüssig vorgetragen angesehen. Das hält den Rügen der Revision stand.

Die von der Revision angeführten unterhaltsrechtlichen Grundsätze zur Darlegungs- und Beweislast finden beim auf den Unterhaltsschaden gerichteten Schadenersatzanspruch keine Anwendung. **Den Schadenersatzkläger trifft vielmehr anders als den Unterhaltsgläubiger im Rahmen des Unterhaltsverfahrens die Darlegungs- und Beweislast auch für die Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen** (BGH, Urt. v. 23.4.1974 – VI ZR 188/72, NJW 1974, 1373 m.w.N.). Demnach kann auch offenbleiben, ob die Senatsrechtsprechung zur Begrenzung des Unterhaltsanspruchs nach § 1615I Abs. 2 Satz 2 BGB im Wege des Halbteilungsgrundsatzes (Senatsurt. v. 15.12.2004 – XII ZR 121/03, FamRZ 2005, 442) zu überprüfen ist und ob es sich hierbei um eine Frage des Bedarfs oder der Leistungsfähigkeit handelt.

Die von der Revision insoweit erhobene Verfahrensrüge greift nicht durch. Die Revisionserwiderung führt hiergegen zutreffend an, dass die Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen jedenfalls nicht unstrittig gewesen ist. Vielmehr

hat das OLG in der mündlichen Verhandlung vom 16.10.2014 ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Beklagte die Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen bestritten hat. Die unterlassene Zurückweisung des diesbezüglichen Beklagtenvortrags als verspätet kann, worauf die Revisionserwiderung zutreffend hinweist, in der Revisionsinstanz nicht gerügt werden (vgl. BGH, Urt. v. 13.2.2006 – II ZR 62/04, NJW-RR 2006, 760 Rdnr. 14 m.w.N.). Ob der Beklagte die Leistungsfähigkeit demnach vollständig oder nur teilweise bestritten hat, kann offenbleiben, weil die Klägerin jedenfalls gehalten war, das bei der Unterhaltsberechnung zu berücksichtigende Einkommen des Unterhaltspflichtigen vorzutragen.

b) Auch die weitere Begründung des Berufungsgerichts, dass ein – unterstellter – Unterhaltsschaden jedenfalls nach den Grundsätzen des **Vorteilsausgleichs** kompensiert worden ist, trägt die Abweisung der Klage. Denn durch die Heirat ist ein **Anspruch der Klägerin auf Familienunterhalt nach § 1360 BGB begründet** worden, der an die Stelle des Unterhaltsanspruchs nach § 1615 I Abs. 2 Satz 2 BGB getreten ist.

Der nach §§ 249 Abs. 1, 251 Abs. 1 BGB zu leistende Schadenersatz umfasst alle Nachteile, die der Geschädigte verglichen mit dem hypothetischen schadensfreien Verlauf erlitten hat. Bei der Bemessung des Schadenersatzes sind hingegen nicht nur die dem Verletzten ungünstigen, sondern auch die ihm schadenbedingt günstigen Veränderungen zu berücksichtigen. Dementsprechend dürfen schädliche und nützliche Folgen des schädigenden Verhaltens nicht voneinander getrennt werden. **Daher sind mit dem Schaden verbundene Vorteile grundsätzlich auf den Schaden anzurechnen** (Vorteilsausgleich; vgl. BGH, Urt. v. 12.11.2009 – VII ZR 233/08, NJW 2010, 675, 676; Staudinger/Schiemann BGB [2005], § 249 Rdnr. 132; Palandt/Grüneberg BGB, 75. Aufl., Vorbem. § 249 Rdnr. 67 ff m.w.N.).

Voraussetzung für eine solche Anrechnung ist, dass **Schadeneintritt und Vorteil im adäquaten Ursachenzusammenhang** stehen. Das ist beim Verlust des Unterhaltsanspruchs nach § 1615I Abs. 2 Satz 2 BGB und dem Entstehen des Anspruchs auf Familienunterhalt, die beide aus der Eheschließung resultieren, unzweifelhaft der Fall. Die außerdem erforderliche Kongruenz zwischen Vor- und Nachteil hat das Berufungsgericht zutreffend unter Hinweis darauf bejaht, dass beide Ansprüche als Unterhaltsansprüche zur Deckung des Lebensbedarfs der Klägerin bestimmt sind und den gesamten Lebensbedarf der (jeweils) nicht erwerbstätigen Klägerin abdecken. Dass der Unterhalt nach § 1360 BGB – abgesehen von Wirtschafts- und Taschengeld – nicht ohne Weiteres in Geld zu leisten ist, ändert nichts daran, dass er zur Deckung des gesamten Lebensbedarfs bestimmt ist.

Schließlich stehen der Anrechnung des Familienunterhalts auf den durch die Falschberatung des Beklagten entstandenen Unterhaltsschaden auch keine mit der Zuerkennung des Schadenersatzanspruchs verbundenen Wertungsgesichtspunkte entgegen. Die Revision weist allerdings zutreffend darauf hin, dass es sich beim Familienunterhalt um gegenseitige Pflichten der Ehegatten handelt und der Anspruch aus § 1360 BGB sich insoweit von demjenigen aus § 1615I BGB unter-

scheidet. Dass es sich hierbei indessen nicht um einen ausschlaggebenden Unterschied handeln kann, zeigt sich an der gesetzlichen Regelung in § 1586 BGB. Diese führt auch beim Unterhalt nach § 1570 BGB zum Erlöschen des Anspruchs, obwohl insoweit ähnliche Unterschiede zwischen Betreuungsunterhalt und Familienunterhalt in der neuen Ehe bestehen.

Dementsprechend hat der BGH im Fall, dass bei Tötung eines im Gewerbebetrieb mitarbeitenden Ehegatten der dadurch geschädigte überlebende Ehegatte wieder geheiratet hat und in der neuen Ehe der früheren Ehe vergleichbare Leistungen erhält, einen Vorteilsausgleich angenommen, ohne darin eine ungerechtfertigte Besserstellung des Schädigers zu erblicken (BGH, Urt. v. 16.2.1970 – III ZR 183/68, NJW 1970, 1127 zur Wiederverheiratung beim Anspruch aus § 845 BGB). Ob eine andere Betrachtung angebracht wäre, wenn der Familienunterhalt etwa mangels Leistungsfähigkeit des Ehegatten keinen adäquaten Ersatz für den weggefallenen Anspruch aus § 1615I Abs. 2 Satz 2 BGB bildet (vgl. Schilling FS, Brudermüller S. 669 ff), kann hier offenbleiben. Denn der Ehemann der Klägerin ist unstreitig hinreichend leistungsfähig.

Das Berufungsgericht ist mithin zu Recht davon ausgegangen, dass der Klägerin eine Anrechnung des Vorteils zumutbar ist und der Beklagte dadurch auch nicht in unangemessener Weise entlastet wird. ■

Insolvenzverwalterhaftung

- Verjährung des Schadenersatzanspruchs
 - Anspruch des Insolvenzschuldners
 - Ersatz des Gesamtschadens
 - Verkürzung der Insolvenzmasse
 - Verjährungsbeginn
- (BGH, Urt. v. 16.7.2015 – IX ZR 127/14)

Leitsatz:

Die Verjährung eines Anspruchs des Insolvenzschuldners gegen den Insolvenzverwalter auf Ersatz eines Gesamtschadens beginnt frühestens mit der Aufhebung oder Einstellung des Insolvenzverfahrens. ■

Tatbestand:

Der Kläger war selbständiger Fensterputzer. Am 6.8.2003 erlitt er aufgrund Fremdverschuldens einen schweren Verkehrsunfall, in dessen Folge am 9.5.2006 das Insolvenzverfahren über sein Vermögen eröffnet und der Beklagte zum Insolvenzverwalter bestellt wurde. In seinem Eigenantrag vom 8.5.2006 hatte der Kläger verschiedene Ansprüche aus dem Verkehrsunfall in der Anlage „Schuldnerverzeichnis (Außenstände)“ aufgeführt.

Im weiteren Verlauf des Jahres 2006 verhandelten der Beklagte und der anwaltlich vertretene Kläger über die Geltendmachung oder Freigabe dieser Ansprüche. Mit Schreiben

vom 24.11.2006 erklärte der hierbei durch die frühere Beklagte zu 1) (fortan: Rechtsanwältin B.) vertretene Beklagte die Freigabe eines Anspruchs, der mit den Worten „Schmerzensgeldanspruch ... aufgrund eines Unfalles, der sich am 6.8.2003 ereignete“ beschrieben wurde.

Am 29.11.2006 erhob der anwaltlich vertretene Kläger Klage gegen den Unfallgegner, den Fahrzeughalter und gegen dessen Versicherung auf Zahlung von Schmerzensgeld und Schadenersatz. Am 22.7.2008 fand eine mündliche Verhandlung statt, in welcher Rechtsanwältin B. als Zeugin vernommen wurde und erklärte, sie habe ausdrücklich und bewusst nur die Schmerzensgeldansprüche, nicht aber die Ansprüche auf Ersatz des materiellen Schadens freigegeben. Durch Urteil vom 18.5.2010 wurde dem Kläger ein Schmerzensgeld in Höhe von 4.000 EUR zugesprochen. Die auf Ersatz materieller Schäden gerichtete Klage wurde mangels Freigabe dieser Ansprüche wegen fehlender Aktivlegitimation des Klägers abgewiesen. Das Urteil wurde rechtskräftig.

Das Insolvenzverfahren über das Vermögen des Klägers wurde durch Beschluss vom 11.4.2012 gemäß § 213 InsO mit Zustimmung der Gläubiger eingestellt.

Mit seiner am 30.12.2011 eingegangenen und am 1.11.2012 zugestellten Klage hat der Kläger den Beklagten und Rechtsanwältin B. auf Schadenersatz in Höhe von 6.000 EUR sowie Zahlung einer angemessenen monatlichen Rente von mindestens 800 EUR in Anspruch genommen. Die Beklagten haben unter anderem die Einrede der Verjährung erhoben. Die Klage ist in den Vorinstanzen erfolglos geblieben. Mit seiner vom Senat zugelassenen Revision verfolgt der Kläger die Ansprüche gegen den Beklagten weiter. ■

Entscheidungsgründe:

Die Revision führt zur Aufhebung des die Berufung des Klägers zurückweisenden Beschlusses, soweit er die Ansprüche gegen den Beklagten betrifft, und zur Zurückverweisung der Sache an das Berufungsgericht.

I. Nach Ansicht des Berufungsgerichts ist der Schadenersatzanspruch aus § 60 InsO verjährt. Der in der Verjährung der Schadenersatzansprüche gegen den Unfallgegner, den Halter und dessen Versicherung liegende Schaden sei mit Ablauf des 31.12.2006 eingetreten. Der Kläger habe Schaden und Schädiger gekannt. Er sei bereits im Jahre 2006 davon ausgegangen, dass der Beklagte nicht tätig werden würde; denn andernfalls hätte er nicht selbst Klage auf Ersatz des materiellen Schadens erhoben.

Die Freigabeerklärung vom 24.11.2006 habe keinerlei Raum für Interpretationen gelassen. Das mindestens grob fahrlässige Verhalten seines Anwalts, der die Erklärung entweder nicht gelesen oder trotz ihres eindeutigen Wortlauts falsch verstanden habe, müsse der Kläger sich zurechnen lassen.

II. Diese Ausführungen halten einer rechtlichen Überprüfung nicht stand. Der Schadenersatzanspruch des Klägers gegen den Beklagten ist nicht verjährt.

1. Grundlage des Begehrens ist § 60 InsO. Nach dieser Bestimmung ist der Insolvenzverwalter allen Beteiligten zum Schadenersatz verpflichtet, wenn er schuldhaft die Pflichten verletzt, die ihm nach der Insolvenzordnung obliegen. Der Kläger wirft dem Beklagten vor, eine zur Insolvenzmasse gehörende Forderung, nämlich den Anspruch auf Ersatz des ihm, dem Kläger, aufgrund des Unfalls am 6.8.2003 entstandenen materiellen Schadens, nicht vor Eintritt der Verjährung geltend gemacht und durchgesetzt zu haben.

Darin läge gegebenenfalls ein **Verstoß gegen die Pflicht zur bestmöglichen Erhaltung und Verwertung der Insolvenzmasse. Diese Pflicht obliegt dem Verwalter nicht nur gegenüber den Insolvenzgläubigern, sondern auch und gerade gegenüber dem Schuldner** (BGH, Urt. v. 26.6.2014 – IX ZR 162/13, WM 2014, 1434 Rdnr. 10 f; vgl. auch BGH, Urt. v. 22.1.1985 – VI ZR 131/83, ZIP 1985, 423, 425; RGZ 152, 125, 127 [Jew. zu § 82 KO]), der ein rechtlich geschütztes Interesse daran hat, den Umfang seiner Nachhaftung (vgl. § 201 Abs. 1 InsO) möglichst zu begrenzen oder sogar einen Überschuss ausgezahlt zu erhalten (vgl. § 199 InsO).

2. Die Verjährung des Anspruchs auf Ersatz des Schadens, der aus einer Pflichtverletzung des Insolvenzverwalters entstanden ist, richtet sich gemäß § 62 Satz 1 InsO nach den Regelungen über die regelmäßige Verjährung nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Gemäß §§ 195, 199 Abs. 1 BGB beträgt die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre und beginnt mit dem Schluss des Jahres, in dem der Anspruch entstanden ist und der Gläubiger von den anspruchsbegründenden Umständen und der Person des Schuldners Kenntnis erlangt oder ohne grobe Fahrlässigkeit erlangen müsste.

3. Der in der Verjährung des Schadenersatzanspruchs liegende Schaden ist mit Ablauf des 31.12.2006 eingetreten. Ob der anwaltlich vertretene Kläger, wie das Berufungsgericht angenommen hat, bereits aufgrund der Freigabeerklärung vom 24.11.2006 Kenntnis von Schaden und Schädiger hatte oder hätte haben müssen, bedarf jedoch keiner Entscheidung. Der Anspruch aus § 60 InsO ist jedenfalls deshalb nicht verjährt, weil der Kläger bis zur Einstellung des Insolvenzverfahrens am 11.4.2012 aus Rechtsgründen an der Geltendmachung dieses Anspruchs gehindert war.

a) Der **Schaden**, welchen der Kläger geltend macht, **besteht in der pflichtwidrigen Verkürzung der Insolvenzmasse um den Wert des Schadenersatzanspruchs, welchen der Beklagte nach der revisionsrechtlich zugrunde zu legenden Darstellung des Klägers pflichtwidrig hat verjähren lassen. Es handelt sich also um einen Gesamtschaden, der während der Dauer des Insolvenzverfahrens durch Zahlung an die Insolvenzmasse auszugleichen ist** (vgl. BGH, Urt. v. 17.7.2014 – IX ZR 301/12, WM 2014, 2009 Rdnr. 11). Gemäß § 92 InsO können die Ansprüche der Insolvenzgläubiger auf Ersatz eines solchen Schadens während der Dauer des Insolvenzverfahrens nur vom Insolvenzverwalter geltend gemacht werden. Richten sich die Ansprüche gegen den Verwalter, ist wegen des Interessenkonfliktes ein neuer Insolvenzverwalter oder ein Sonderinsolvenzverwalter zu bestellen (HK-InsO/Kayser, 7. Aufl., § 92 Rdnr. 40; vgl. auch BGH, Urt. v. 22.4.2004 – IX ZR

128/03, BGHZ 159, 25, 26 [zu § 82 KO]; v. 17.7.2014, a.a.O., Rdnr. 11 [zu § 82 KO] m.w.N).

Gleiches gilt im Falle eines Insolvenzschriftstellers, der einen Anspruch auf Ersatz eines Gesamtschadens hat. Dies ergibt sich zwar nicht aus § 92 InsO, folgt jedoch unmittelbar aus § 80 Abs. 1 InsO. Ansprüche des Schriftstellers, die dieser vor oder nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens erwirbt, gehören gemäß § 35 Abs. 1 InsO zur Insolvenzmasse und unterstehen damit der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis des Insolvenzverwalters. Soweit sich der betreffende Anspruch gegen den Verwalter richtet, muss insoweit ein neuer Insolvenzverwalter oder ein Sonderinsolvenzverwalter bestellt werden.

Bis zur Einstellung des Insolvenzverfahrens gemäß § 213 InsO am 11.4.2012 waren folglich sowohl die Insolvenzgläubiger als auch der Kläger aus Rechtsgründen gehindert, den Schadenersatzanspruch gegen den Beklagten aus § 60 InsO einzuklagen und so den Lauf der Verjährung gemäß § 204 Abs. 1 Nr. 1 BGB zu hemmen.

b) Grundsätzlich beginnen Verjährungsfristen dann zu laufen, wenn der betroffene Gläubiger die Möglichkeit hat, verjährungshemmende Maßnahmen (vgl. §§ 203 f BGB) einzuleiten (BGH, Urt. v. 17.7.2014 – IX ZR 301/12, WM 2014, 2009 Rdnr. 13). Die Vorschrift des § 206 BGB, nach welcher die Verjährung gehemmt ist, solange der Gläubiger innerhalb der letzten sechs Monate der Verjährungsfrist durch höhere Gewalt an der Rechtsverfolgung gehindert ist, bringt diese Wertung klar zum Ausdruck.

Der BGH nimmt folgerichtig in **ständiger Rechtsprechung an, dass die Verjährungsfrist für Schadenersatzansprüche der Konkurs- oder Insolvenzgläubiger, die von ihnen selbst nicht durchgesetzt werden können, nicht früher als mit der Rechtskraft des Beschlusses beginnt, mit welchem das Konkurs- oder Insolvenzverfahren aufgehoben oder eingestellt wird** (vgl. BGH, Urt. v. 22.4.2004 – IX ZR 128/03, BGHZ 159, 25, 28 [zu § 82 KO]; 29 f, InsO zu § 92, InsO m.w.N.; Münch-Komm-InsO/Brandes/Schoppmeyer, 3. Aufl., § 62 Rdnr. 4; Jaeger/Gerhardt, InsO, § 62 Rdnr. 8). Für den entsprechenden Anspruch des Schriftstellers kann nichts anderes gelten. Grundsätzlich beginnt die Verjährungsfrist – das Vorliegen der übrigen Voraussetzungen des § 199 BGB unterstellt – erst mit der Aufhebung oder Einstellung des Insolvenzverfahrens.

c) Der BGH hat bisher offen gelassen, ob trotz fehlender rechtlicher Befugnis zu verjährungsunterbrechenden Maßnahmen dann auf die Kenntnis der Gläubiger abzustellen ist, wenn sämtliche Gläubiger sich über den Schaden und die Person des Ersatzpflichtigen im Klaren waren, aber keiner von ihnen eine Sonderinsolvenzverwaltung oder die Ablösung des schadenersatzpflichtigen und die Einsetzung eines neuen Verwalters beantragt hat (BGH, Urt. v. 22.4.2004, a.a.O., S. 30). Auch der Schuldner kann entsprechende Maßnahmen des Insolvenzgerichts anregen oder sich um die Freigabe des Anspruchs bemühen. Gleichwohl bedarf die im Urteil vom 22.4.2004 aufgeworfene Rechtsfrage im vorliegenden Fall keiner Entscheidung. Sie stellt sich nur deshalb, weil die Gläu-

biger in ihrer Gesamtheit durchaus Einfluss auf den Gang des Insolvenzverfahrens nehmen, insbesondere die Abberufung eines Verwalters oder die Bestellung eines Sonderinsolvenzverwalters erzwingen können. **Die verfahrensrechtlichen Befugnisse des Schuldners bleiben hingegen so weit hinter denjenigen der Gesamtheit der Insolvenzgläubiger zurück, dass es während des laufenden Verfahrens nicht auf seine Kenntnis ankommen kann.**

aa) Die Gläubigerversammlung, deren Einberufung gemäß § 75 Abs. 1 Nr. 3 und 4 InsO von einer qualifizierten Minderheit der Insolvenzgläubiger verlangt werden kann, kann gemäß § 59 Abs. 1 Satz 2 InsO bei Vorliegen eines wichtigen Grundes die Abberufung des Insolvenzverwalters beantragen. Auch der Gläubigerausschuss ist antragsberechtigt. Gegen die Ablehnung eines solchen Antrags steht dem Gläubigerausschuss und dann, wenn die Gläubigerversammlung den Antrag gestellt hat, jedem Insolvenzgläubiger die sofortige Beschwerde zu.

Die Bestellung eines Sonderinsolvenzverwalters können die einzelnen Gläubiger zwar nur nach § 58 InsO anregen. Ein Antragsrecht steht ihnen allein ebenso wenig zu wie die Befugnis zur sofortigen Beschwerde, wenn ein Sonderinsolvenzverwalter nicht bestellt wird. Die Frage einer Sonderinsolvenzverwaltung ist jedoch zulässiger Beratungsgegenstand einer Gläubigerversammlung. Diese hat das Recht, die Bestellung eines Sonderinsolvenzverwalters zu beantragen oder jedenfalls anzuregen. Zur Durchsetzung einer solchen Entscheidung kommt entsprechend § 57 Satz 4, § 59 Abs. 2 Satz 2 InsO ein Beschwerderecht jedes einzelnen Gläubigers in Betracht (BGH, Beschl. v. 30.9.2010 – IX ZB 280/09, NZI 2010, 940 Rdnr. 5).

Ebenso ist die Gläubigerversammlung befugt, Stellung dazu zu nehmen, ob ein vom Sonderinsolvenzverwalter ermittelter Schadenersatzanspruch gegen den Verwalter durchgesetzt werden soll (BGH, Beschl. v. 23.4.2015 – IX ZB 29/13, WM 2015, 1065 Rdnr. 10; vgl. auch BGH, Urt. v. 17.7.2014 – IX ZR 301/12, WM 2014, 2009 Rdnr. 15). Beschließt die Gläubigerversammlung, dass ein Sonderinsolvenzverwalter zur Prüfung und Durchsetzung eines Anspruchs gegen den Insolvenzverwalter eingesetzt werden soll, ist der Insolvenzverwalter nicht berechtigt, die Aufhebung dieses Beschlusses zu beantragen (BGH, Beschl. v. 20.2.2014 – IX ZB 16/13, WM 2014, 571 Rdnr. 9 ff).

bb) **Demgegenüber hat der Insolvenzschnldner nicht das Recht, die Entlassung des Insolvenzverwalters zu beantragen** und sofortige Beschwerde gegen die Ablehnung der Entlassung einzulegen. Gleiches gilt hinsichtlich der Einsetzung eines Sonderinsolvenzverwalters (BGH, Beschl. v. 2.3.2006 – IX ZB 225/04, NZI 2006, 474 f; v. 18.6.2009 – IX ZA 13/09, NZI 2009, 517 Rdnr. 3). Ihm bleibt allein die Möglichkeit, Aufsichtsmaßnahmen des Insolvenzgerichts nach § 58 InsO anzuregen. Ob und inwieweit das Gericht daraufhin tätig wird, steht jedoch allein in seinem pflichtgemäßen Ermessen. Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Insolvenzgerichts, nicht tätig zu werden, sieht die Insolvenzordnung nicht vor. Dafür gibt es gute Gründe. Die Insolvenzordnung will verhin-

dern, dass die Arbeit des Insolvenzverwalters durch Anträge des Schuldners behindert und das Insolvenzverfahren durch Rechtsmittel unnötig in die Länge gezogen wird. Dann kann man dem Schuldner jedoch nicht vorwerfen, keinen Einfluss auf das seinen Einwirkungsmöglichkeiten weitgehend entzogene Verfahren genommen zu haben. Auf seine Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis von den tatsächlichen Anspruchsvoraussetzungen kann deshalb vor Abschluss des Insolvenzverfahrens nicht abgestellt werden.

cc) **Der Kläger hätte noch die Möglichkeit gehabt, den Beklagten um die Freigabe des Schadenersatzanspruchs aus § 60 InsO zu bitten.** Auch insoweit handelt es sich jedoch nur um eine **Anregung, nicht um einen durchsetzbaren Anspruch.** Der Beklagte behauptet selbst nicht, dass er zur Freigabe dieses Anspruchs bereit gewesen wäre. Der Anspruch gehörte zur Insolvenzmasse und hätte vorrangig im Interesse der Insolvenzgläubiger geltend gemacht werden müssen. Auch insoweit kommt eine Anknüpfung des Verjährungsbeginns an die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis des Insolvenzschnldners nicht in Betracht. (...) ■

Steuerberaterhaftung

- Schaden
 - Verschmelzung
 - Verlustvorträge
 - Entgangene Verlustvorträge
- (BGH, Beschl. v. 5.12.2013 – IX ZR 6/13)

Leitsatz (d. Red.):

Zum Schaden bei entgangenem Verlustvortrag. ■

Aus den Gründen:

I. Die Klägerin nimmt die beklagte Steuerberatergesellschaft wegen fehlerhafter Beratung im Zusammenhang mit einer Verschmelzung zweier Gesellschaften, die zur G. Unternehmensgruppe gehörten, auf Schadenersatz in Anspruch.

Mit notariellem Vertrag vom 22.2.2007 beschlossen die damalige T. GmbH und die M. GmbH ihre Verschmelzung, wobei die T. GmbH als übertragender Rechtsträger ihr Vermögen als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten im Wege der Verschmelzung durch Aufnahme auf die M. GmbH übertrug. Im Rahmen einer zugleich vereinbarten Satzungsänderung wurde der Name der übernehmenden Gesellschaft von M. GmbH auf T. GmbH – jetzige Klägerin – geändert. Die Änderungen wurden am 26.3.2007 (Umfirmierung) und am 2.4.2007 (Verschmelzung) in das Handelsregister eingetragen.

Zum 31.12.2006 bestanden für die ursprüngliche T. GmbH Verlustvorträge bei der Körperschaftsteuer in Höhe von 1.194.785 EUR und bei der Gewerbesteuer in Höhe von 487.310 EUR. Demgegenüber bestanden für die übernehmende Gesellschaft bei der Körperschaftsteuer keine Ver-

lustvorträge und bei der Gewerbesteuer Verlustvorträge von lediglich 24.609 EUR. Nach § 12 Abs. 3, § 4 Abs. 2 UmwStG sind die Verlustvorträge der ursprünglichen T. GmbH nicht auf die übernehmende Gesellschaft übergegangen.

Die Klägerin macht diesen Verlust als Schaden geltend. Das LG hat die Klage abgewiesen. Die hiergegen gerichtete Berufung hat das OLG unter Bezugnahme auf seinen Hinweisbeschluss vom 11.10.2012 mit Beschluss vom 3.12.2012 zurückgewiesen. Hiergegen wendet sich die Klägerin mit ihrer Nichtzulassungsbeschwerde.

II. Die Nichtzulassungsbeschwerde ist statthaft (§ 522 Abs. 3 ZPO) und auch im Übrigen zulässig (§ 543 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, § 544 ZPO, § 26 Nr. 8 EGZPO). Sie hat auch in der Sache Erfolg; sie führt gemäß § 544 Abs. 7 ZPO zur Zulassung der Revision, Aufhebung des angefochtenen Beschlusses und zur Zurückverweisung der Sache an das Berufungsgericht. Die Nichtzulassungsbeschwerde rügt mit Erfolg, das Berufungsgericht habe das Verfahrensgrundrecht der Klägerin auf rechtliches Gehör (Art. 103 Abs. 1 GG) verletzt.

1. Das Berufungsgericht hat ausgeführt, bei Geltendmachung eines Regressanspruches wegen fehlerhafter steuerlicher Beratung habe die Schadenberechnung des Mandanten auf der Grundlage der Differenztheorie durch einen Gesamtvermögensvergleich zu erfolgen. Der Geschädigte dürfe sich nicht darauf beschränken, nur einzelne steuerliche Nachteile herauszugreifen. Diesen Anforderungen genüge der Sachvortrag der Klägerin nicht. Zwar stütze sie ihre Schadenberechnung nicht nur auf einen einzigen Steuernachteil – die Körperschaftsteuer –, sondern habe auch den damit zusammenhängenden Solidaritätszuschlag und die Gewerbesteuer einbezogen. Sie gehe aber selbst davon aus, dass es Ziel der Unternehmensumgestaltung gewesen sei, durch die Konzentration und Vereinheitlichung der Gesellschaften in einem Betriebsunternehmen Kosten zu sparen und Synergie-Effekte zu nutzen.

Diese Gesichtspunkte hätten in die Schadenberechnung eingestellt werden müssen. Bei der Verschmelzung einer Gesellschaft auf eine andere handle es sich um einen komplexen Vorgang. In einem solchen Fall genüge der Mandant, der seinen Berater auf Schadenersatz in Anspruch nehme, seiner Verpflichtung zum Schadennachweis nicht dadurch, dass er einige nachteilige Steuerfolgen herausgreife. Vielmehr müssten sämtliche Vor- und Nachteile umfassend gegeneinander abgewogen werden. Hierzu fehlten die notwendigen Ausführungen der Klägerin.

2. Die Nichtzulassungsbeschwerde sieht mit Recht eine Verletzung des Verfahrensgrundrechts der Klägerin aus Art. 103 Abs. 1 GG darin, dass das Berufungsgericht ihr Vorbringen zur jeweiligen Auswirkung der Verschmelzung nach den beiden in Betracht kommenden Richtungen unberücksichtigt gelassen hat.

a) Die Nichtberücksichtigung eines erheblichen Beweisangebots, die im Prozessrecht keine Stütze hat, verstößt gegen Art. 103 Abs. 1 GG (BGH, Beschl. v. 11.5.2010 – VIII ZR 212/07, NJW-RR 2010, 1217 Rdnr. 10; Beschl. v. 19.1.2012

– V ZR 141/11, WuM 2012, 164 Rdnr. 8; v. 6.2.2013 – I ZR 22/12, TranspR 2013, 430 Rdnr. 10). Dies gilt auch dann, wenn die Nichtberücksichtigung des Beweisangebots darauf beruht, dass das Gericht verfahrensfehlerhaft überspannte Anforderungen an den Vortrag einer Partei gestellt hat.

Es verschließt sich in einem solchen Fall der Erkenntnis, dass eine Partei ihrer Darlegungslast schon dann genügt, wenn sie Tatsachen vorträgt, die in Verbindung mit einem Rechtssatz geeignet sind, das geltend gemachte Recht als in ihrer Person entstanden erscheinen zu lassen. Eine solche nur scheinbar das Parteivorbringen würdigende Verfahrensweise stellt sich als Weigerung des Berufungsgerichts dar, in der nach Art. 103 Abs. 1 GG gebotenen Weise den Parteivortrag zur Kenntnis zu nehmen und sich mit ihm inhaltlich auseinanderzusetzen (BGH, Urt. v. 22.6.2009 – II ZR 143/08, NJW 2009, 2598 Rdnr. 2).

b) Diese Voraussetzungen liegen hier vor.

aa) Im Ausgangspunkt zutreffend hat das Berufungsgericht die **Grundsätze über den Gesamtvermögensvergleich** herangezogen. Danach ist im Rahmen der Schadendarlegung nicht auf Einzelpositionen (hier: einzelne Steuerverluste) abzustellen, sondern eine Gegenüberstellung der hypothetischen und der tatsächlichen Vermögenslage vorzunehmen (vgl. BGH, Urt. v. 19.1.2006 – IX ZR 232/01, WM 2006, 927 Rdnr. 33; v. 7.2.2008 – IX ZR 149/04, WM 2008, 946 Rdnr. 45; v. 19.5.2009 – IX ZR 43/08, WM 2009, 1376 Rdnr. 18; v. 17.3.2011 – IX ZR 162/08, WM 2011, 1529 Rdnr. 16).

bb) Den vom Berufungsgericht für maßgeblich angesehenen Gesichtspunkten einer **Kostenersparnis und weiterer Synergie-Effekte kommt hier keine eigenständige Bedeutung** zu; weiterer Vortrag der Klägerin hierzu war nicht geboten. Hinsichtlich des geltend gemachten Beratungsfehlers geht es ausschließlich um die Frage, in welche Richtung die Verschmelzung hätte vorgenommen werden müssen. **Nach dem Sachvortrag der Klägerin ist das verschmolzene Unternehmen nach jeder der beiden in Betracht kommenden Handlungsalternativen wirtschaftlich identisch mit dem nunmehr am Markt tätigen Unternehmen.** Unter diesen Umständen ist nach dem Sachvortrag der Klägerin auch **kein Anhalt** für die Berücksichtigung weiterer **Vorteilsausgleichungen in Form von Kosteneinsparungen und Synergie-Effekten** gegeben. Diesen Kerngehalt des klägerischen Vortrags hat das Berufungsgericht verkannt. Aus seinen Erwägungen wird nicht deutlich, was die Klägerin noch hätte vortragen sollen, wenn die Verschmelzung in die andere Richtung erfolgt wäre. Das Berufungsgericht hat damit verfahrensfehlerhaft überspannte Anforderungen an die Vortragslast der Klägerin gestellt.

III. Der angefochtene Beschluss beruht danach auf einer Verletzung des Anspruchs der Klägerin auf rechtliches Gehör. Es ist nicht auszuschließen, dass das Berufungsgericht zu einer für die Klägerin günstigeren Entscheidung gelangt wäre, wenn es den als unsubstantiiert behandelten Sachvortrag der Klägerin in die Entscheidungsfindung einbezogen und gegebenenfalls hierzu erforderlichen Beweiserhebungen nachgegangen wäre. ■

Steuerberaterhaftung

- Abschlusserstellung
 - Plausibilitätsprüfung
 - Insolvenzreife
 - Hinweispflichten
- (OLG Saarbrücken, Urt. v. 9.12.2015 – 1 U 13/12)

Leitsatz:

Einen Steuerberater trifft im Rahmen eines ihm erteilten steuerrechtlichen (Dauer)Mandats ohne greifbare, ins Auge springende Anhaltspunkte bei Erstellung der Jahresabschlussbilanz keine generelle Pflicht, den Geschäftsführer einer GmbH auf eine mögliche Insolvenzreife hinzuweisen; seine Haftung für eine fehlerhaft erstellte Bilanz bleibt allerdings hiervon unberührt (*Anschluss an BGH, Urt. v. 7.3.2013 – IX ZR 64/12 und BGH, Urt. v. 6.6.2013 – IX ZR 204/12*). ■

Aus den Gründen:

A. Der Kläger ist Insolvenzverwalter in dem auf Eigenantrag vom ... am ... eröffneten Insolvenzverfahren über das Vermögen der Unternehmer (im Folgenden als Schuldnerin bezeichnet). Er nimmt die Beklagte aufgrund behaupteter fehlerhafter Beratung über die Insolvenzreife der Schuldnerin auf Feststellung ihrer Schadenersatzverpflichtung in Anspruch.

Der Geschäftsführer der Schuldnerin beauftragte die Beklagte u.a. mit der Erstellung des Jahresabschlusses zum ... Nach entsprechenden Abschlussarbeiten im Juli und August erstellte die Beklagte am 9.11. ihren „Bericht zur Erstellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom ... – ...“, der nach den Grundsätzen der Fortführung der Unternehmertätigkeit angefertigt wurde. Darin ist für das Geschäftsjahr ein Jahresüberschuss von 50.600 EUR gegenüber einem Jahresüberschuss von 81.000 EUR für ... ermittelt.

Nachdem der Kläger am ... zum vorläufigen Insolvenzverwalter mit Verfügungsbefugnis bestellt worden war, zeigte er mit Schreiben vom ... – beim Insolvenzgericht eingegangen am ... – Masseunzulänglichkeit an. Mit Schreiben vom ... teilte er der Beklagten mit, ihm seien Anhaltspunkte für Ansprüche gegen die Beklagte auf Ersatz von Insolvenzverschleppungsschäden bekannt geworden; zudem erbat er eine Erklärung zur Verjährungshemmung bis zum ... Die Beklagte wies mit Anwaltsschreiben vom ... Schadenersatzansprüche zurück und lehnte eine Verjährungsverzichtserklärung ab.

In dem gegen den Geschäftsführer der Schuldnerin und andere geführten Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft wurde ein Gutachten der M.H. und P. erstellt, auf dessen Inhalt Bezug genommen wird. ...

Durch Urteil der Wirtschaftsstrafkammer des LG Saarbrücken vom 4.3.2014 wurde der Geschäftsführer der Schuldnerin aufgrund seiner geständigen Einlassung wegen vorsätzlicher Insolvenzverschleppung, Bankrotts, Verletzung der Buchführungspflicht und Betruges in 12 Fällen rechtskräftig zu

einer Gesamtfreiheitsstrafe von 1 Jahr und 8 Monaten mit Bewährung verurteilt ... Nach den Urteilsfeststellungen hatte er spätestens im August von der Insolvenzreife der Schuldnerin Kenntnis.

Der Kläger hat behauptet, die Beklagte habe ein umfassendes Dauermandat zur Betreuung der Schuldnerin gehabt. Entgegen dem Bericht der Beklagten sei die Schuldnerin am ... insolvenzreif gewesen. Die Insolvenzreife der Schuldnerin hätte die Beklagte bei pflichtgemäßem Vorgehen erkennen können und müssen. Nach dem Gutachten der GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft vom ... hätten am ... die fälligen Gesamtverbindlichkeiten der Schuldnerin in Höhe von 3.046.102,03 EUR die verfügbaren Finanzmittel von 1.428.584,91 EUR überstiegen, so dass eine innerhalb von drei Wochen nicht zu beseitigende Liquiditätslücke von 1.617.517,12 EUR vorgelegen habe.

Ferner sei die Schuldnerin am ... in Höhe eines nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages von 2.157.874,24 EUR verschuldet gewesen. In dem von der Beklagten erstellten Jahresabschluss für ... seien die in Ausführung befindlichen Bauaufträge mit 6.012.509 EUR und damit in Höhe von 1.444.984 EUR zu hoch bewertet worden. Außerdem sei in dem Bericht der Beklagten vom 9.11. kein Rückstellungsbedarf für verschiedene Bauvorhaben in Höhe von 1.082.053 EUR ausgewiesen gewesen. Unter Berücksichtigung von Steuererstattungsansprüchen für ... in Höhe von 59.418,01 EUR, des Stammkapitals von 25.564,59 EUR und eines Gewinnvortrags von 233.551,31 EUR habe sich zum ... bei Ansatz von Liquidationswerten ein Fehlbetrag von 2.157.874,24 EUR ergeben.

Die Überschuldung habe ununterbrochen bis zum Eigenantrag vom 29.1., bei Gericht eingegangen am ..., fortbestanden. Auf Grund eines Gesamtvermögensvergleichs ergebe sich für den Zeitraum vom 22.9. bis zum 29.1. ein ersatzfähiger Insolvenzverschleppungsschaden der Schuldnerin in Höhe von rund 4,5 Mio. EUR. Die Verbindlichkeiten der Schuldnerin seien vom 1.9. bis zum Insolvenzantrag am 29.1. von 4.899.862,91 EUR auf mindestens 5.977.768,91 EUR gestiegen. Selbst wenn der Schuldnerin im Verhältnis zur Beklagten ein Mitverschulden angerechnet werden sollte, verbleibe die Hälfte des Schadenersatzanspruchs, weil die Beklagte vertragswidrig und grob fahrlässig den schadenssächlichen fehlerhaften Jahresabschluss für erstellt und ihre Aufklärungs- bzw. Warnpflicht gegenüber dem Geschäftsführer der Schuldnerin verletzt habe.

(Anträge: ...)

Sie hat behauptet, ihr sei lediglich ein auf die Erstellung des Jahresabschlusses zum ... beschränktes Mandat erteilt worden. Daneben habe es weitere Einzelaufträge gegeben, aus denen sich klar ergebe, dass ein steuerliches Mandat im weiteren Sinne nicht bestanden habe. Auf Grund des Jahresüberschusses der Schuldnerin zum ... in Höhe von 50.600 EUR habe die Beklagte nicht von einer bilanziellen Überschuldung auf eine insolvenzrechtliche Überschuldung schließen und darüber Auskunft erteilen können.

Insbesondere habe sie pflichtgemäß die Fortführungswerte und nicht etwa die Liquidationswerte für die Erstellung des Jahresabschlusses gewählt. Auch seien unfertige Leistungen nicht überbewertet worden. Vielmehr habe sie eine ordnungsgemäße und nicht überbewertete Aufstellung der in Ausführung befindlichen Bauaufträge auf Grundlage der von der Geschäftsleitung hierfür ermittelten Wertansätze erstellt. Darüber hinaus habe sie den Bedarf an Rückstellungen für die verschiedenen Bauvorhaben ausreichend berücksichtigt. Ihr seien auch keine Vorgänge bekannt geworden, von denen sie auf eine Insolvenzreife der Schuldnerin zum 31.8. hätte schließen müssen. Im Übrigen sei die Geschäftsführung der Schuldnerin nicht aufklärungsbedürftig gewesen. Diese treffe jedenfalls ein erhebliches Mitverschulden, das sich im Verhältnis zum Kläger anspruchsmindernd auswirke.

Mit Urteil vom 28.11.2011 ..., auf dessen tatsächliche Feststellungen gemäß § 540 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 ZPO Bezug genommen wird, hat das LG der Feststellungsklage in vollem Umfang stattgegeben. Zur Begründung hat das LG im Wesentlichen ausgeführt, die Beklagte habe sich pflichtwidrig verhalten, indem sie im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr die Voraussetzungen der Insolvenzantragspflicht fehlerhaft beurteilt und dargestellt habe, obwohl die Zahlungsunfähigkeit der Schuldnerin zum ... eingetreten und spätestens zum 31.3. erkennbar gewesen sei. Die Beklagte hätte daher im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten im Juli und August die Insolvenzschrift der Schuldnerin über die Insolvenzreife aufklären müssen.

Dies stehe aufgrund des im Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft erstatteten und überzeugenden Gutachtens der ... fest, das gemäß § 411a ZPO verwertbar sei. Die Zahlungsunfähigkeit ergebe sich aus dem zum ... erstellten Liquiditätsstatus der Schuldnerin, wonach sich die bestehende Liquiditätslücke stetig vergrößert habe. Die Hinweispflicht der Beklagten sei nicht durch eine Kenntnis des Geschäftsführers der Schuldnerin ausgeschlossen. Es sei auch davon auszugehen, dass die Schuldnerin bei pflichtgemäßem Verhalten der Beklagten bis spätestens zum 21.9. Insolvenzantrag gestellt hätte. Infolgedessen sei der Schuldnerin in der Zeit vom 22.9. bis zum 29.1. ein Insolvenzverschleppungsschaden entstanden, da in diesem Zeitraum weitere Verbindlichkeiten eingegangen worden seien.

Der Kläger habe durch das Gutachten der GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft vom ... nachvollziehbar dargelegt, dass die am 1.9. vorhandenen Verbindlichkeiten in Höhe von 4.899.862,91 EUR bis zum 29.1. auf einen Betrag von 5.977.768,91 EUR angestiegen seien. Der dem Feststellungsantrag zugrunde liegende Schadenersatzanspruch sei nicht aufgrund eines Mitverschuldens des Geschäftsführers der Schuldnerin zu kürzen, da dem Kläger jedenfalls kein geringerer Anteil als die Hälfte des Schadenersatzanspruchs zu ersetzen sei.

Gegen das Urteil des LG, das dem Prozessbevollmächtigten der Beklagten am 14.12.2011 zugestellt worden ist ..., hat die Beklagte mit am 13.1.2012 eingegangenen Prozessschriftsatz ... Berufung eingelegt und diese – nach Verlänge-

rung der Berufungsfrist – mit am 14.3.2012 eingegangenen Schriftsatz begründet. ...

Die Beklagte verfolgt mit ihrer Berufung ihren Klageabweisungsantrag weiter.

Das LG habe die Vertragspflichten der Beklagten verkannt, denn sie sei nicht verpflichtet gewesen, auf die Insolvenzreife hinzuweisen. Die Prüfung der Überschuldung sei eine originäre und nicht delegierbare Verpflichtung des Geschäftsführers der Schuldnerin gewesen. Ihr habe lediglich eine Plausibilitätsprüfung der von der Geschäftsleitung der Schuldnerin ermittelten Wertansätze oblegen, die sie fehlerfrei erbracht habe. Danach sei die Insolvenzreife für sie nicht erkennbar gewesen. Das Gutachten aus dem Strafverfahren sei für die Streitentscheidung im vorliegenden Rechtsstreit untauglich und hätte nicht verwertet werden dürfen, da es nicht dieselbe Fragestellung wie im vorliegenden Verfahren betreffe.

Das LG hätte daher selbst Beweis erheben müssen, zumal die Einholung eines Sachverständigengutachtens beantragt gewesen sei. Mit diesem Beweisangebot habe sich das LG nicht auseinandergesetzt. Infolgedessen liege auch ein Verstoß gegen § 286 ZPO vor, da das LG ein unverwertbares Gutachten verwertet habe.

Die in dem Gutachten erwähnten Verbindlichkeiten in Höhe von 1.169.113,39 EUR hätten zum maßgeblichen Zeitpunkt in Höhe von 312.535,43 EUR nicht mehr bestanden. Zudem seien Kreditoren in Höhe von 400.369,54 EUR nicht anerkannt worden. Stille Reserven in Höhe von 100.000 EUR hätten ebenfalls berücksichtigt werden müssen. Das Anlagevermögen habe zum ... einen Restbuchwert und damit einen Bilanzwert in Höhe von 554.844 EUR ausgewiesen. Der Beklagten habe vor Erstellung des Jahresabschlusses eine von dem Geschäftsführer der Schuldnerin unterschriebene betriebswirtschaftliche Auswertung vom 31.7. vorgelegen, die mit einem vorläufigen Gewinn in Höhe von 46.864,17 EUR abgeschlossen habe. Darüber hinaus habe eine Liquiditätsbescheinigung der Bank vorgelegen.

Die positive Fortführungsprognose ergebe sich auch aus dem Schreiben der GmbH 2 vom 20.12. Das von dem LG herangezogene Gutachten der GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sei zu einem viel späteren Zeitpunkt erstellt worden. Die Kenntnis des Geschäftsführers der Schuldnerin sei von dem LG in diesem Zusammenhang nicht berücksichtigt worden, so dass schon kein Beratungsbedarf bestanden habe. Ebenso habe das LG zu Unrecht einen Schaden angenommen und die Frage des Mitverschuldens unzutreffend beurteilt. Es fehle auch an der Kausalität zwischen Pflichtverletzung und Schaden. Die Vermutung beratungsgerechten Verhaltens greife nicht ein, da der Schuldnerin nachweislich die Insolvenzreife bekannt gewesen sei.

(Anträge: ...)

Der Kläger verteidigt das erstinstanzliche Urteil und trägt im Wesentlichen vor, die Zahlungsunfähigkeit der Insolvenzschrift der Schuldnerin sei für die Beklagte spätestens zum 31.3. erkenn-

bar gewesen. Die Beklagte habe die wirtschaftliche Gesamtsituation der Insolvenzschriftnerin gekannt, da sie im Rahmen eines Dauermandats auch mit der unterjährigen Finanzbuchhaltung beauftragt gewesen sei. Der Bericht zur Erstellung des Jahresabschlusses erstreckte sich auch auf die Aufgabe, ein Urteil über den Jahresabschluss abzugeben, mithin die Insolvenzreife zu prüfen. Das Gutachten aus dem Strafverfahren sei im vorliegenden Prozess verwertbar.

Die Beklagte habe den Jahresabschluss pflichtwidrig nach den Grundsätzen der Fortführung der Unternehmenstätigkeit erstellt und eine falsche Schlusserklärung abgegeben, indem der unzutreffende Anschein eines wirtschaftlich gesunden Unternehmens erweckt worden sei. Zudem habe sie bei Erstellung des Jahresabschlusses pflichtwidrig die unfertigen Arbeiten fehlerhaft zu hoch bewertet und erforderliche Rückstellungen nicht gebildet, weshalb die tatsächlich vorhandene Unterdeckung in der Bilanz nicht ausgewiesen werde. Der Geschäftsführer der Schriftnerin habe die Zahlungsunfähigkeit nicht gekannt.

Das Sachverständigengutachten und auch das LG legten einen zutreffenden Begriff der Zahlungsunfähigkeit zugrunde. Die Einwände der Beklagten gegen die Fälligkeit der Verbindlichkeiten seien entweder unsubstantiiert oder verspätet und daher nicht zu berücksichtigen. Darüber hinaus sei die Schriftnerin auch überschuldet gewesen. Schließlich habe das LG auf der Grundlage des Gutachtens der GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zutreffend einen Schaden der Schriftnerin durch die Pflichtverletzung der Beklagten angenommen. (...)

B. Die Berufung der Beklagten ist nach den §§ 511, 513, 517, 519 und 520 ZPO statthaft sowie form- und fristgerecht eingelegt und begründet worden, mithin zulässig.

In der Sache hat sie auch Erfolg, denn dem Kläger als Insolvenzverwalter über das Vermögen der Unternehmer (§§ 80 Abs. 1, 208 Abs. 3 InsO) steht kein Schadenersatzanspruch gemäß §§ 280, 281 BGB wegen fehlerhafter Erstellung des Jahresabschlusses oder unterlassener Aufklärung des Geschäftsführers der GmbH über deren Insolvenzreife zum ... bzw. spätestens zum 31.8. zu. Pflichtverletzungen der Beklagten bei Ausführung des ihr erteilten Auftrags zur Erstellung des Jahresabschlussberichts der Schriftnerin stehen schon nicht zur Überzeugung des Senats fest (I.).

Im Übrigen wären mögliche Pflichtverletzungen für den geltend gemachten Insolvenzverschleppungsschaden auch nicht ursächlich gewesen (II.).

I. Ein Schadenersatzanspruch aus §§ 280, 281 BGB scheitert schon daran, dass die Beklagte hinsichtlich der möglichen Insolvenzreife der Schriftnerin gegenüber dieser keine Hinweis- und Aufklärungspflichten traf.

1. Art und Umfang der sich aus dem Steuerberatervertrag ergebenden Pflichten richten sich nach Inhalt und Umfang des erteilten Mandats (*MünchKomm-BGB/Heermann*, 6. Aufl. 2012, § 675 Rdnr. 42).

Der Steuerberater ist verpflichtet, sich mit den steuerrechtlichen Punkten zu befassen, die zur pflichtgemäßen Erledigung des ihm erteilten Auftrags zu beachten sind. Nur in den hierdurch gezogenen Grenzen des (Dauer-)Mandats hat er den Auftraggeber auch ungefragt über die bei der Bearbeitung auftauchenden steuerrechtlichen Fragen zu belehren.

Zu den vertraglichen Nebenpflichten des Steuerberaters gehört es, den Mandanten vor Schaden zu bewahren (§ 242 BGB) und auf Fehlentscheidungen, die für ihn offen zu Tage liegen, hinzuweisen (*BGH, Urt. v. 7.3.2013 – IX ZR 64/12, WM 2013, 802 ff, juris Rdnr. 14 m.w.N.*). Dabei gehören zu den vom Steuerberater zu erbringenden Arbeiten im Rahmen eines steuerberatenden **Dauermandates** auch die monatliche Aufstellung von betriebswirtschaftlichen Auswertungen, die Erledigung der Lohnabrechnung, Meldungen gegenüber dem FA und Sozialversicherungsträgern, die Erstellung von Jahresabschlüssen und Bilanzen sowie die Unterstützung bei der Jahresabschlussprüfung (*Kruth, SteuK 2014, 225, zitiert nach Beck-online*).

Soweit der Steuerberater nicht ausdrücklich beauftragt ist, das Vorliegen von Insolvenzgründen zu prüfen, **trifft ihn auch nicht aufgrund seines gesteigerten Fachwissens sowie der Einblicke in die Buchführung des Unternehmens generell eine Hinweispflicht auf eine mögliche Insolvenzreife, um dem Geschäftsführer die Möglichkeit zu eröffnen, persönlich oder durch Dritte eine Überprüfung zu veranlassen** (*BGH, Urt. v. 7.3.2013, a.a.O., Rdnr. 15; v. 6.6.2013 – IX ZR 204/12, zitiert nach juris Rdnr. 12*).

Denn die **Überschuldungsprüfung im Sinne von § 19 InsO** erfordert die Beantwortung **komplexer Rechtsfragen**, deren korrekte Behandlung nicht offen zu Tage tritt. Vielmehr sind weitere Untersuchungen erforderlich, da nicht ohne weiteres aus der Kenntnis der steuerlichen Situation des Unternehmens Rückschlüsse auf sämtliche Komponenten der Überschuldungsprüfung möglich sind. Insbesondere das Vorliegen einer positiven Fortführungsprognose, das Vorhandensein eines Fortführungswillens der Organe und Inhaber sowie die Tragfähigkeit des Unternehmenskonzepts lassen sich aus den Buchhaltungszahlen nicht ohne weiteres entwickeln. Der Steuerberater verfügt hier in der Regel auch nicht über ein überlegenes Wissen, vielmehr bleibt dieses meist hinter den Kenntnissen der Geschäftsführung des Mandanten zurück.

Zudem lässt sich die Insolvenzreife sowohl im Bereich der Zahlungsunfähigkeit als auch im Bereich der Überschuldung nur durch Zukunftsprognosen darstellen, während der steuerliche Berater Buchhaltungszahlen über zurückliegende Zeiträume bearbeitet. **Allerdings kommt eine insolvenzbezogene Haftung dann in Betracht, wenn der steuerliche Berater Bilanzen falsch aufgestellt hat mit der Folge, dass eine tatsächlich bestehende Überschuldung dort nicht ausgewiesen wird** (*BGH, Urt. v. 7.3.2013, a.a.O., Rdnr. 22*), oder wenn er über die steuerliche Bilanzierung hinausgehende Aussagen zu einer insolvenzrechtlichen Überschuldung trifft (*BGH, Urt. v. 6.6.2013, a.a.O., Rdnr. 13; Beschl. v. 6.2.2014 – IX ZR 53/13, NJW-RR 2014, 827 f, juris Rdnr. 3, 4*).

2. Hiervon ausgehend ist nicht bewiesen, dass die Beklagte die aus dem ihr erteilten Mandat obliegenden Pflichten verletzt hat.

a. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme und der Verhandlungen ist der Senat mit dem Maßstab des § 286 ZPO überzeugt davon, dass der Beklagten lediglich ein steuerrechtliches Mandat erteilt war, das nicht den Auftrag zur Prüfung der Insolvenzreife der Schuldnerin umfasst hat.

Nach der Formulierung des ihr erteilten Auftrages in dem Bericht zur Erstellung des Jahresabschlusses der Schuldnerin für das Geschäftsjahr ... – eine schriftliche Beauftragung ist nicht erfolgt – traf die Beklagte die Verpflichtung, den Jahresabschluss zum ... zu erstellen sowie die Buchführung, die Unterlagen und die Wertansätze auf ihre Plausibilität zu prüfen und ein Urteil über den Jahresabschluss abzugeben, das sich auf der Grundlage ihrer Arbeiten ergibt. Hierbei handelt es sich um reine steuerberatende Tätigkeiten i.S.d. § 33 StBerG.

Entgegen der Auffassung des Klägers ergibt sich aus der Verpflichtung zur Abgabe eines eigenen Urteils und der Schlussklärung nicht die Vertragspflicht, die Geschäfts- und Finanzlage der Schuldnerin auf ihre Insolvenzreife hin zu überprüfen. Geschuldet war vielmehr nur ein Urteil darüber, ob die von ihr dem erstellten Jahresabschluss zugrunde gelegten Unterlagen nach der von ihr geschuldeten Plausibilitätsprüfung ordnungsgemäß, vollständig und nachvollziehbar sind; auf in diesem Zusammenhang aufgetretene Mängel ist in der Beurteilung hinzuweisen.

Weitergehende Prüfpflichten bestanden dagegen nicht. Dies ergibt sich klar aus dem Wortlaut des Auftrags, wie er von der Beklagten auf S. 1 ihres Jahresabschlussberichts festgehalten ist. Denn die Beurteilung des Jahresabschlusses auf der Grundlage der durchgeführten Arbeiten kann aus dem Zusammenhang heraus nur einschränkend dahin verstanden werden, dass die Beurteilung sich an dem erteilten Auftragsumfang und den danach vorzunehmenden Prüfhandlungen orientiert und sich allein hierauf bezieht. Dem trägt auch die Formulierung der Bescheinigung auf S. 8 des Jahresabschlusses Rechnung, die sich auf die Erstellung des Jahresabschlusses auf der Grundlage der vorgelegten Bücher und Bestandsnachweise sowie der erteilten Auskünfte der Schuldnerin beschränkt.

Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass das Inventar auf Plausibilität beurteilt wurde. Dabei seien keine Sachverhalte bekannt geworden, die gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses sprechen. Auch daraus wird deutlich, dass sich die Beurteilung allein auf die Feststellungen im Rahmen des erteilten Auftrags bezieht. Bestätigt wird dieses Verständnis auch von der Sachverständigen Dr. S. bei ihrer Anhörung durch den Senat. ... Sie hat hierauf angesprochen ausgeführt, dass es sich um eine bei der Erstellung von Jahresabschlüssen absolut übliche Auftragsbeschreibung handele, die sich lediglich auf den vereinbarten Auftragsumfang beschränke, diesen aber nicht erweitere.

Dass der Beklagten lediglich ein steuerrechtliches Mandat zur Erstellung von Jahresabschlüssen erteilt war und sie daneben nicht mit der laufenden Buchhaltung betraut war, haben auch die vom Senat vernommenen 2 Zeugen bestätigt.

Der Zeuge 1, der Geschäftsführer der Schuldnerin, hat bekundet, dass zunächst Herr R. und später dann die neu gegründete Beklagte seit 1991 jeweils die Jahresabschlüsse für die Schuldnerin gefertigt haben. Weitergehende steuerliche Beratungstätigkeit habe es daneben nur in Einzelfragen gegeben. Insbesondere habe die Schuldnerin die Finanzbuchhaltung und die Buchhaltung in eigener Regie erstellt.

Die Finanzbuchhaltung sei über Programme des ... gelaufen, die Buchhaltung habe der Zeuge 2 als Buchhalter gemacht. Aufgabe der Beklagten sei es lediglich gewesen, auf der Basis der von der Schuldnerin zur Verfügung gestellten Arbeitsmaterialien die Jahresabschlüsse zu erstellen. Absprachen über konkret vorzunehmende Prüfungshandlungen habe es dabei nicht gegeben, er gehe aber davon aus, dass die Beklagte die gebotenen Prüfungen vorgenommen habe.

Bestätigt wird dies auch durch die Angaben des Zeugen 2. Dieser konnte zwar nichts zu dem der Beklagten erteilten Auftragsumfang sagen, da er an entsprechenden Gesprächen nicht beteiligt war. Er hat aber ebenfalls angegeben, dass die laufende Buchhaltung von ihm und anderen Mitarbeitern der Schuldnerin erledigt und die Umsatzsteuervoranmeldungen und die Finanzbuchhaltung betriebsintern durchgeführt wurden. Hiermit habe die Beklagte nur insoweit zu tun gehabt, als ihr die Finanzbuchhaltung zum Zwecke der Auswertung und Erstellung der Jahresabschlüsse jeweils zur Verfügung gestellt worden sei.

Der persönlich von dem Senat angehörte F. der Beklagten hat diesen sich aus der schriftlichen Formulierung im Jahresabschlussbericht ergebenden Auftragsumfang ebenfalls bestätigt. ... Insbesondere hat er ausgeführt, dass das danach abzugebende „Urteil“ lediglich bedeute, dass eine Plausibilitätsbeurteilung in dem beschriebenen Umfang stattgefunden hat. Hierbei handele es sich um eine im Steuerberaterbereich übliche Bezeichnung, der keine weitergehende Bedeutung zukomme.

Auch die vom Kläger in Bezug genommenen Rechnungen ... belegen nicht die Beauftragung der Beklagten mit der Wahrnehmung von anderen als steuerberatenden Tätigkeiten. Die vorgelegten Rechnungen betreffen im Wesentlichen die Aufstellung von Jahresabschlüssen und die damit zusammenhängenden Abstimmungstätigkeiten. Darüber hinaus mag es in Einzelfällen weitergehende Anfragen von Seiten der Schuldnerin gegeben haben, wofür beispielsweise die Rechnungen vom 20.7. – steuerliche und wirtschaftliche Beratung, Abstimmung der Umsatzsteuer 2004, Vorbereitung Offenlegung 2003, Geschäftsführerstellungsvertrag –, vom 9.2. – steuerliche und wirtschaftliche Beratungen –, vom 30.9. – Sonstige betriebswirtschaftliche Beratung, Rating Bank, Finanzierung – und vom 30.11. sprechen könnten.

Diese allgemeinen Angaben auf den Rechnungen belegen aber noch nicht, dass die Beklagte mit Arbeiten betraut wurde, die ihr einen vollständigen Einblick in die wirtschaftliche Situation der Schuldnerin ermöglicht haben. Vielmehr haben die 2 Zeugen hierzu bekundet, dass die Schuldnerin die Beklagte im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit in Einzelfällen wegen irgendwelcher steuerlich relevanten Geschäftsvorgänge kontaktiert habe. Über die Abklärung konkreter einzelfallbezogener Fragen seien diese Beratungstätigkeiten aber nicht hinausgegangen.

Es kann auch nicht festgestellt werden, dass sich der Auftragsumfang aufgrund einer mündlichen Anfrage des Geschäftsführers der Schuldnerin auf die Prüfung der Insolvenzreife erweitert hat. Hierzu hat der Zeuge 1 klar und entschieden angegeben, dass weder eine schlechte wirtschaftliche Lage der Schuldnerin noch die Frage der Stellung eines Insolvenzantrages je ein Thema bei Gesprächen mit dem Geschäftsführer der Beklagten gewesen sei.

b. Ausgehend von diesem Auftragsumfang bestand für die Beklagte **keine Verpflichtung, den Jahresabschluss unter Liquidationsgesichtspunkten zu erstellen. Denn nach § 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB durfte sie von einer Fortführung der Geschäftstätigkeit ausgehen, da keine offensichtlichen Anzeichen für eine drohende Insolvenz erkennbar waren.**

Dabei ist zunächst zu berücksichtigen, dass es Aufgabe des Geschäftsführers einer GmbH ist, die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft zu prüfen und im Auge zu behalten, so dass letztlich er die Entscheidung über die Erstellung einer Überschuldungsbilanz treffen und diese entsprechend beauftragen muss.

Es lagen für die Beklagte auch unter Berücksichtigung des Umstandes, dass sie schon seit vielen Jahren die jeweiligen Jahresabschlüsse der Schuldnerin erstellt hat, im Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses **keine offensichtlichen Anhaltspunkte für eine sich aufdrängende abweichende Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Schuldnerin vor.**

Die Sachverständige Dr. S. hat hierzu in ihrem schriftlichen Gutachten ... ausgeführt, dass sich für die Beklagte bei Erstellung des Jahresabschlusses keine Hinweise darauf ergeben haben, dass die Schuldnerin überschuldet oder zahlungsunfähig sein könnte und deshalb die Fortführung des Unternehmens in Frage gestellt sein könnte. Der Jahresabschluss weist ein **buchmäßiges Eigenkapital** von 309.744,75 EUR und **flüssige Mittel** (Bankguthaben und Kassenbestand) in Höhe von 528.005,33 EUR aus, was gegen eine Überschuldung spreche.

Darüber hinaus seien mit **Ausnahme der zum 10.12. fälligen Umsatzsteuervoranmeldungsvorauszahlung** für Oktober **keine offenstehenden Verbindlichkeiten**, insbesondere auch keine rückständigen Lohn- und Gehaltszahlungen vorhanden gewesen. Allein **die offene Umsatzsteuervoranmeldungsvorauszahlung sei aber noch kein Hinweis für eine vorliegende oder drohende Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft.**

Ebenso wenig hätten sich aus der **Ergebnissituation der Gesellschaft** Hinweise auf eine drohende Insolvenz ergeben. Diese Ausführungen hat die Sachverständige bei ihrer mündlichen Anhörung nochmals bekräftigt ... und hinzugefügt, dass die Beklagte nur dann, wenn sie – wovon nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme aber nicht ausgegangen werden kann – mit der unterjährigen laufenden Buchführung beauftragt gewesen wäre, einen intensiveren Einblick in die Geschäftsvorgänge der Schuldnerin gehabt hätte, der ihr dann möglicherweise eine zuverlässigere Einschätzung der geschäftlichen Situation erlaubt hätte. ...

Danach bestand für die Beklagte keine Veranlassung, den Jahresabschluss unter Liquidationsgesichtspunkten zu erstellen oder den Geschäftsführer der Schuldnerin jedenfalls darauf hinzuweisen, dass er eine Überprüfung vornehmen oder in Auftrag geben müsse, um die Insolvenzreife und eine mögliche Pflicht zur Insolvenzantragstellung (§ 15a InsO) zu überprüfen. Denn es ergaben sich zum Erstellungszeitpunkt keine offensichtlichen Anhaltspunkte für die Beklagte, die auf eine (drohende) Zahlungsunfähigkeit oder eine Überschuldung der Schuldnerin hingedeutet hätten.

Soweit das LG sich hier auf das im Strafverfahren eingeholte Gutachten ... vom 24.1.2011 ..., wonach zum ... eine **Unterdeckung** in Höhe von 469.133,79 EUR = 40,13 % ... und damit **Zahlungsunfähigkeit** bestanden habe, und der Kläger sich darüber hinaus auf das von ihm eingeholte Gutachten der GmbH vom ... , das ebenfalls eine Zahlungsunfähigkeit der Schuldnerin zum ... bei negativer Fortbestehensprognose feststellt, gestützt haben, **verkennen sie, dass sich diese Werte nur dann ergeben, wenn die Bilanz, wie in den vorgelegten Gutachten, zur Überprüfung der Überschuldung zu Liquidationswerten aufgestellt wird.**

Dabei werden nur die aktuell verfügbaren Mittel und die kurzfristig verwertbaren Vermögensbestandteile berücksichtigt, während die Geschäftseinrichtung zwar für die Frage des Vorhandenseins einer die Kosten des Insolvenzverfahrens deckenden Masse (§ 26 Abs. 1 InsO) von Bedeutung sein mag, für die Frage der Zahlungsunfähigkeit jedoch keine Rolle spielt (BGH, NZI, 579, 581).

Vielmehr findet sich auch in dem Gutachten ... der Hinweis, dass eine bilanzielle Überschuldung zum Stichtag ... nicht vorlag. Aussagen dazu, ob der Steuerberater der Schuldnerin die Bilanz fehlerhaft erstellt hat, werden dort nicht getroffen. Ebenso wenig verhält sich das Gutachten ... zu einer Erkennbarkeit der (drohenden) Zahlungsunfähigkeit bzw. Überschuldung für die Beklagte als Bilanzerstellerin, die allein den Auftrag hatte, die Jahresbilanz zu erstellen. Vielmehr prüft das Gutachten ... allein die Frage des Zeitpunkts des Eintritts der Zahlungsunfähigkeit/Überschuldung der Schuldnerin und dessen Erkennbarkeit für die Geschäftsführung.

Die Erkennbarkeit der Insolvenzreife der Schuldnerin für die Beklagte lässt sich hieraus deshalb nicht ableiten, da diese ohne einen entsprechenden Auftrag nicht zur Erstellung einer Überschuldungsbilanz verpflichtet war und sich ihr nach dem im Juli vorhandenen Kenntnisstand auch keine

nachhaltigen Anhaltspunkte für eine Zahlungsunfähigkeit/Überschuldung aufdrängen mussten.

Entgegen der Auffassung des Klägers **musste sich der Beklagten auch aus der Veräußerung von Anlagevermögen im Oktober und der deswegen notwendigen Rückmietung der Kaufgegenstände die (drohende) Zahlungsunfähigkeit/Überschuldung der Schuldnerin nicht aufdrängen**. Wie die Sachverständige Dr. S. bestätigt hat, handelt es sich hier um eine unternehmerische Entscheidung, die in der entsprechenden Branche nicht unüblich ist und für die es gute Gründe geben kann. Hierbei ist vor allem zu bedenken, dass nicht nur die Maschinen, sondern auch das dafür benötigte Personal mit entsprechenden Kosten ausgelagert wurde. Zudem, so die Sachverständige, werde damit auch das Risiko der Reparatur bzw. Ersatzanschaffung, das durchaus hoch sein könne, ausgelagert. Nach den in der Jahresbilanz festgehaltenen Werten sehe sie jedenfalls keine offensichtlichen Anhaltspunkte für eine (drohende) Zahlungsunfähigkeit bzw. Überschuldung der Schuldnerin, die die Beklagte zu einem Hinweis an den Geschäftsführer der Schuldnerin hätten veranlassen müssen.

Danach bestand für die Beklagte keine Veranlassung, abweichend von dem Regelfall des § 252 Abs. 2 HGB die Jahresbilanz unter Liquidationsgesichtspunkten aufzustellen. Mangels offensichtlicher, sich aufdrängender Anhaltspunkte für eine Insolvenzreife bestanden auch keine Hinweis- oder Aufklärungspflichten. Hier schließt sich der Senat der überzeugenden **Auffassung des BGH an, der eine solche Hinweispflicht des mit der allgemeinen steuerlichen Beratung der GmbH beauftragten Beraters nicht einmal in dem Fall angenommen hat, in dem sich aus der Handelsbilanz eine Unterdeckung ergab** (BGH, Urt. v. 7.3.2003 – IX ZR 64/12, a.a.O., Rdnr. 15; BGH, Beschl. v. 6.2.2014 – IX ZR 53/13, a.a.O., juris Rdnr. 3; OLG Dresden, Teilurt. v. 18.2.2015 – 13 U 1963/13, ZInsO 2015, 1507 ff, juris Rdnr. 34).

Im Streitfall, in dem allenfalls die einmalige Nichtzahlung der fälligen Umsatzsteuervoranmeldungsvorauszahlung und eine möglicherweise nicht sinnvolle unternehmerische Entscheidung der Schuldnerin im Raum standen, fehlt es an offensichtlichen, ins Auge fallenden Indizien für eine mögliche Insolvenzreife der Schuldnerin, weshalb hier keine Hinweis- und Aufklärungspflichten der Beklagten bestanden.

c. Die Beklagte hat die ihr als steuerlicher Berater obliegenden Pflichten auch nicht dadurch verletzt, dass sie den Jahresabschluss fehlerhaft erstellt hat mit der Folge, dass eine drohende Zahlungsunfähigkeit bzw. Überschuldung der GmbH zum ... für den Geschäftsführer der Schuldnerin nicht erkennbar war.

Der Kläger beruft sich in diesem Zusammenhang im Wesentlichen auf fehlende bzw. fehlerhafte Plausibilitätsprüfungen, die dazu geführt hätten, dass die Beklagte eine tatsächlich vorhandene Unterdeckung in der Bilanz nicht ausgewiesen und eine fehlerhafte Beurteilung abgegeben habe. Diesen ihm obliegenden Beweis hat der Kläger nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme und der Verhandlungen nicht mit dem Maßstab des § 286 ZPO geführt.

Die Sachverständige Dr. S. hat bei ihrer Anhörung ausgeführt ..., dass der Steuerberater nach dem hier vereinbarten Auftragsumfang – **Erstellung des Jahresabschlusses mit Plausibilitätsbeurteilung, wobei die Führung der Bücher von der Schuldnerin selbst vorgenommen wurde** – nicht bloß Erfüllungsgehilfe des Geschäftsführers bei der Erstellung des Jahresabschlusses sei, sondern dass er eigenständig und eigenverantwortlich Plausibilitätsbeurteilungen vorzunehmen habe. Hierbei würden die Geschäftsleitung oder die mit der Finanzbuchhaltung beauftragten Personen zu dem vorgelegten Zahlenmaterial befragt, soweit Klärungsbedarf bestehe. Das Ergebnis dieser Befragungen müsse dann analytisch auf seine Plausibilität untersucht werden. Hierbei werde geprüft, ob die Unterlagen und Zahlen unter Berücksichtigung der Geschäftsergebnisse und Bilanzen der Vorjahre plausibel erscheinen.

Im Gegensatz zu einer von Wirtschaftsprüfern im Rahmen ihres Auftrages geschuldeten tiefergehenden und eigenständigen Bewertung der einzelnen Buchhaltungspositionen, die auch eine Verifizierung der vom Auftraggeber angegebenen Werte durch entsprechende Recherchen bei dessen Vertragspartnern umfasse, beschränke sich der Prüfungsumfang des Steuerberaters auf eine reine Plausibilitätskontrolle anhand des ihm zur Verfügung gestellten Materials. So würden **beispielsweise Bankkonten mit dem letzten Kontoauszug abgeglichen oder die zutreffende Erfassung der Darlehen anhand der Verträge überprüft**.

Solche Prüfungshandlungen hat die Beklagte im Streitfall vorgenommen. Der F. der Beklagten, der im Auftrag der Schuldnerin den Jahresabschluss gefertigt hat, hat bei seiner Anhörung vor dem Senat glaubhaft ausgeführt, dass er nicht jede aus den überreichten Unterlagen ersichtliche Position nachgeprüft, sondern eine **Plausibilitätsprüfung anhand bestimmter Checklisten** durchgeführt habe. In diesem Zusammenhang bestätigt er, dass sich der Prüfungsumfang aus dem der HFA4 aus 1996 unter D) II) 2) als Anlage beigefügten Maßnahmenkatalog zur Plausibilitätsbeurteilung ergebe und dass er die entsprechenden Prüfungen anhand einer von der Steuerberaterkammer hinzu vorgeschlagenen Checkliste vorgenommen habe.

In diesem Zusammenhang hat die Sachverständige Dr. S. bestätigt, dass die von dem F. der Beklagten im Termin vorgelegte Checkliste korrekt sei. Sie enthalte im Verzeichnis sämtliche prüfungsbedürftigen Bilanzpositionen und stelle nach den Eintragungen einen Maßnahmenkatalog zur Plausibilitätsbeurteilung dar.

Der Geschäftsführer der Beklagten hat die von ihm vorgenommene Plausibilitätsprüfung weiter erläutert und ausgeführt, dass beispielsweise eine **Abstimmung der Kreditoren und Debitoren vorgenommen und geprüft werde, ob diese kongruent seien**. Auch würden die zugehörigen **Belege** geprüft und untersucht, ob die Eintragungen in der Buchhaltung bzw. Finanzbuchhaltung mit den Belegdaten übereinstimmten. Bei der Beurteilung der **unfertigen Arbeiten** habe er sich allerdings im Wesentlichen auf die Angaben der Auftraggeberin verlassen müssen, da diese den Wert der entsprechenden Arbeiten unter Berücksichtigung der erbrachten

und erhaltenen Zahlungen in der Regel besser beurteilen könne als er, dem eine entsprechende Kenntnis fehle. Er habe zwar einen **Abgleich mit den übergebenen Baustellenkonten** vorgenommen, sich auf deren Richtigkeit allerdings auch verlassen müssen.

Eine Rücksprache mit dem jeweiligen Auftraggeber, ob die von der Schuldnerin gemachten Angaben richtig seien, sei im Rahmen der allein geschuldeten Plausibilitätsprüfung unüblich und von dem erteilten Auftrag nicht umfasst. Ähnlich verhalte es sich bei den **Rückstellungen**. Soweit diese sich nicht unmittelbar aus der Lohn- und Finanzbuchhaltung ergeben, könne er nur durch Rückfrage bei der Geschäftsführung prüfen, ob die in Ansatz gebrachten Beträge nachvollziehbar seien. Die nach dem Auftrag geschuldete Plausibilitätsprüfung habe er auch in Bezug auf die Buchführung, die Unterlagen und die Wertansätze in der geschilderten Weise durchgeführt.

Bestätigt wird dies durch die vorgelegten Rechnungen der Beklagten vom 16.5. ... und vom 28.8. ..., die Beratungsleistungen von 78 Std. betreffend die Abgrenzung unfertige Bauten und Umsatzsteuer zum ..., Abstimmung FIBU und Anlagen-Zugänge, Protokolle Mietverträge und Anpassungen sowie weitere Leistungen betreffend die Abstimmung Finanzbuchhaltung, Abgrenzung Leistungen, Abstimmung Kreditoren und Debitoren zum Gegenstand haben. Dies belegt, dass in erheblichem Umfang Nachfragen zur Plausibilisierung der für die Erstellung des Jahresabschlusses übergebenen Unterlagen und Belege erfolgt sind, die immerhin mit Beträgen von 6.683,04 EUR und 3.295,11 EUR abgerechnet wurden.

Letztlich haben auch die 2 Zeugen auf Vorhalt dieser Rechnungen bestätigt, dass hier Abstimmungs- und Klärungsleistungen im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss abgerechnet wurden. Der Zeuge 2 hat darüber hinaus bestätigt, dass der Beklagten die **Summen- und Saldenlisten** sowie die Kreditoren und Debitoren zur steuerlichen Auswertung bei Erstellung des Jahresabschlusses überlassen worden seien. Inwieweit hier allerdings Prüfungshandlungen der Beklagten erfolgt seien, konnte der Zeuge nicht angeben.

Der Zeuge 1 hat weiter bekundet ..., dass er nach Rücksprache mit dem Zeugen 2 die endgültige Aufstellung der unfertigen Arbeiten und des erforderlichen Rückstellungsbedarfs gefertigt und der Beklagten zur Erstellung des Jahresabschlusses zugeleitet habe. Hierzu habe es mitunter Rückfragen der Beklagten gegeben. Die **Bewertung der halbfertigen Arbeiten sei nicht unproblematisch**, er habe sich aber bemüht, diese realistisch abzubilden. Zu diesem Zweck habe er **Kostenstellenrechnungen** erstellt, die dann in den der Beklagten zur Verfügung gestellten Unterlagen abgebildet gewesen seien. Es könne sein, dass es hierzu von der Beklagten die eine oder andere Rückfrage gegeben habe, dies könne er heute aber nicht mehr konkret angeben. Auch diese Angaben belegen, dass die Beklagte im Rahmen des Jahresabschlusses erforderliche Plausibilitätsprüfungen vorgenommen hat.

Dass der Beklagten hierbei insbesondere in Bezug auf die Bewertung der unfertigen Arbeiten und die erforderlichen

Rückstellungen vorwerfbare Fehler unterlaufen sind, steht nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme nicht fest.

Zur **Bewertung der unfertigen Arbeiten** hat die Sachverständige nachvollziehbar und überzeugend dargelegt, **dass die Angaben, die die Geschäftsleitung zur Erstellung der Bilanz macht, durch den Steuerberater nur teilweise überprüf- und kontrollierbar sind, da diese Bewertung allein in der Verantwortung der Geschäftsleitung liegt**. Auf Plausibilität lassen sich diese Angaben für den Steuerberater nur insoweit überprüfen, als der Fertigstellungsgrad und die vereinbarte Vergütung ins Verhältnis gesetzt und mit der Kostenstellenrechnung verglichen und auf Nachvollziehbarkeit untersucht werden. Dabei könne der Steuerberater aber die ihm von der Geschäftsleitung zum Fertigstellungsgrad gemachten Angaben schon mangels eigener Sachkenntnis nicht im Einzelnen überprüfen.

Hiervon ausgehend musste die Beklagte die in dem Gutachten vom ... festgestellte **fehlerhaft zu hoch erfolgte Bewertung der halbfertigen Arbeiten** und den **fehlenden Ansatz der Drohverlustrückstellungen** ... nicht erkennen. Die Sachverständige Dr. S. hat hierzu in ihrem schriftlichen Gutachten überzeugend ausgeführt ..., dass diese Feststellungen in dem Gutachten vom ... aufgrund einer umfassenden Analyse der Zahlungsfristigkeiten der Forderungen und Verbindlichkeiten der Gesellschaft sowie einer Analyse der Kostenrechnung für die Bewertung der unfertigen Leistungen einerseits und des Bedarfs zur Bildung von Drohverlustrückstellungen andererseits getroffen wurden. Hierbei handele es sich, so die Sachverständige, um eingehende Prüfungshandlungen, zu deren Vornahme ein Wirtschaftsprüfer bei Berücksichtigung der damals gültigen Grundsätze des Instituts der Wirtschaftsprüfer bei Erstellung eines Jahresabschlusses verpflichtet sei.

Diese seien viel weitreichender als die von einem Steuerberater bei Erstellung von Jahresabschlüssen geschuldeten Plausibilitätsbeurteilungen, aufgrund derer die fehlerhafte Bewertung der unfertigen Arbeiten durch die Geschäftsleitung für die Beklagte nicht erkennbar gewesen sei. Dass in dem Gutachten vom ... tatsächlich, wie von der Sachverständigen dargelegt, der Maßstab für Wirtschaftsprüfer angelegt wurde, ergibt sich aus den Ausführungen in dem Gutachten, das die Bilanzerstellung von einem „Wirtschaftsprüfer“ zugrunde legt und auf die Grundsätze des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) verweist. Bei ihrer Anhörung hat die Sachverständige Dr. S. ihre schriftlichen Ausführungen noch vertiefend dahin erläutert ..., dass der Gutachter F. in seinem sehr ausführlichen **Gutachten vom ... jedes einzelne Projekt im Nachhinein mit dem im Jahr 2010 vorhandenen Kenntnisstand kostenmäßig detailliert durchgerechnet habe und danach zu dem Ergebnis der Überbewertung gelangt sei**.

Prüfungsmaßnahmen dieses Umfangs seien nach dem Umfang des der Beklagten erteilten Auftrags nicht geschuldet und würden im Rahmen von Jahresabschlüssen üblicherweise in der Form auch nicht durchgeführt. Ausgehend von dem aufgrund des erteilten steuerlichen Mandates geschuldeten Umfang der Plausibilitätsprüfung sei die von dem Gutachter F. ermittelte Überbewertung der unfertigen Leistungen durch

die Geschäftsführung der Schuldnerin für die Beklagte nicht feststellbar gewesen. Diese Ausführungen der Sachverständigen Dr. S. sind nachvollziehbar, in sich schlüssig und überzeugend.

Gegenteiliges ergibt sich auch nicht bei Zugrundelegung der Aussage des Zeugen G. zu dem Projekt Dieser hat zwar ausgeführt, dass der ursprüngliche Auftragsumfang für die im Auftrag des ... durchgeführten Kanalarbeiten bei ca. 1,9 Mio. EUR lag, der Auftrag aber schließlich mit prüffähiger Schlussrechnung im Mai/Juni mit 5,4 Mio. EUR abgerechnet worden sei. Zum Zeitpunkt der Erteilung der Schlussrechnung habe noch ein Betrag von 2,2 Mio. EUR offen gestanden, auf den der ... noch etwa 500.000 EUR gezahlt habe. Nach längerem Hin und Her sei die Schlussrechnung gegen Januar endfällig geworden, eine Abschlusszahlung sei aber nur noch in Höhe von 703 EUR erfolgt. Danach ergab sich eine im Jahr noch offene Forderung in Bezug auf das Projekt ... in Höhe von ca. 1,7 Mio. EUR, die zwischen ... und Schuldnerin auch umstritten war.

Dass und wie diese unfertigen Arbeiten in die Kostenbewertungen der Geschäftsführung eingeflossen sind, dass deren Angaben unrichtig und deren mangelnde Plausibilität für die Beklagte zu erkennen war, ist jedoch nicht dargelegt. Auch aus dem von dem Kläger in Bezug genommenen Gutachten der ... ergibt sich hierzu nichts, denn dort ist bei der Bewertung der halbfertigen Arbeiten ... ein Projekt ... nicht aufgeführt. Es lässt sich deshalb nicht feststellen, welche Bewertungen die Geschäftsführung der Schuldnerin insoweit vorgenommen hat und ob diese bei einer Plausibilitätsprüfung für die Beklagte erkennbar unrichtig waren.

Ebenso wenig musste die im Jahr enorm gestiegene Gerätemiete für die Beklagte Anlass sein, auf eine möglicherweise drohende Zahlungsunfähigkeit/Überschuldung hinzuweisen. Die Sachverständigen hat zwar eingeräumt, dass ein solch auffälliger Posten zu hinterfragen sei. Eine solche Rückfrage ist nach Aussage des Geschäftsführers F. der Beklagten auch erfolgt. ... **Er hat hierzu ausgeführt, dass im Jahr nicht nur der Fuhrpark, sondern auch das Betriebspersonal auf eine andere Gesellschaft ausgelagert worden sei, was dazu geführt habe, dass statt Abschreibungen, Zinsen und Personalkosten entsprechende Mietzahlungen angefallen seien.**

Hier ist allerdings zu berücksichtigen, dass es sich grundsätzlich um eine unternehmerische Entscheidung der Geschäftsführung handelt, ob und welche Risiken sie auslagern will, zumal bei einer Auslagerung auch das Risiko der Reparatur und der Ersatzbeschaffung verlagert werden. **Ob es sich insoweit um eine sinnvolle Entscheidung handelt, etwa weil der Fuhrpark zwischenzeitlich überaltert und reparaturanfällig ist, kann und muss der Steuerberater nicht beurteilen.** Es besteht deshalb auch keine Veranlassung für ihn, sie im Rahmen seiner Plausibilitätsbeurteilung zu beanstanden.

Nach alledem kann eine fehlerhafte Erstellung des Jahresabschlusses durch die Beklagte, die zur Abgabe in einer unrichtigen Schlussklärung mit Bescheinigung geführt hat, nicht festgestellt werden. (...)

II. Selbst wenn man entgegen dem Ergebnis der vom Senat durchgeführten Beweisaufnahme davon ausgehen würde, dass die Beklagte die Schlusserklärung pflichtwidrig fehlerhaft abgegeben hätte, weil sie nicht auf eine ihr bei der Plausibilitätsprüfung erkennbar gewordene fehlerhafte Bewertung der unfertigen Leistungen oder der Drohrückstellungen hingewiesen hat, **wäre diese Pflichtverletzung für den Eintritt des vom Kläger geltend gemachten Insolvenzverschleppungsschadens nicht kausal, da nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme nicht mit dem Beweismaß des § 287 ZPO feststeht, dass der Geschäftsführer G. der Schuldnerin diese Erklärungen zum Anlass genommen hätte, bereits im September Insolvenzantrag zu stellen.**

Der für den Ursachenzusammenhang zwischen Pflichtverletzung und Schadeneintritt darlegungs- und beweispflichtige Kläger kann sich im Streitfall nicht auf einen Anscheinsbeweis für das bei entsprechendem Hinweis auf Plausibilitätsbedenken – hier gegen die Bewertung der unfertigen Leistungen und der Drohrückstellungen in der Schlusserklärung – veranlasste Verhalten des Geschäftsführers der Schuldnerin berufen, **denn vom Standpunkt eines vernünftigen Betrachters waren zum damaligen Zeitpunkt mehrere Entscheidungen des Geschäftsführers denkbar** (BGH, Urt. v. 16.10.2003 – IX ZR 167/02, NJW-RR 2004, 1210, 1211).

Der Hinweis auf eine unzutreffende Bewertung der unfertigen Leistungen und der Drohrückstellungen sowie hieran anknüpfend die Möglichkeit des Bestehens einer bilanziellen Unterdeckung musste den Geschäftsführer der Schuldnerin nicht ohne weiteres zur Insolvenzantragstellung veranlassen, zumal dieser seine im Strafverfahren eingeräumte spätestens ab August vorhandene Kenntnis von der Insolvenzreife der Schuldnerin im Grundsatz bestätigt hat.

Selbst wenn eine dadurch veranlasste Prüfung die Insolvenzreife der Schuldnerin ergeben hätte, hätte er bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise weitere Möglichkeit zur Sanierung gehabt (BGH, Urt. v. 6.6.2013 – IX ZR 204/12, juris Rdnr. 16) und nach dem in der mündlichen Verhandlung gewonnenen Persönlichkeitseindruck und den im Strafverfahren getroffenen Feststellungen von einer Insolvenzantragstellung zu diesem Zeitpunkt mit überwiegender Wahrscheinlichkeit abgesehen.

Allerdings gehört die Frage des Ursachenzusammenhangs zwischen Pflichtverletzung und Schadeneintritt zur **haftungsausfüllenden Kausalität, für deren Nachweis die Beweiserleichterungen des § 287 ZPO Anwendung finden** (BGH, Urt. v. 6.6.2013 – IX ZR 204/12, juris Rdnr. 17; v. 16.10.2003, IX ZR 167/02, a.a.O.).

Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme und insbesondere den Angaben des Zeugen G., des Geschäftsführers der Schuldnerin, hält der Senat es nicht für überwiegend wahrscheinlich, dass dieser einen entsprechenden Hinweis in der Schlusserklärung der Beklagten zum Anlass für die Überprüfung der Insolvenzreife der Schuldnerin und zur Insolvenzantragstellung genommen hätte. Denn danach kannte der Zeuge 1 die wirtschaftliche Situation der Schuldnerin im

Sommer genau, hat aber im Vertrauen darauf, dass der ... die fällige Forderung in Höhe von 1,7 Mio. EUR zumindest teilweise begleichen werde und damit eine Insolvenzreife der Schuldnerin vermieden werden kann, von einer Insolvenzantragstellung abgesehen.

Der Zeuge S. hat bei seiner Vernehmung angegeben, dass der Zeuge 1 sich in der ersten Januarwoche mit ihm in Verbindung gesetzt habe, weil eine Zahlung des ... über 800.000 EUR, die dieser gegen Stellung einer Bankbürgschaft geleistet habe, von der Bank nicht freigegeben werde, weil diese ihrerseits Sicherheiten für die Bürgschaft verlangt habe, die die Schuldnerin nicht habe stellen können.

Da die Schuldnerin nach Angabe des Zeugen G. auf das Geld angewiesen gewesen sei, um die Gehälter ihrer Mitarbeiter für Dezember und andere laufende Verbindlichkeiten zahlen zu können, habe er im Auftrag des Zeugen G. am 29.1. Insolvenzantrag gestellt. Seiner Erinnerung nach habe sich der Zeuge 1 dahin eingelassen, dass der ... wegen seiner Weigerung, die offene Forderung zu begleichen, letztlich Schuld an der Insolvenz der Schuldnerin sei. Nach seinem Eindruck sei der Insolvenzantrag auch nur wegen Ausfalls dieser Zahlung gestellt worden.

Der Zeuge 1 hat glaubhaft bestätigt, dass er entsprechend seinen Angaben im Strafverfahren spätestens im August Kenntnis von der Insolvenzreife der Schuldnerin gehabt habe. Es sei auch richtig, dass er in Kenntnis der Insolvenzreife nach diesem Zeitpunkt Firmenfahrzeuge deutlich unter Wert an seine Ehefrau und Anlagevermögen deutlich unter Wert an die von seiner Ehefrau geführte Firma veräußert habe.

Aus diesen Angaben folgt klar und eindeutig, dass der Zeuge 1 den wirtschaftlichen Zustand der Schuldnerin im August kannte, er vorhandenes Gesellschaftsvermögen zum eigenen Vorteil und dem der Ehefrau unter Wert verkaufte und er keines Hinweises durch die Beklagte mehr bedurfte, um den Ernst der Lage zu erkennen.

Dass er dennoch erst im Januar Insolvenzantrag gestellt hat, hat er damit erklärt, dass er zum damaligen Zeitpunkt immer noch die Hoffnung gehabt habe, dass der ... die offene Restforderung begleicht und die Schuldnerin zahlungsfähig bleibt. Erst als sich die durch den Forderungsausfall bewirkten erheblichen Liquiditätsprobleme im Dezember/Januar deutlich abgezeichnet hätten, habe er Kontakt zu RA S. aufgenommen, der dann den Insolvenzantrag gestellt habe.

Danach hält es der Senat nicht für wahrscheinlich, dass sich der Zeuge 1, wenn er im November in dem Jahresabschlussbericht und der Bescheinigung der Beklagten gelesen oder im August von dieser erfahren hätte, dass die Bewertung der unfertigen Leistungen, wie von der Geschäftsführung angegeben, nicht plausibel und möglicherweise zu hoch ausgefallen sei, veranlasst gesehen hätte, die Insolvenzreife der Schuldnerin näher zu prüfen und Insolvenzantrag zu stellen.

Etwas anderes ergibt sich entgegen der Auffassung des Klägers auch nicht aus der Aussage des Zeugen G., dass er

schon im Sommer einen Insolvenzantrag gestellt hätte, wenn die Beklagte ihm da plausibel erklärt hätte, dass die Schuldnerin insolvenzreif sei. Denn hier übersieht der Kläger, dass die Beklagte mangels Auftrags zur Erstellung einer Liquidationsbilanz auf eine Insolvenzreife der Schuldnerin weder hinweisen konnte noch musste.

Sie hätte – eine Pflichtverletzung unterstellt – lediglich darauf hinweisen müssen, dass die angegebenen Werte zu den unfertigen Leistungen ihrer Auffassung nach nicht plausibel und möglicherweise zu hoch angesetzt seien. Dass allein dieser Hinweis den Geschäftsführer der Schuldnerin veranlasst hätte, die wirtschaftliche Lage der Schuldnerin anders zu beurteilen und – abweichend von seiner Hoffnung, die offene Forderung des ... doch noch realisieren und die Schuldnerin „am Leben halten“ zu können – unverzüglich Insolvenzantrag zu stellen, hält der Senat für wenig wahrscheinlich.

Vielmehr hat der Zeuge auf den Senat den Eindruck gemacht, dass ihm die wirtschaftlich angespannte Lage der Schuldnerin durchaus bekannt war, er aber dennoch darauf vertraut hat, dass sie irgendwie wird weitermachen können. Hinzu kommt, dass er selbst die Bewertung der unfertigen Arbeiten und der erforderlichen Drohrückstellungen vorgenommen hat. Ihm musste deshalb durchaus bewusst sein, wenn er die unfertigen Arbeiten zu hoch und/oder die Drohrückstellungen trotz des Ausfallrisikos zu gering bewertet hat. Eine von seiner Bewertung abweichende Bewertung durch die nicht sachverständige Beklagte hätte ihn deshalb nicht zu einer abweichenden Beurteilung und einer sofortigen Insolvenzantragstellung veranlasst. (...) ■

Versicherungsschutz

- Finanz- und Versicherungsmakler
 - Risikoausschlüsse
 - Vermittlung/Empfehlung von Geldgeschäften
 - Trennbare Beratungsteile
 - Wissentliche Pflichtverletzung
 - Kündigung der Lebensversicherung
- (OLG Köln, Urt. v. 24.7.2015 – 20 U 44/15)

Leitsätze (d. Red.):

1. Es gehört nicht zu den handelsüblichen Tätigkeiten eines Versicherungsmaklers, seine Kunden über Anlagemöglichkeiten außerhalb des Versicherungsbereichs zu beraten.

2. Ein Versicherungsmakler weiß, dass die Kündigung einer Lebensversicherung ebenso wie deren Verkauf zum Rückkaufswert typischerweise Nachteile mit sich bringt; wenn er dem Kunden rät, eine Lebensversicherung zu kündigen oder zu verkaufen, ohne ihn auf diese Nachteile hinzuweisen, dann verletzt er eine elementare berufliche Pflicht, von der er als in dem Beruf des Versicherungsmaklers Tätiger Kenntnis hat. ■

Aus den Gründen:

I. Der Kläger nimmt die Beklagte als Vermögensschadenhaftpflichtversicherer der insolventen D. GmbH in Anspruch. Dem Versicherungsvertrag lagen die Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die Vermögensschadenhaftpflichtversicherung und die Besonderen Vereinbarungen für Finanz- und Versicherungsmakler zugrunde. ...

Der Kläger hat behauptet, er habe 2010 auf Anraten eines Mitarbeiters der D. zwei bestehende Lebensversicherungen an die Q. GmbH verkauft und die Verkaufserlöse in Höhe von 22.280 EUR der F. Corp. zum Ankauf von Gold überlassen, wobei innerhalb von 2 Jahren eine Rendite von annähernd 100 % habe erzielt werden sollen. Diese Anlage sei ihm als absolut sicher und ohne Verlustrisiko geschildert worden. Tatsächlich seien die vereinnahmten Geldbeträge für andere Zwecke ausgegeben worden. Der Kläger hat die Rechtsauffassung vertreten, er könne die Beklagte gemäß § 115 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 VVG direkt auf Schadenersatz in Anspruch nehmen. Sowohl die Empfehlung, die bestehenden Lebensversicherungsverträge zu verkaufen, als auch die Empfehlung zur Anlage in Goldgeschäfte unterfielen dem Versicherungsschutz.

Der Kläger hat beantragt,

1. die Beklagte zu verurteilen, an ihn 22.280 EUR nebst Zinsen hieraus in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem 14.11.2013 zu zahlen;
2. die Beklagte zu verurteilen, an ihn weitere 1.248,31 EUR nebst Zinsen hieraus in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem 14.11.2013 für nicht erstattungsfähige vorgerichtliche Anwaltskosten zu zahlen;
3. hilfsweise festzustellen, dass die Beklagte verpflichtet ist, ihm denjenigen Schaden zu erstatten, der ihm aus dem „Verkauf“ der Lebensversicherungen bei der A. AG (Vertr.-Nr. 1 XL-2xx5xx0) und bei der D2 (Vertr.-Nr. 6xx41xx) entstanden ist.

Die Beklagte hat beantragt,

die Klage abzuweisen.

Sie hat den gesamten Sachvortrag des Klägers mit Nichtwissen bestritten. Sie hat die Ansicht vertreten, ein Direktanspruch bestehe nicht. Die vom Kläger behauptete Anlagevermittlung sei nicht vom Versicherungsschutz erfasst. Jedenfalls – die Richtigkeit der Darstellung des Klägers unterstellt – sei der Schaden auf eine wesentliche Pflichtverletzung zurückzuführen, so dass ein etwa bestehender Versicherungsschutz ausgeschlossen sei.

Das LG hat die Klage mit Urteil vom 7.10.2014, auf das wegen der tatsächlichen Feststellungen Bezug genommen wird, abgewiesen und zur Begründung im Wesentlichen ausgeführt, für die vom Kläger behauptete Anlageempfehlung bestehe auch nach den vereinbarten Besonderen Bedingungen kein Versicherungsschutz, weil es sich nicht um die

Ausübung der Tätigkeit als Versicherungsmakler im handelsüblichen Rahmen im Sinne der Ziff. 2.1 gehandelt habe. Das betreffe sowohl die Empfehlung zur Auflösung der bestehenden Verträge als auch die Empfehlung, die freigewordenen Gelder in eine Goldanlage zu investieren. Die Anlageempfehlung könne auch nicht als Nachweis oder Vermittlung einer Finanzierung verstanden werden. Soweit die Bedingungen auch die Kapitalanlagevermittlung erfassten, sei jedenfalls die hier getätigte Investition nicht vom Versicherungsschutz erfasst. Soweit der Kläger mit dem Hilfsantrag geltend mache, er sei nicht über die Nachteile der vorzeitigen Auflösung der Versicherungsverträge unterrichtet worden, bestehe kein Versicherungsschutz, weil der Schwerpunkt des Anlagegeschäfts in der Umschichtung des Geldes und damit in der – vom Versicherungsschutz nicht gedeckten – Empfehlung der Anlage in ein Goldgeschäft bestanden habe.

Dagegen richtet sich die Berufung des Klägers, mit der er seine erstinstanzlich gestellten Anträge in vollem Umfang weiterverfolgt. Zu den Hauptanträgen bringt die Berufung vor, bei der Tätigkeit des Mitarbeiters der D. GmbH, Herrn E., habe es sich insgesamt um die „Ausübung der Tätigkeit als Versicherungsmakler im handelsüblichen Rahmen“ im Sinne von Ziff. 2.1 der Besonderen Vereinbarungen für Finanz- und Versicherungsmakler gehandelt. Es sei nicht maßgebend, dass nach Auflösung der bestehenden Versicherungen keine weiteren Versicherungen vermittelt worden seien.

Das setze die Klausel nicht voraus. Es reiche aus, wenn zusammen mit der Empfehlung, bestehende Versicherungsverträge aufzulösen, der Abschluss sonstiger Anlageverträge nachgewiesen oder vermittelt werde. Der Kläger stützt sich für seine Auffassung auf eine Entscheidung des BGH zur Anwaltschaftung (*VersR 1994, 811*). Es bestehe danach jedenfalls ein innerer Zusammenhang mit der Tätigkeit als Versicherungsmakler. Auch allgemein könne eine Anlageberatung Gegenstand der Tätigkeit eines Versicherungsmaklers sein, weil auch der Abschluss einer kapitalbildenden Lebensversicherung grundsätzlich als Kapitalanlage anzusehen sei.

Jedenfalls falle die Verpflichtung, über die wirtschaftliche Sinnhaftigkeit der Auflösung von Lebensversicherungsverträgen zu beraten, unter den Versicherungsschutz. Die Empfehlung, das freigewordene Geld in Goldkäufe anzulegen, sei erst durch die Auflösung der Verträge umsetzbar gewesen, weil ihm, dem Kläger, erst dadurch die notwendigen Geldmittel zur Verfügung gestanden hätten. Der mit dem Hauptantrag geltend gemachte Schaden beruhe deswegen auch auf der fehlerhaften Beratung zum Verkauf der bestehenden Lebensversicherungen.

Zum Hilfsantrag wird angeführt, die Auffassung des LG, ihm stünden alleine wegen des fehlerhaften Rates, die Lebensversicherungen aufzulösen, keine Schadenersatzansprüche gegen die D. GmbH zu, weil der Schwerpunkt auf der Empfehlung einer neuen Kapitalanlage liege, treffe nicht zu. Richtigerweise seien beide Empfehlungen (Verkauf der Lebensversicherungen, Anlage des Geldes in Goldkäufe) isoliert zu betrachten. Maßgebend sei, dass er, der Kläger, zuerst vom Vermittler E. in seiner Eigenschaft als Versiche-

rungsmakler auf den Verkauf der Lebensversicherungen angesprochen worden sei; auf dieses erste, kausale Ereignis sei abzustellen. Insoweit sei die Tätigkeit noch dem versicherten Risiko zuzuordnen. Weitergehend sei in seinem solchen Fall grundsätzlich der gesamte einheitliche Lebensvorgang von der Haftpflichtversicherung gedeckt. Für die Gewährung von Versicherungsschutz reiche es aus, wenn einer der versicherten Ansprüche unter das versicherte Risiko falle. Das habe zur Folge, dass jedenfalls die weitergehende Empfehlung, in Gold zu investieren, nicht zum Ausschluss des gesamten Versicherungsschutzes führe.

Die Beklagte, die die Zurückweisung der Berufung beantragt, verteidigt das angefochtene Urteil. ...

II. Die zulässige Berufung des Klägers ist in der Sache unbegründet.

1. Hauptantrag

Mit dem Hauptantrag hat die Klage keinen Erfolg. Mit diesem Antrag macht der Kläger einen **Direktanspruch gegen die Beklagte als Vermögensschadenhaftpflichtversicherer** der D. GmbH, die sich in der Insolvenz befindet, geltend (§ 115 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 VVG). Dabei handelt es sich nicht um einen versicherungsrechtlichen Anspruch, sondern der Dritte (hier der Kläger) macht seinen Haftungsanspruch gegen den Schädiger unmittelbar gegen den Versicherer geltend.

Dieser haftet allerdings nach § 115 Abs. 1 Satz 2 VVG nur im Rahmen seiner Leistungspflicht bzw., wenn eine solche nicht besteht, nach § 117 Abs. 1 und 4 VVG. Das bedeutet in der Sache, dass der Versicherer sich gegenüber dem Dritten nicht auf eine Leistungsfreiheit im Verhältnis zum Versicherungsnehmer (etwa wegen einer Obliegenheitsverletzung) stützen kann. Er kann sich allerdings auch gegenüber dem Dritten auf Leistungsausschlüsse berufen (vgl. nur Römer/Langheid, VVG, 4. Aufl., § 117, Rdnr. 7 und 27).

Nach § 4 Abs. 3 der vereinbarten AVB besteht grundsätzlich **kein Versicherungsschutz für die Vermittlung und Empfehlung von Geldgeschäften**. Vorliegend allerdings gelten die Besonderen Vereinbarungen für Finanz- und Versicherungsmakler.

Der Kläger beruft sich in der Berufungsinstanz nur noch auf das Eingreifen von Ziff. 2.1 dieser Besonderen Bedingungen, wonach für die Ausübung der Tätigkeit als Versicherungsmakler im handelsüblichen Rahmen Versicherungsschutz besteht. Das bedeutet, ausgelegt nach den anerkannten Auslegungskriterien, wonach es auf das Verständnis des durchschnittlichen Versicherungsnehmers ankommt (vgl. BGHZ 123, 83), **dass die üblichen Versicherungsmaklertätigkeiten versichert sind.**

Das ist nach § 59 Abs. 3 VVG vor allem die gewerbsmäßige Vermittlung oder der Abschluss von Versicherungsverträgen (s. allg. auch § 93 Abs. 1 HGB). Darüber hinaus gehört es zum üblichen Umfang der von einem Versicherungsmakler geschuldeten Leistungen, den Versicherungsnehmer im Rahmen eines bestehenden Versicherungsverhältnisses zu begleiten und zu

beraten (vgl. Römer/Langheid, a.a.O., § 59, Rdnr. 8; Dörner in: Prölss/Martin, VVG, 29. Aufl., § 59, Rdnr. 74). Dazu mag auch noch gerechnet werden, den Versicherungsnehmer über die Möglichkeiten der Beendigung eines Versicherungsvertrags zu beraten. Es gehört aber nicht mehr zu den handelsüblichen Tätigkeiten eines Versicherungsmaklers, seinen Kunden über andere Anlagemöglichkeiten außerhalb des Versicherungsbereichs zu beraten. Das ist die Aufgabe von Anlagevermittlern und Anlageberatern.

Die gegenteilige Auffassung des Klägers überzeugt nicht. Die von ihm herangezogene Entscheidung des BGH zur Anwaltschaftung (VersR 1994, 811) betrifft eine andere Fallkonstellation und ist für die hier zu entscheidende Frage nicht einschlägig. Dort ging es darum, ob ihm Rahmen einer zivilrechtlichen Haftung des Anwalts auch atypische Tätigkeiten (nämlich eine Anlageberatung) unter einen Anwaltsdienstvertrag zu fassen sind.

Auch im hier gegebenen Fall mag es so sein, dass die D., auch wenn sie mit dem Kläger nur einen Versicherungsmaklervertrag abgeschlossen haben sollte, in dessen Rahmen auch für eine dann tatsächlich vorgenommene unzureichende Anlageberatung außerhalb des Versicherungsbereichs haftet. Vorliegend geht es aber darum, in welchem Umfang eine tatsächlich übernommene Beratungstätigkeit auch vom Versicherungsschutz der bei der Beklagten unterhaltenen Vermögensschadenhaftpflichtversicherung gedeckt ist. **Das richtet sich alleine danach, ob die Tätigkeit, wie es Ziff. 2.1 der Besonderen Bedingungen vorsieht, handelsüblich für einen Versicherungsmakler ist, und das ist sie eben gerade nicht.**

Der Kläger kann auch nicht darauf verweisen, dass der Abschluss von Lebensversicherungen „grundsätzlich“ eine Kapitalanlage darstelle und daher deren Vermittlung als Kapitalanlage zu werten sei. Das trifft schon im rechtlichen Ausgangspunkt nicht zu, denn die Vermittlung einer Lebensversicherung ist in aller Regel nicht als Kapitalanlage zu werten, sondern nur dann, wenn die Absicherung des Todesfallrisikos gegenüber der Renditeerwartung von untergeordneter Bedeutung ist (BGH, VersR 2012, 1237).

Aber selbst wenn man dem Ansatz des Klägers folgt, dann beschränkt sich die übliche Tätigkeit des Versicherungsmaklers (mag sie in Ausnahmefällen nach Kapitalanlagegrundsätzen zu bewerten sein) doch auf die Vermittlung von Versicherungen und nicht auf die Vermittlung sonstiger Kapitalanlagen.

Dass im Rahmen der Ziff. 2.1 der Besonderen Bedingungen **nicht sämtliche Tätigkeiten eines Maklers im Rahmen einer Kapitalanlageberatung abgesichert werden sollten, folgt auch aus den übrigen Regelungen in Ziff. 2.** Danach sind etwa in Ziff. 2.4 nur „der Nachweis und die Vermittlung von Finanzierungen“ und in Ziff. 2.6 sowie Ziff. 2.8 und 2.9 **nur bestimmte Arten von Kapitalanlagen** (Vermittlung von Investmentfonds, Schiffsbeteiligungen, Immobilienfonds, Leasingfonds, Medienfonds, von nicht börsennotierte Aktien und von Anteilen an Venture-Capital- und Private-Equity-Fonds) vom Versicherungsschutz erfasst.

2. Hilfsantrag

Auch mit dem Hilfsantrag hat die Klage keinen Erfolg.

Den Hilfsantrag hat das LG als unbegründet angesehen, weil es gemeint hat, der eindeutige Schwerpunkt der Tätigkeit der D. habe auf der „Umschichtung des Geldes“ und auf der Vermittlung einer neuen Kapitalanlage gelegen, so dass auch für etwaige Pflichtverletzungen im Rahmen der Beratung über die Beendigung der Lebensversicherungen kein Versicherungsschutz bestehe. Diese Auffassung erscheint dem Senat zweifelhaft. **Vorliegend bestehen zwei deutlich voneinander zu trennende Beratungsteile**, und zwar einerseits die Beratung zum Verkauf der Lebensversicherungen, die noch als Versicherungsmaklertätigkeit anzusehen sein wird, und die Beratung dahin, frei gewordenes Geld in Goldgeschäfte anzulegen, die nicht mehr Versicherungsmaklertätigkeit ist.

Insoweit dürfte jede Pflichtverletzung und eine daraus folgende Haftung getrennt zu sehen sein. Fällt danach aber eine Tätigkeit und eine damit verbundene Pflichtverletzung unter das versicherte Risiko, wird insoweit Versicherungsschutz zu gewähren sein (so in der Sache auch v. Rintelen in: Beckmann/Matusche-Beckmann, *Versicherungsrechts-Handbuch*, 3. Aufl., § 26, Rdnr. 288).

Abschließender Entscheidung bedarf dies aber nicht, denn wenn man zugunsten des Klägers unterstellt, die Beratung über den Verkauf der Lebensversicherungen sei vom Versicherungsschutz erfasst, dann wäre dieser nach § 4 Nr. 5 AVB ausgeschlossen. Danach besteht **kein Versicherungsschutz wegen Schäden durch sonstige wissentliche Pflichtverletzungen**. Wissentlich handelt nur derjenige, der die verletzten Pflichten positiv kennt. Es muss also feststehen, dass der Versicherungsnehmer seine Pflichten zutreffend gesehen hat.

Die Darlegungs- und Beweislast für eine wissentliche Pflichtverletzung liegt beim Versicherer. Hierfür hat er – wenn es sich nicht um die Verletzung elementarer beruflicher Pflichten handelt, deren Kenntnis nach der Lebenserfahrung bei jedem Berufsangehörigen vorausgesetzt werden kann – Anknüpfungstatsachen vorzutragen, die als schlüssige Indizien für eine wissentliche Pflichtverletzung betrachtet werden können. Erst wenn dieses geschehen ist, obliegt es dem Versicherungsnehmer im Rahmen seiner sekundären Darlegungslast, Umstände aufzuzeigen, warum die vorgetragenen Indizien den Schluss auf eine wissentliche Pflichtverletzung nicht zulassen (zu allem BGH, *VersR* 2015, 181).

Vorliegend hat der Kläger vorgetragen, der Vermittler E. habe ihn über die Nachteile der vorzeitigen Beendigung der Lebensversicherungsverträge (Steuernachteile, niedriger Rückkaufswert) nicht aufgeklärt. Die Beklagte hat die Behauptung des Klägers zur fehlenden Aufklärung über die Nachteile eines vorzeitigen Verkaufs der Lebensversicherungen mit Nichtwissen bestritten und weiter vorgetragen, dass dann, wenn man die Richtigkeit des Vortrags des Klägers unterstelle, der Ausschlussstatbestand des § 4 Abs. 5 AVB greife. ... Damit hat sie sich das Vorbringen des Klägers hilfsweise zu eigen gemacht. Die Beklagte hat zwar nicht konkret dargetan, der

Vermittler E. habe gewusst, dass er – wenn er zu einem vorzeitigen Verkauf von Lebensversicherungen zum Rückkaufswert rät – gehalten ist, darüber aufzuklären, dass dies Nachteile mit sich bringt. Ein solcher Vortrag war hier jedoch entbehrlich, weil insoweit eine Verletzung elementarer beruflicher Pflichten anzunehmen ist, deren Kenntnis nach der Lebenserfahrung bei jedem Berufsangehörigen vorausgesetzt werden kann.

Ein Versicherungsmakler weiß, dass die Kündigung einer Lebensversicherung ebenso wie deren Verkauf zum Rückkaufswert typischerweise Nachteile mit sich bringt; wenn er einem Kunden mithin dazu rät, eine Lebensversicherung zu kündigen oder zu verkaufen, ohne ihn auf diese Nachteile hinzuweisen, dann verletzt er eine elementare berufliche Pflicht, von der er als in dem Beruf des Versicherungsmaklers Tätiger Kenntnis hat.

Das reicht zur Annahme einer wissentlichen Pflichtverletzung aus. Es kommt nicht darauf an, dass der Vermittler E. womöglich selbst daran glaubte, er vermittele eine lukrative Kapitalanlage, und dass er – wie es der Kläger behauptet – selbst in das Goldgeschäft investiert hat. Es geht in dem hier noch interessierenden Zusammenhang nicht mehr darum, wie das freiwerdende Geld investiert werden sollte, sondern nur darum, welche Nachteile mit einer Kündigung bzw. mit einem Verkauf der Lebensversicherung verbunden waren. Darüber hätte ungeachtet der weiteren Verwendung des freiwerdenden Geldes aufgeklärt werden müssen, und es ist davon auszugehen, dass der Vermittler E. das auch wusste. ... ■

Anwaltsvertrag

- Mandant: Bundesland
 - Dritthaftung gegenüber Ministerpräsidenten?
 - Leistungsnähe
 - Spezifischer Risikozusammenhang
 - Drittschutz des GmbH-Geschäftsführers
- (LG Stuttgart, *Urt. v. 24.2.2015 – 9 O 108/14*)

Orientierungssätze:

1. Es kann zwar auch ein Anwaltsvertrag Vertragspflichten enthalten, die eine Schutzwirkung zugunsten Dritter begründen, was aber wegen Art und Struktur des Anwaltsvertrages nur selten in Betracht kommt. Denn der Anwaltsvertrag ist auf dem Vertrauensverhältnis zwischen Mandant und Anwalt aufgebaut und daher vom Inhalt her streng zweiseitig ohne Außenwirkung angelegt, so dass Interessen Dritter am Ergebnis der anwaltlichen Tätigkeit daher im Allgemeinen nicht zu einer Haftungserweiterung des Rechtsanwalts führen, auch dann nicht, wenn diese Personen dem Rechtsanwalt benannt oder bekannt sind.

2. Bei einem Anwaltsvertrag, bei dem der Anwalt auch die Vermögensinteressen eines Dritten wahrzunehmen

hat, kann der Dritte in den Schutzbereich der anwaltlichen Pflichten einbezogen sein. Insoweit hat der Dritte keinen Anspruch auf die vertragliche Hauptleistung, wohl aber einen eigenen Schadenersatzanspruch. Voraussetzung hierfür ist, dass die Rechtsgüter des Dritten nach der objektiven Interessenlage im Einzelfall durch die Anwaltsleistung mit Rücksicht auf den Vertragszweck beeinträchtigt werden können und der Mandant ein berechtigtes Interesse am Schutz des Dritten hat. An dieser Voraussetzung, insbesondere dem Merkmal der sogenannten Leistungsnähe, fehlt es vorliegend, da die Beratungstätigkeit des Anwalts für das Land nach dem Inhalt des Vertrages nicht dem Interesse des Ministerpräsidenten (Kläger) dient. ■

Tatbestand:

Der Kläger macht gegen die Beklagten Ansprüche wegen behaupteter Verletzung ihrer Beratungspflichten aus einem Anwaltsvertrag nach den Grundsätzen des Vertrages mit Schutzwirkung zugunsten Dritter geltend.

Der Kläger war Ministerpräsident des Landes S. (Land). Die Beklagte Ziff. 1 war als Anwaltskanzlei für das Land und die A. GmbH beim Erwerb der vom Stromkonzern B. über seine Tochtergesellschaft C. gehaltenen Aktien am börsennotierten Energieunternehmen D. in Höhe von 45,01% im November/Dezember 2010 durch die A. GmbH, einer im Eigentum des Landes stehenden Gesellschaft, beratend tätig. Der Beklagte Ziff. 2 betreute das Mandat als verantwortlicher Partner der Beklagten Ziff. 1.

Am 24.11.2010 fragte der Banker E., damals Deutschland-Chef der Investmentbank R. AG, telefonisch beim Beklagten Ziff. 2 an, ob Bereitschaft bestehe, das Land bei einer Transaktion „mit D./B. auf der anderen Seite“ zu beraten. Am Vormittag des folgenden Tages erklärte der Beklagte Ziff. 2 dem Banker E., dass die Beklagte Ziff. 1 das Mandat übernehmen werde.

Am 26.11.2010 fand gegen 13:30 Uhr eine Telefonkonferenz statt, an der neben dem Kläger, dem Beklagten Ziff. 2 und dem Banker E. auch der CEO (Chief Executive Officer, was dem Vorstandsvorsitzenden der deutschen AG entspricht) der B., Herr F., teilnahm. Der CEO F. erklärte, dass er keinen weiteren Vorbehalt außer einem fusionsrechtlichen wünsche und auf einem sonst unkonditionalen, bindenden Vertragsabschluss bestehe.

Es wurde vereinbart, dass der Kläger der B. am 6.12.2010 um 9:00 Uhr ein Angebot für die Übernahme ihrer Aktien an der D. machen solle, welches nur unter dem Vorbehalt der Kabinettszustimmung stehen und im Übrigen unbedingt sein sollte. Eine bis anderthalb Stunden später sollte er vom CEO F. die Annahme des Angebotes erhalten, die sodann vom Kabinett des Landes bestätigt werden sollte. Das Kabinett des Landes und das Board der B. sollten parallel tagen. (...)

Mit E-Mail vom 28.11.2010, 21:52 Uhr, wies der Beklagte Ziff. 2 seine Kollegen darauf hin, dass der Kläger glaube, für den Kauf der Anteile durch das Land sei die Zustimmung des Landtages erforderlich.

Daraufhin wurde bei der Beklagten unter Einbeziehung des Bankers E. über die möglicherweise bestehende Notwendigkeit, das Parlament zu beteiligen, beraten. Zunächst erklärte der Beklagte Ziff. 2 in seiner E-Mail vom 29.11.2010, 10:48 Uhr, an den Banker E., dass ein Zustimmungsvorbehalt des Parlamentes wohl erforderlich sei. Mit E-Mail vom 29.11.2010, 15:04 Uhr, erhielt der Banker E. vom Beklagten Ziff. 2 ein Memo des Partners H. der Beklagten Ziff. 1 zu dieser verfassungsrechtlichen Frage. Nach diesem Memo konnte nach Art. 81 der Landesverfassung im Falle eines „unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses“ die Zustimmung des Parlamentes nachträglich eingeholt werden, wenn der Finanzminister seine Zustimmung erklärte. Unter der Annahme, dass Dringlichkeit wegen eines drohenden Weg-Erwerbes durch ausländische Investoren bestehe, sei die Kernfrage, inwieweit das Bedürfnis zum Kauf der Anteile unabweisbar sei.

Sodann wurde bei der Beklagten Ziff. 1, ebenfalls unter Einbeziehung des Bankers E., darüber beraten, wie man die B. rechtlich oder tatsächlich an ein Angebot binden könne, bis das Parlament seine Zustimmung erteilen würde. Mit E-Mail vom 30.11.2010, 07:26 Uhr, an die Beklagten teilte ein hinzugezogener französischer Rechtsanwalt mit, dass der CEO F. der B. im Interesse seines Unternehmens handeln müsse, weswegen davon auszugehen sei, dass er ein besseres Angebot eines anderen Bieters annehmen würde, selbst wenn er dem Angebot des Landes bereits zugestimmt habe.

Die damalige Sekretärin des Klägers übersandte dem Banker E. mit E-Mail vom 30.11.2010, 7:51 Uhr den „W.-Vermerk“. Der Banker E. leitete den Vermerk mit E-Mail vom selben Tag, 8:53 Uhr an den Beklagten Ziff. 2 mit dem Kommentar weiter, er habe die Lösung. Dabei fragte er nach, ob der Beklagte Ziff. 2 daraufhin eine „Legal Opinion“ der Beklagten Ziff. 1 erstellen könne. Nach dem „W.-Vermerk“ benötige der Ministerpräsident für den Kauf von Beteiligungen keine Zustimmung des Parlamentes nach der Landeshaushaltsordnung, wenn im Haushalt für den Erwerb genügend Geld im sogenannten Allgemeinen Grundstock (= Einnahmen aus der Veräußerung von Grundstücken und Beteiligungen) vorhanden sei. (...)

Am 30.11.2010 erklärte der Banker E. in seiner E-Mail von 09:36 Uhr gegenüber dem Banker G. der R. Frankreich, dem Zwillingsbruder des CEO F., dass sein Bruder ein unbedingtes Angebot erhalten werde.

Mit E-Mail vom 30.11.2010, 9:37 Uhr, an seine Rechtsanwaltskollegen bei der Beklagten Ziff. 1 erklärte der Partner H., dass der „W.-Vermerk“ sein Memo bestätige, wonach eine Zustimmung des Parlamentes erforderlich sei, und § 65 Abs. 1 LHO neben den Regelungen der Landesverfassung zusätzlich zu beachten sei.

Der Partner J. der Beklagten Ziff. 1 teilte seinen Kollegen mit E-Mail vom 30.11.2010, 12:01 Uhr, mit, dass R. mitgeteilt habe, seitens des Landes bestehe eine etwas andere Auffassung zum Parlamentsvorbehalt. In anderem Zusammenhang sei man zu dem Ergebnis gekommen, ein Kabinettsbeschluss reiche aus.

Der Partner H. schrieb in seiner E-Mail vom 30.11.2010, 12:09 Uhr, dass sich bei dem wunschgemäß erfolgten Gespräch mit einer weiteren Person seine bisherige Position bestätigt habe. Trotz Risiken sähen sie jedoch Ansatzpunkte dafür, die zentrale Voraussetzung der Unabweisbarkeit einer Notbewilligung des Finanzministers darzulegen.

Um 13:10 Uhr fand eine Besprechung der Rechtsanwälte der Beklagten Ziff. 1 zu der Angelegenheit statt. In seiner E-Mail vom 30.11.2010, 14:41 Uhr, berichtete Rechtsanwalt K. der Beklagten Ziff. 1 seinem Kollegen Rechtsanwalt L., dass das Treffen sehr schnell gegangen sei. Der Kläger nehme das Risiko, es ohne Parlamentsvorbehalt zu machen. Damit könne man alles so machen, wie ursprünglich besprochen.

Der Beklagte Ziff. 2 schrieb am 30.11.2010, 14:52 Uhr, an den Banker E. in einer E-Mail, dass die Verfassungsrechtler der Beklagten Ziff. 1 den telefonisch besprochenen Weg abgesegnet haben. Das Problem werde über Art. 81 LV gelöst, das heiße die Zustimmung des Finanzministers. Also kein Parlamentsvorbehalt, man könne am 6.12. ohne Bedingung (außer Fusionskontrolle) abschließen.

Am 1.12.2010 trafen sich der Kläger und der Beklagte Ziff. 2 um 19:45.

Am 2.12.2010 wurde die Vergütungsvereinbarung zwischen dem Land und der Beklagten Ziff. 1 durch Staatsminister M. unterzeichnet.

Am 5.12.2010 wurde der Finanzminister N. gegen 23:00 Uhr vom geplanten Kauf der Anteile an der D. von der B. unter Anwesenheit des Klägers und des Beklagten Ziff. 2 informiert.

Am 6.12.2010 informierte der Kläger bei einem Frühstück den Fraktionsvorsitzenden der F.-Fraktion im Landtag O. sowie den Wirtschaftsminister P. Um 9:00 Uhr desselben Tages informierte der Kläger das Kabinett. Der Beklagte Ziff. 2 nahm an beiden Terminen teil.

Um 9:39 des 6.12.2010 stimmte das Kabinett des Landes dem Kauf der Anteile an der D. zu, der am 17.2.2011 nach der Genehmigung durch die Kartellbehörde vollzogen wurde.

Der Kläger trägt vor, die Feststellungsklage sei zulässig. Es sei hinreichend wahrscheinlich, dass dem Kläger durch die Handlungen der Beklagten ein Schaden entstanden sei. Für die Zulässigkeit der Feststellungsklage reiche es aus, dass der Schaden sich noch in der Entwicklung befinde.

Die Grundsätze des Vertrages mit Schutzwirkung zugunsten Dritter seien gegeben.

Das Merkmal der Leistungsnähe liege vor. Der Kläger sei nämlich mit der Leistung der Beklagten aus dem zwischen der Beklagten Ziff. 1 und dem Land geschlossenen Anwalts- und Beratungsvertrag bestimmungsgemäß in Berührung gekommen und sei der Gefahr von Pflichtverletzungen in gleicher Weise ausgesetzt gewesen wie das Land. Eine mangelhafte Beratung sei nicht nur geeignet gewesen, die Vermögensinteressen des Landes zu beeinträchtigen, sondern als Reflex zugleich und direkt auch den Kläger.

Ein Einbeziehungsinteresse des Landes ergebe sich aus einer Fürsorgepflicht des Landes, welche sich aus dem Amtsverhältnis des Klägers ableite, § 1 MinG BW. Darüber hinaus bestehe Drittschutz, weil sich nach Auslegung des Vertrages ergebe, dass der Kläger aufgrund eines besonderen Interesses in den vertraglichen Schutz einbezogen werden solle. Der Kläger sei vom Rechtsrat des Beklagten Ziff. 2 abhängig gewesen. Es sei um eine umfassende Rückendeckung für den politisch und damit auch rechtlich verantwortlichen Ministerpräsidenten gegangen. Nach der Rechtsprechung des BGH stünden selbst gegenläufige Interessen zwischen Drittem und Gläubiger einem Drittschutz nicht entgegen. Gerade in Gutachterfällen habe die Rechtsprechung eine Erstreckung des Drittschutzes angenommen. Ferner sei der Drittschutz auch erkennbarer Vertragszweck gewesen. Ein Rechtsberatervertrag könne Schutzwirkung zu anderen Personen mit enger Beziehung zum Mandanten entfalten.

Leistungsnähe und Einbeziehungsinteresse seien für die Beklagten auch erkennbar gewesen. Den Beklagten sei durchgehend gegenwärtig gewesen, dass letztlich der Ministerpräsident selbst in seinen Rechten bis hin zur persönlichen Haftung berührt werde, wenn sie anwaltliche Pflichten verletzten. Den Beklagten würden durch die Einbeziehung des Klägers in den Schutzbereich des beschlossenen Anwaltsvertrages keine Pflichten aufgebürdet, die über das hinausgingen, was sie von vornherein überschauen konnten.

Der Kläger sei schutzbedürftig. Er habe einen inhaltsgleichen vertraglichen Anspruch weder gegen die Beklagte noch gegen einen anderen Gläubiger.

Die Beklagten hätten ihre Pflichten aus dem Rechtsanwaltsvertrag verletzt, indem sie mangelhaft beraten hätten. Ein Anwalt schulde umfassende Beratung und eine umfassende Aufklärung über Risiken. Der Beklagte Ziff. 2 habe nicht hinreichend über die rechtlichen Risiken im Zusammenhang mit dem Vorgehen nach dem Notbewilligungsrecht, Art. 81 LV, belehrt. Der Beklagte Ziff. 2 hätte eine Risikobelehrung insbesondere auch gegenüber dem Finanzminister N. am Abend des 5.12.2010 und gegenüber dem Kabinett am Morgen des 6.12.2010 vornehmen müssen. Der Beklagte Ziff. 2 habe hingegen wahrheitswidrig behauptet, dass rechtliche Risiken nicht bestünden.

Die Frage, ob eine Gefahr durch weitere Bieter bestanden habe, die letztlich zu einer Dringlichkeit des Kaufes geführt

habe, womit die Beklagten das Vorgehen nach Art. 81 LV gerechtfertigt haben, hätte von den Beklagten aufgeklärt werden müssen. Sie hätten es nicht mit der Bemerkung des Bankers E. bewenden lassen dürfen, dass bei der Verhandlung von Unternehmenskäufen Bieter plötzlich und überraschend auftauchen könnten. Das Mandat der Beklagten sei inhaltlich nicht beschränkt gewesen. Gleichwohl sei ein Hinweis auf die §§ 7, 65 LHO durch die Beklagten überhaupt nicht erfolgt. Die Beklagten hätten Fragen um die Wertermittlung nicht geprüft, obwohl sie hierzu verpflichtet gewesen wären. Ferner haben die Beklagten in der rechtlichen Beratung nicht berücksichtigt, dass der an die B. gezahlte Kaufpreis europarechtlich eine verbotene Beihilfe darstellen könnte.

Die Beratung sei schon gegenüber dem Banker E. fehlerhaft gewesen. Zudem reiche es nicht aus, wenn die Beklagten den Banker E. hinreichend beraten hätten. Ein Hinweis gegenüber einem Dritten sei unbeachtlich. Die Beklagten hätten das Land als ihre Mandantin und somit den Kläger, den Finanzminister N. und das Kabinett aufklären und rechtlich beraten müssen.

Wenn die Beklagten den Finanzminister N. oder das Kabinett hinreichend über die Risiken aufgeklärt hätten, die dem Notbewilligungsrecht verknüpft waren, hätten beide diesem Vorgehen nicht zugestimmt.

Dem Kläger sei ein Schaden entstanden, der sich noch in der Entwicklung befinde. Der Kläger habe Einkommensverluste erlitten. Zudem seien ihm Kosten für die anwaltliche Beratung beispielsweise im Zuge eines gegen ihn laufenden Ermittlungsverfahrens entstanden.

(Anträge: ...)

Die Beklagten tragen vor, die Feststellungsklage sei unzulässig. Der Kläger trage nicht substantiiert vor, einen Schaden erlitten zu haben.

Die Grundsätze des Vertrages mit Schutzwirkung zugunsten Dritter seien nicht anzuwenden.

Das Merkmal der Leistungsnähe liege nicht vor. Der Kläger sei den Gefahren der Pflichtverletzung nicht in gleichem Maße ausgesetzt gewesen wie das Land als Gläubiger und sei nicht bestimmungsgemäß mit der Leistung in Berührung gekommen. Der Kläger sei nur mittelbar betroffen, was für eine Einbeziehung nicht ausreiche.

Das Merkmal der Gläubigernähe liege ebenfalls nicht vor. Ein Anwaltsvertrag könne wegen drohender Interessenkollisionen nur im Ausnahmefall drittschützend sein. Zum Beispiel habe ein Gutachtervertrag einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit einer Behörde nach der Rechtsprechung des BGH keine Schutzwirkung für den Antragsteller als Dritten, wenn das Gutachten nicht Grundlage für Vermögensdispositionen des Antragstellers, sondern allein für das behördliche Vorgehen sein solle.

Für die Beklagten sei eine Leistungsnähe des Klägers, wie ein Interesse des Landes an der Einbeziehung des Klägers in den Vertrag, nicht erkennbar gewesen. Zudem ergebe sich aus Punkt 4.1 der Mandats- und Vergütungsvereinbarung zwischen der Beklagten Ziff. 1 und der A. GmbH, wonach schriftliche Stellungnahmen und Gutachten ausschließlich für die Mandantin bestimmt seien, dass die Haftung nach den Grundsätzen des Vertrages mit Schutzwirkung zugunsten Dritter von den Parteien ausgeschlossen werden sollte.

Der Banker E. sei Wissensvertreter des Klägers als damaliger Ministerpräsident gewesen. Das sich aus der Beratung der Beklagten ergebende Wissen des Bankers E. sei dem Kläger deswegen zuzurechnen gewesen.

Eine Beratung über die Problematik der Parlamentsbeteiligung hinaus sei vom Kläger nicht in Auftrag gegeben worden und seitens der Beklagten nicht geschuldet gewesen.

Der Beklagte zu 2) habe vom Kläger nie den Auftrag bekommen, den Finanzminister N. oder das Kabinett über die Risiken des Weges über Art. 81 LV zu belehren. Der dem Beklagten Ziff. 2 durch den Banker E. und damit vom Kläger vermittelte Auftrag habe gelautet, dem Finanzminister N. und dem Kabinett den Weg über die Notbewilligung zu erläutern, soweit erforderlich. Um alternative Wege sei es nicht mehr gegangen. Erläutern bedeute in diesem Zusammenhang, die Voraussetzungen zu nennen und den tatsächlich vorzunehmenden Ablauf zu schildern.

Am 30.11.2010 habe der Beklagte Ziff. 2 in einem Telefongespräch zwischen 10:00 Uhr und 10:30 Uhr vom Banker E. einen neuen Prüfauftrag erhalten. Zu prüfen sei nunmehr gewesen, ob die Notbewilligung wenigstens irgendwie vertretbar sei. Der Kläger sei nach der Mitteilung des Bankers E. eher bereit gewesen, verfassungsrechtliche Risiken zu übernehmen als den Deal scheitern zu lassen. Um 11:00 Uhr habe der Beklagte Ziff. 2 den Staatsminister M. getroffen, welcher erklärt habe, es werde der Weg über die Notbewilligung gewählt, wenn dieser rechtlich vertretbar wäre. Der Beklagte Ziff. 2 habe dem Staatsminister M. mitgeteilt, dass die Beklagte Ziff. 1 beauftragt worden sei, nur noch einen Weg ohne Parlamentsbeteiligung zu prüfen.

Die Entscheidung über den Kauf der D. Anteile und das Vorgehen sei bereits am 30.11.2010 durch E. getroffen worden. Das Verfahren wäre bei einer Beratung, die die vom Kläger gerügten Punkte beinhaltete, nicht geändert worden. Das Kabinett und der Finanzminister N. hätten keine andere Entscheidung getroffen. (...) ■

Aus den Gründen:

Die zulässige Klage ist unbegründet und war daher abzuweisen.

1. Das **Feststellungsinteresse** liegt vor. Voraussetzung hierfür ist eine hinreichende Wahrscheinlichkeit eines auf die Verletzungshandlung der Beklagten zurückzuführenden Schadeneintritts (BGH, Urt. v. 24. 1.2006 – XI ZR 384/03, BGHZ 166, 84–117, juris: Rdnr. 27). Dies hat der Kläger hinreichend

substantiiert vorgetragen, indem er behauptet hat, durch seine rechtliche Vertretung und Beratung im gegen ihn laufenden Ermittlungsverfahren seien Kosten angefallen, deren vollständiger Ersatz durch die Staatskasse (auch im Falle der Einstellung des Ermittlungsverfahrens) zweifelhaft sei.

2. Der Kläger begehrt mit seinem Klagantrag die Feststellung eines Rechtsverhältnisses. Ein Rechtsverhältnis ist die Beziehung einer Person zu einer anderen Person oder Sache, die ein (mit materieller Rechtskraftwirkung feststellbares) subjektives Recht enthält oder aus der solche Rechte entspringen können (*Greger in: Zöller, Zivilprozessordnung, § 256 ZPO Rdnr. 3*). Der Schadenersatzanspruch, dessen Feststellung der Kläger begehrt, stellt eine solche Verbindung zwischen dem Kläger und den Beklagten dar, die ein subjektives Recht des Klägers enthält. Die Frage, ob dieser Anspruch tatsächlich besteht, ist erst im Rahmen der Begründetheit zu beantworten.

3. Die Klage ist unbegründet.

Der Kläger hat gegen die Beklagten keinen Anspruch auf Schadenersatz wegen eventueller Verletzung ihrer Beratungs- und Aufklärungspflichten gegenüber dem Land aus dem zwischen dem Land und der Beklagten Ziff. 1 geschlossenen Anwaltsvertrag nach §§ 280, 611, 675 BGB in Verbindung mit den Grundsätzen des Vertrages mit Schutzwirkung zugunsten Dritter.

Die Vertragsparteien haben den Kläger nicht in den **Schutzbereich des Anwaltsvertrages** einbezogen.

a) Ein Dritter kann in den Schutzbereich vertraglicher Pflichten einbezogen sein, wenn der geschützte Dritte mit der Hauptleistung des Schutzpflichtigen bestimmungsgemäß in Berührung kommt, zu dieser Leistungsnähe ein schutzwürdiges Interesse des Gläubigers an der Einbeziehung des Dritten in den Schutzbereich des Vertrags hinzutritt und dem Schutzpflichtigen die Einbeziehung Dritter in sein vertragliches Haftungsrisiko erkennbar ist. Außerdem muss der Dritte für diese Haftungserstreckung selbst schutzwürdig sein.

Schutzwirkungen zugunsten Dritter werden insbesondere bei solchen Verträgen angenommen, mit denen der Auftraggeber von einer Person, die über eine besondere, vom Staat anerkannte Sachkunde verfügt (z.B. öffentlich bestellter Sachverständiger, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater), ein Gutachten oder eine gutachtliche Äußerung bestellt, um davon gegenüber einem Dritten Gebrauch zu machen (*BGH, Urt. v. 7.3.2013 – IX ZR 64/12, NJW-RR 2013, 983–986, juris Rdnr. 25*).

Grundsätzlich kann auch ein Anwaltsvertrag Vertragspflichten enthalten, die Schutzwirkung zu Gunsten Dritter begründen.

Jedoch erlaubt der Anwaltsvertrag von seinem Wesen und seiner Struktur her nur in seltenen Fällen eine solche, unmittelbar Schadenersatzansprüche auslösende Einbeziehung Dritter in die aus dem Vertrag entstehenden Pflichten. Denn er ist auf ein Vertrauensverhältnis zwischen Mandant und

Anwalt aufgebaut und daher vom Inhalt her streng zweiseitig ohne Außenwirkung angelegt. Interessen Dritter am Ergebnis der anwaltlichen Tätigkeit können daher im Allgemeinen nicht zu einer Haftungserweiterung des Rechtsanwalts führen, selbst wenn diese Personen dem Rechtsanwalt benannt oder gar bekannt sind (*BGH, Urt. v. 11.1.1977 – VI ZR 261/75, NJW 1977, 2073–2074, juris Rdnr. 17*).

Ein echter Anwaltsvertrag, aufgrund dessen der Rechtsanwalt seinem Auftraggeber Rechtsbeistand schuldet, kann aber dennoch zum Inhalt haben, dass der Anwalt auch die Vermögensinteressen eines Dritten wahrzunehmen hat.

Dann kann die – notfalls ergänzende – Auslegung des Vertrages ergeben, dass der Dritte in den Schutzbereich der anwaltlichen Pflichten einbezogen ist. Hieraus kann er zwar, falls nicht die Voraussetzungen des § 328 BGB vorliegen, keinen primären Anspruch auf die vertragliche Hauptleistung, wohl aber einen eigenen sekundären Schadenersatzanspruch gegen den Rechtsanwalt haben.

Diese Grundsätze gelten insbesondere für Anwaltsverträge mit Schutzwirkung zugunsten von Angehörigen des Mandanten. Voraussetzung ist, dass die Rechtsgüter des Dritten nach der objektiven Interessenlage im Einzelfall durch die Anwaltsleistung mit Rücksicht auf den Vertragszweck beeinträchtigt werden können und der Mandant ein berechtigtes Interesse am Schutz des Dritten hat (*BGH, Urt. v. 19.11.2009 – IX ZR 12/09, NJW 2010, 1360–1362, juris Rdnr. 10*).

b) Diese Voraussetzungen liegen nicht vor. Es fehlt bereits am ersten Merkmal, der sogenannten **Leistungsnähe**. Die Beratungstätigkeit der Beklagten für das Land sollte nach dem Inhalt des Rechtsanwaltsvertrages nicht dem Interesse des Klägers dienen.

Der Kläger kommt mit der Hauptleistung der Beklagten bestimmungsgemäß nicht in hinreichendem Maß in Berührung. **Die Beklagten hatten im Rahmen des Anwaltsvertrages mit dem Land nicht die Vermögensinteressen des Klägers wahrzunehmen. Es fehlt an einem „spezifischen Risikozusammenhang“** (vgl. *BGH, Urt. v. 13.10.2011 – IX ZR 193/10, WM 2011, 2334–2338, juris: Rdnr. 15, 18*) **zwischen der vertraglichen Tätigkeit der Beklagten und der Gefährdung der Interessen des Klägers.**

Bei diesem Merkmal ist nicht entscheidend, inwieweit der eingetretene Schaden einer Pflichtverletzung der Beklagten zuzurechnen ist. Diese Frage wird (erst) im Tatbestandsmerkmal der Ursächlichkeit einer Pflichtverletzung für den geltend gemachten Schaden geprüft (vgl. *BGH, Urt. v. 13.10.2011 – IX ZR 193/10, WM 2011, 2334–2338, juris: Rdnr. 7*). Für die Leistungsnähe kommt es vielmehr darauf an, **welchen Risiken der Kläger bei Vertragsschluss, aus ex ante Sicht, durch die vertragliche Leistung der Beklagten ausgesetzt ist.**

c) Eine Betrachtung der höchstrichterlichen Entscheidungen (vgl. *Palandt-Grüneberg, 74. Auflage, § 328 Rdnr. 21 m.d.Nachw. aus der Rechtsprechung*) verdeutlicht weiter-

gehend, was mit dem Merkmal des spezifischen Risiko-zusammenhangs gemeint ist.

aa) Die **Leistungsnähe** wurde durch den BGH in einem Fall bejaht, in dem ein Rechtsanwalt die **testamentarische Erbeinsetzung der Tochter des Mandanten** bewirken sollte. Aufgrund eines Anwaltsfehlers unterblieb das zu erstellende Testament. Der BGH bejahte eine Sorgfaltspflicht auch gegenüber der Tochter, deren Vermögensinteressen durch die Rechtsberatung oder Geschäftsbesorgung gewahrt werden sollten (BGH, Urt. v. 6.7.1965 – VI ZR 47/64, NJW 1965, 1955).

bb) Die Leistungsnähe wurde durch den BGH in einem Fall bejaht, in dem ein Rechtsanwalt **Eheleute beim Abschluss einer Scheidungsvereinbarung** beraten hatte, in der der eine Teil dem anderen versprach, ihren Kindern bestimmte Vermögenswerte zuzuwenden. Nachdem die Vereinbarung wegen eines Verschuldens des Rechtsanwaltes nicht durchsetzbar war, konnten die Kinder, welche aus der Scheidungsvereinbarung Rechte erhalten sollten, gegen den Rechtsanwalt eigene Ansprüche geltend machen (BGH, Urt. v. 11.1.1977 – VI ZR 261/75, NJW 1977, 2073–2074).

cc) Ebenfalls bejaht hat der BGH die Leistungsnähe in einem Fall, in dem ein Rechtsanwalt eine **Vereinbarung zwischen einem Arbeitnehmer und dessen Arbeitgeber** über den Erhalt von Ruhesumme verschriftlichen sollte. Die mitklagende Ehefrau des Arbeitnehmers machte geltend, dass der vom beklagten Rechtsanwalt entworfene Vertrag nicht eindeutig formuliert sei und sich unmittelbar auf die Anwartschaft der ihr zustehenden Witwenrente auswirke (BGH, Urt. v. 1.10.1987 – IX ZR 117/86, NJW 1988, 200–204).

dd) Als in den Schutzbereich eines Anwaltsvertrages einbezogen hat der BGH **die Kinder eines im Beauftragungszeitpunkt lebensgefährlich erkrankten Erblassers** angesehen, welche gegen einen Rechtsanwalt klagten, der zugunsten der Kinder ein durch Erbvertrag mit vertraglicher Rücktrittsklausel begründetes Alleinerbrecht der Ehefrau des Erblassers ausschließen sollte (BGH, Urt. v. 13.7.1994 – IV ZR 294/93, NJW 1995, 51–53).

ee) Auch im Falle eines **Erblassers, der sich zu Lebzeiten erbrechtlich hat beraten lassen, waren die Erben** in den Anwaltsvertrag einbezogen. Das entschied der BGH, nachdem sich herausgestellt hatte, dass die fehlerhafte Beratung des Rechtsanwaltes bei der Errichtung des Testaments zum Verlust von Gesellschaftsanteilen der Erben führte (BGH, Urt. v. 13.6.1995 – IX ZR 121/94, NJW 1995, 2551–2553).

ff) Schutzwirkung wurde auch zugunsten eines Altgesellschafters angenommen aus einem Vertrag zwischen einer GmbH und einem Rechtsanwalt, welcher **die GmbH hinsichtlich einer Kapitalerhöhung im Wege der verdeckten Sacheinlage beraten** sollte. Der BGH argumentierte, dass die verdeckte Sacheinlage für den Gesellschafter die Gefahr begründe, die Einlage bei Vermögensverfall doppelt aufbringen zu müssen. Der Gesellschafter bleibe zur Bareinzahlung verpflichtet, ohne bei Insolvenz der Gesellschaft eine ander-

weitige Forderung gegen die Gesellschaft verwirklichen zu können (BGH, Urt. v. 2.12.1999 – IX ZR 415/98, NJW 2000, 725–728).

gg) Drittschutz hatte zu Gunsten betrogener **Anleger ein Treuhandvertrag zwischen einem Rechtsanwalt und einem betrügerischen Anlagevermittler**, der gezielt Anlegergelder veruntreute. Die Zahlungen der Anleger erfolgten – laut dem Anlageprospekt zu deren Sicherheit – über das Anderkonto des Rechtsanwaltes. Der BGH entschied, dass der Tatrichter dem Zusammenspiel zwischen dem Anlagevermittler und dem Rechtsanwalt und den jeweils neu unterzeichneten Vereinbarungen über die Zahlungsabwicklungen entnehmen durfte, dass dem Schutz- und Sicherheitsbedürfnis eines Dritten Rechnung getragen werden sollte (BGH, Urt. v. 2.12.1999 – IX ZR 415/98, NJW 2000, 725–728).

hh) Die erforderliche Leistungsnähe hat der BGH auch in einem **Steuerberatervertrag zugunsten des Geschäftsführers einer GmbH** angenommen. Der klagende Geschäftsführer machte den Steuerberater für das Entstehen einer Steuernachforderung verantwortlich, für die er der GmbH persönlichen haftete, weil der dortige Beklagte bei der Betriebsprüfung Anforderungen der Finanzverwaltung nicht hinreichend nachgekommen sei und zuvor schon fehlerhafte Buchungen und Bilanzierungsarbeiten vorgenommen habe. Der BGH argumentierte, die Leistungsnähe des Geschäftsführers zur steuerlichen Beratung seiner Anstellungs-GmbH ergebe sich aus § 34 Abs. 1 AO. Der Geschäftsführer hatte die von ihren Beratern vorbereiteten Steuererklärungen der GmbH zu unterzeichnen und zu verantworten.

Den Geschäftsführer treffe persönlich auch die Mitwirkungspflicht der GmbH gemäß § 90 AO, für deren Erfüllung er typischerweise auf die Unterstützung der steuerlichen Berater angewiesen sei, welche die GmbH beauftragt habe. **Unrichtige Steuererklärungen und unzureichende Mitwirkung für die steuerpflichtige GmbH begründeten ein spezifisches steuerliches Haftungsrisiko, dem der Geschäftsführer nach den §§ 69, 191, 219 AO ausgesetzt sei und welches bei entsprechender Einschaltung der Berater der GmbH auf deren Tätigkeit zurückgehen könne.**

Ergehe nach den §§ 34, 69 AO ein Haftungsbescheid gegen den Geschäftsführer, so könne diese Heranziehung auch rechtswidrig sein. Das Risiko der haftungsrechtlichen Inanspruchnahme des Geschäftsführers einer GmbH werde unter Umständen erst geschaffen, wenn der steuerliche Berater infolge eigener Nachlässigkeit mit Bezug auf die Mitwirkungspflichten der Mandanten gemäß § 90 AO die Finanzverwaltung annehmen lasse, die von ihm betreute Gesellschaft habe bislang nicht offenbarte Steuertatbestände verwirklicht oder ungerechtfertigte Abzüge in Anspruch genommen, während pflichtmäßiges Handeln ihm ermöglicht hätte, die ungünstige Feststellung der Finanzverwaltung und damit den Steuerschaden der Mandantin zu vermeiden.

Dieses Risiko der haftungsrechtlichen Inanspruchnahme des Geschäftsführers sei eine typische Begleiterscheinung pflichtwidrig verursachter Steuerfestsetzungen gegen eine zahlungs-

schwache GmbH, wenn zur vollen Begleichung der Steuerschuld später die Mittel fehlten. Es komme für die Frage des Drittschutzes nicht darauf an, ob dieses Risiko sich verwirkliche oder nicht und ob ein ergangener Haftungsbescheid in seinen subjektiven Voraussetzungen und hinsichtlich der Ermessensausübung rechtmäßig oder rechtswidrig sei.

Gehe eine Verletzung der Mitwirkungspflicht des Mandanten nach § 90 AO auf Versäumnisse des steuerlichen Beraters zurück, so könnten sich die Folgen bei der steuerrechtlich gebotenen Sachverhaltsfeststellung innerhalb des Beweismaßes und der anzustellenden Beweiswürdigung der Finanzverwaltung auch zum Nachteil eines möglichen Haftungsschuldners auswirken.

Die Leistungsnähe des Geschäftsführers zur pflichtwidrigen steuerlichen Betreuung seiner Anstellungs-GmbH, die ungünstige Beweisfolgen und im weiteren vermeidbare Steuerfestsetzungen gegen die GmbH zur Folge habe, sei demnach so groß, dass der Geschäftsführer in den persönlichen Schutzbereich der verletzten Beraterpflichten einbezogen werden müsse.

Ebenso komme der Geschäftsführer einer GmbH mit der ihr gegenüber erbrachten Leistung bestimmungsgemäß in Berührung, wenn er von den steuerlichen Beratern der GmbH durch Fehler der Buchführung, ungerechtfertigte Vorsteuerabzüge oder Fehlbeurteilung umsatzsteuerpflichtiger Tatbestände als umsatzsteuerfrei in das Haftungsrisiko der §§ 69, 191, 219 AO verstrickt werde. Zwar erleide dann die GmbH bei normativer Betrachtung keinen Schaden; sie werde nur der gesetzmäßigen Besteuerung unterworfen. Der Geschäftsführer sei aber durch seine Haftung auch im Rechtssinne geschädigt, weil er bei Erfüllung seiner Pflichten für Steuerausfälle durch die Zahlungsunfähigkeit der GmbH nicht einzustehen gehabt hätte.

Bei dem Verhalten des Geschäftsführers, welches ihm möglicherweise als vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verhalten vorgeworfen werden könne, der verspäteten und fehlerhaften Abgabe von Umsatzsteuervoranmeldungen, seien Angehörige und Mitarbeiter der beklagten Steuerberatersozietät beteiligt gewesen. Der Geschäftsführer einer GmbH dürfe ebenso wie die Auftraggeberin im Blick auf die vertragliche Haftung darauf vertrauen, dass die von der Gesellschaft beauftragten Steuerberater die anstehenden steuerlichen Fragen fehlerfrei bearbeiten, ohne dass von seiner Seite eine Kontrolle notwendig sei.

Insbesondere gelte dies, wenn auch die Buchführung von dem steuerlichen Berater zu besorgen sei, wie hier vom Kläger behauptet werde, für die Vorbereitung der Umsatzsteuervoranmeldungen und Umsatzsteuererklärungen einer GmbH. Zur sorgfältigen Erfüllung solcher Vertragspflichten habe der Berater die Geschäftsunterlagen des Mandanten anzufordern, zu sichten, auf abziehbare Vorsteuern zu prüfen und steuerfreie Umsätze auszuscheiden.

Bei der steuerlichen Inhaftungnahme des Geschäftsführers einer GmbH für offene Steuerverbindlichkeiten der Gesell-

schaft würden jedoch gegenüber der Finanzverwaltung andere Grundsätze gelten. Zwar könne dem Geschäftsführer einer GmbH das Verschulden des steuerlichen Beraters der GmbH bei der Fertigung von Steuererklärungen nicht als eigenes Verschulden zugerechnet werden. Der Geschäftsführer hafte aber nach den §§ 34, 69 AO für die Verletzung der ihm in diesem Rechtsverhältnis abverlangten sorgsamten Auswahl und Überwachung derjenigen Personen, denen er die Erledigung der ihm auferlegten steuerlichen Pflichten für die GmbH übertragen habe.

Für den Fall der Unterzeichnung einer vom Steuerberater entworfenen Umsatzsteuererklärung könne eine Haftung des die Unterschrift leistenden Geschäftsführers in Frage kommen, wenn er selbst nach den jeweiligen Umständen des Einzelfalls Anlass und Möglichkeiten gehabt habe, die Richtigkeit der Steuererklärung zu überprüfen (BGH, Urt. v. 13.10.2011 – IX ZR 193/10, WM 2011, 2334–2338).

d) Im Gegensatz zu den oben zitierten Entscheidungen ist im streitgegenständlichen Fall keine Leistungsnähe gegeben.

Der Kläger und dessen Vermögensinteressen sind mit den vertraglichen Pflichten der Beklagten nicht bestimmungsgemäß in Berührung gekommen, weil der Anwaltsvertrag zwischen dem Land und der Beklagten Ziff. 1 nach dem hypothetischen und tatsächlichen Willen der Vertragsparteien nicht auch dem Schutz des Klägers dienen sollte.

aa) Der Kläger sollte kein eigenes Recht aus dem Aktienkaufvertrag des Landes erwerben, zu dessen Abschluss sich das Land hat beraten lassen. Anders als in einer Vielzahl der oben zitierten Fälle sind die Beklagten nicht beauftragt worden, um ein Geschäft zu begleiten, aus welchem dem Kläger ein **unmittelbarer Vermögensvorteil** erwachsen sollte. Die Situation des Klägers unterscheidet sich insofern signifikant von den Fällen, welche den oben unter c) aa)–ee) zitierten Entscheidungen des BGH zugrunde lagen. **Der Kläger ist nicht bestimmungsgemäß betroffen, weil durch die Rechtsberatung die Rechtslage für den Kläger nicht unmittelbar mitgestaltet werden sollte.**

bb) Dem Kläger drohte im Falle einer Falschberatung durch die Beklagten auch keine persönliche Haftung (wie in den oben unter c) ff)–hh) zitierten Fällen). **Anders als die §§ 34, 69 und 90 AO für den Geschäftsführer einer GmbH in steuerlichen Fragen vorsehen, gibt es für den Ministerpräsidenten des Landes keine Bestimmung, die eine persönliche Verantwortung gegenüber Dritten begründet.** Gerade die letztgenannte Entscheidung des BGH zeigt deutlich, dass ein Organ einer juristischen Person grundsätzlich nicht in die Beratungspflicht des Rechtsanwalts gegenüber der juristischen Person einbezogen ist.

Die Verpflichtung des Rechtsanwaltes, das Organ einer von ihm betreuten juristischen Person vor Nachteilen zu schützen, ist nur dann gegeben, wenn besondere Umstände hinzukommen – wie bei der genannten Entscheidung des BGH das Eingreifen der steuerrechtlichen Regelungen, die ausnahmsweise eine Haftung des Geschäftsführers bestimmen. Eine

solche typischerweise vorliegende Gefährdung ist vorliegend nicht gegeben.

cc) Eine mögliche haftungsrechtliche Inanspruchnahme des Klägers durch das Land als Folge einer eventuellen Falschberatung durch die Beklagten begründet ohne die oben angeführte typische Gefährdung keine Leistungsnähe. Der Kläger war als Organ den Gefahren einer Schutzpflichtverletzung nicht ebenso ausgesetzt wie das Land als Mandant. **Da die anwaltliche Leistung mangels spezieller Eigenhaftung des Klägers als Organ nicht auch dem Kläger diene und diesem nicht unmittelbar zugutekommen sollte, ist die anwaltliche Beratungspflicht vorliegend zu unterscheiden von der allgemeinen Pflicht, Dritte nicht zu schädigen, welche nicht für eine Einbeziehung in den Schutzbereich des Anwaltsvertrages ausreicht.**

Im Übrigen setzen sowohl eine Anklage nach Art. 57 der Landesverfassung durch den Landtag als auch eine persönliche Haftung des Klägers nach § 48 BeamtStG als Verschuldensmaßstab Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit voraus. Bei der Prüfung dieses Verschuldens ist aber zu berücksichtigen, dass der Kläger sich aus rechtlicher Sicht gegenüber dem Land auf die Richtigkeit einer rechtsanwaltlichen Beratung verlassen darf, die im Auftrag des Landes erfolgt.

dd) **Die Gefahr, dass gegen den Kläger ein Ermittlungsverfahren eröffnet werden kann, wenn er sich an einen fehlerhaften Rat der Beklagten hält, begründet ebenfalls keine Leistungsnähe.** Diese Gefahr ist nicht unmittelbar und hinreichend eng mit der Beratungsleistung der Beklagten verknüpft, weshalb sich daraus nicht ableiten lässt, der Anwaltsvertrag solle nach dem Willen der Vertragsparteien auch dem Schutz des Klägers dienen.

Die Entscheidung, ob ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wird, steht im pflichtgemäßen Ermessen der Staatsanwaltschaft. **Zwischen der Beratungsleistung der Beklagten und den Vermögensinteressen des Klägers im Hinblick auf Rechtsanwaltskosten liegen mehrere unsichere Zwischenschritte.** Dadurch weicht der zu beurteilende Sachverhalt maßgeblich von den oben zitierten Fällen ab, über die der BGH entschieden hat, in denen sich bei einer Falschberatung die Haftung des Dritten als zwingende und unmittelbare Folge des Beratungsfehlers darstellte.

Überdies hat der BGH die Dritthaftung eines Rechtsanwaltes gegenüber einem Organ einer juristischen Person gerade nicht mit der Begründung angenommen, bei fehlerhafter Beratung drohe die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens. **Das entscheidende Argument des BGH für den Drittschutz im oben zitierten Fall c) hh) war, dass eine persönliche Haftung des Dritten, des Organs der juristischen Person, für die Fehler des – dort steuerlichen – Beraters gesetzlich speziell angeordnet wurde** (nach §§ 34, 69, 90 AO). Dieses Argument trifft hier gerade nicht zu.

Im Gegenteil: Anders als im zitierten Fall existiert für den Kläger mit § 17 StGB eine Regelung, die ihn von der (strafrechtlichen) Haftung befreit, soweit sein Verhalten auf einer fehlerhaften Rechtsberatung durch die Beklagten beruht. Soweit

der Kläger sich auf die rechtliche Einschätzung der Beklagten verlässt, unterliegt er nämlich einem unvermeidbaren Verbotsirrtum, § 17 StGB. Für die Annahme der Unvermeidbarkeit reicht die Einholung einer unrechtsverneinenden Rechtsauskunft aus (*Vogel/Leipziger Kommentar zum StGB*, § 17 Rdnr. 76).

Der Hinweis des BGH auf §§ 34, 69, 90 AO wäre zudem unnötig, wenn bei Verträgen, die von juristischen Personen mit einem Berater abgeschlossen werden, die Organe der Auftraggeberin grundsätzlich in den Schutzbereich des Vertrages einbezogen würden.

ee) Eine Einbeziehung des Klägers ergibt sich auch nicht, soweit ihm bei Vertragsschluss **politische Risiken für seinen beruflichen Werdegang** (namentlich das Risiko einer Abwahl als Ministerpräsident) drohten. Auch die Realisierung dieses Risikos ist zu weit von der Beratungsleistung der Beklagten entfernt, als dass das Merkmal der Leistungsnähe erfüllt wäre. Es stellt keine typische Gefahr einer anwaltlichen Beratung gegenüber einer Gebietskörperschaft dar, dass ein politischer Entscheidungsträger aufgrund einer Falschberatung nicht wiedergewählt wird. Vielmehr liegen auch im Hinblick auf dieses Risiko aus-ex-ante Sicht unsicher erscheinende Zwischenschritte in Form von Wahlen und Abstimmungen zwischen einer potentiellen Schlechtleistung der Beklagten und nachteiligen politischen Konsequenzen für den Kläger.

4. Auf deliktische Anspruchsgrundlagen kann der Kläger den geltend gemachten Schadenersatzanspruch nicht stützen, weil der Kläger entsprechend seiner Darlegungs- und Beweislast nicht hinreichend substantiiert zu einem vorsätzlichen Handeln der Beklagten vorgetragen hat. Auf die Darlegungs- und Beweislast wurde der Kläger in der mündlichen Verhandlung von der Kammer hingewiesen.

5. Nachdem die Klage bereits aus rechtlichen Gründen abzuweisen war, ist über die weiteren zwischen den Parteien streitigen Fragen nicht mehr zu entscheiden und nicht Beweis zu erheben. Die Kammer ist sich darüber bewusst, dass möglicherweise bestehende Hoffnungen auf eine gerichtliche Aufarbeitung des zugrunde liegenden Sachverhaltes hierdurch enttäuscht werden könnten.

Das deutsche Rechtssystem sieht aber eine – von einem konkreten und zulässigen Klagebegehren losgelöste – Aufarbeitung eines Falles durch ein Zivilgericht nicht vor. Diese bewusste Entscheidung des Gesetzgebers hat ihren Niederschlag in verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen gefunden. Nach § 256 ZPO darf das Gericht im Wege der Feststellungsklage nur über Rechtsverhältnisse oder die Echtheit (oder Unechtheit) von Urkunden entscheiden. Dies auch nur dann, wenn der Kläger ein besonderes Interesse an der Feststellung hat.

Nach § 308 ZPO ist das Gericht im Zivilprozess an die gestellten Anträge gebunden und darf den Parteien über diese Anträge hinaus nichts zusprechen. Eine Beweisaufnahme, welche vor einer Klagabweisung durchgeführt wird, ohne dass es für das Ergebnis des Rechtsstreites auf diese Beweis-

aufnahme ankommt, gälte zudem als Fehler des Gerichtes im Sinne des § 21 Abs. 1 GKG (*BDPZ/Zimmermann, GKG, § 21 Rdnr. 7*).

Ziel dieser gesetzgeberischen Entscheidung, die das Gericht bindet, ist – neben der Entlastung der Justiz – der Schutz der Parteien. Die Beteiligung an einem Rechtsstreit kann die Parteien zeitlich, finanziell und emotional erheblich belasten.

Das Recht zur Untersuchung von Sachverhalten im öffentlichen Interesse – unabhängig von einer möglichen Rechtsfolge – bleibt in der deutschen Rechtsordnung den Parlamenten, namentlich dem Bundestag (vgl. Art. 44 Abs. 1 GG) und den Landtagen (vgl. etwa Art. 35 Abs. 1 Landesverfassung), vorbehalten. (...) ■

Versicherungsschutz

- Honorarrückzahlungsanspruch
- Rückforderungsanspruch in Form des Schadenersatzanspruchs
- Verjährung gemäß § 12 VVG a.F.
(*LG Darmstadt, Urt. v. 4.3.2014 – 17 O 142/13*)

Leitsatz (d. Red.):

Die Rückforderung von Honorar wegen einer mangelhaften Leistung eines Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters/Rechtsanwalts ist kein vom Versicherungsschutz einer Vermögensschadenhaftpflichtversicherung umfasster gesetzlicher Haftpflichtanspruch privatrechtlichen Inhalts im Sinne des § 1 AVB, auch wenn die Forderung im Zusammenhang mit einer behaupteten Schlechtleistung, Pflichtverletzung gestellt wird. ■

Zum Sachverhalt:

Der Kläger, der Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und bei der Rechtsanwaltskammer zugelassener Rechtsbeistand ist, nimmt die Beklagte als Rechtsnachfolgerin der N. Versicherung auf die Feststellung deren Schadenregulierung aus einer Vermögensschadenhaftpflichtversicherung für einen Haftpflichtschaden des Klägers aus einem Verfahren gegen seinen früheren Mandanten B. in Anspruch.

Der Kläger hatte Herrn B. im Jahr 2002 ein Steuersparmodell empfohlen, das die Gründung einer GmbH & Co. KG vorsah. Es sollten für 2001 bis 2003 Ansparrücklagen für die Anschaffung von Hochseecontainern gebildet werden und zur Steuerersparnis Verluste aus dem Gewerbebetrieb der KG über die Einkommenssteuer des früheren Mandanten verrechnet werden. Nach der Gründung der Gesellschaft – der Firma N. bewegliche Wirtschaftsgüter für An- und Verkauf sowie Vermietung GmbH & Co. KG – deren einziger Kommanditist Herr B. mit einer Hafteinlage von 160.000 EUR war, lehnte das zuständige FA die Abschreibung ab, da die Container, die der alleinige Kommanditist hätte bestellen und bezahlen müssen, niemals angekauft wurden. Den N.-

KG-Vertrag kündigte Herr B. am 13.7.2006. Die Anmeldung der Löschung im Handelsregister HRA 40244 erfolgte am 26.6.2007.

Der frühere Mandant des Klägers führte in der Folgezeit gegen den Kläger wegen fehlerhafter steuerlicher Beratung einen Vorprozess beim LG Erfurt. Mit Urteil vom 7.12.2012 (8 O 210/08) ist der Kläger vom LG Erfurt verurteilt worden, Herrn B. alle Kosten im Zusammenhang mit der Gründung und Führung der Gesellschaft, gezahlte Honorare für die Tätigkeit des Klägers im Zusammenhang mit der Erstellung der Jahresabschlüsse für die Firma N. GmbH & Co. KG und im Zusammenhang mit dem Studienkreis, gezahlte Honorare im Rahmen von eingelegten Rechtsmitteln gegen Entscheidungen des FA wegen der Nichtanerkennung der Ansparrücklage sowie sonstiger Kosten gemäß der Schadenaufstellung des Klägers zu ersetzen.

Das LG Erfurt begründete den Rückzahlungsanspruch in Höhe eines Gesamtbetrages von 42.975,01 EUR, bei dem es sich bis auf Fremdkosten in Höhe von 1.589,77 EUR um Honorare des Klägers handelte, damit, dass die Bildung der Ansparrücklage völlig verfehlt und realitätsfremd gewesen sei. Auch in 2. Instanz stellte das Thüringer OLG Jena ausweislich des – vom Kläger selbst vorgelegten Terminprotokolls vom 27.11.2013 fest –, dass seitens des Klägers ein Beratungsfehler vorliege, der einen Schadenersatzanspruch seines Mandanten auslöse. Der Rechtsstreit in dem Vorverfahren ist durch einen Vergleichsschluss über 32.000 EUR beendet worden.

Der Kläger hatte den Versicherungsfall der Rechtsvorgängerin der Beklagten, bei der er eine Berufshaftpflichtversicherung abgeschlossen hatte, am 11.9.2009 angezeigt. Dem Versicherungsverhältnis, das vom 1.1.2003 bis zum 1.1.2013 bestand, lagen die AVB-WS zugrunde. Die N.-Versicherung erteilte dem Kläger Versicherungsschutz nur für die in der Klageschrift aufgeführten Schadenpositionen in Höhe eines Gesamtbetrages von 1.545,39 EUR zuzüglich den daraus resultierenden Rechtsanwaltskosten. Eine weitere Übernahme lehnte sie ab. (...)

Der Kläger ist der Auffassung, die Beklagte habe die vollständige Schadenregulierung zu Unrecht mit der Begründung verweigert, für die Erstattung seiner Honorare bestünde kein Versicherungsschutz. Gegenstand des Vorprozesses seien aber Schadenersatzforderungen seines Mandanten B. aufgrund eines ihm vorzuwerfenden Beratungsfehlers gewesen, was sich aus dem Terminbericht und dem Protokoll der mündlichen Verhandlung vom 27.11.2013 des Thüringer OLG Jena ergäbe. Seine Gebührenrechnungen seien im Übrigen an die von seinem früheren Mandanten betriebene Firma N. GmbH & Co. KG gestellt worden. Er bestreitet, Herrn B. wissentlich falsch beraten zu haben, weshalb der Versicherungsschutz auch aus diesem Grund nicht verweigert werden könne.

Die von der Beklagten erhobene Verjährungseinrede scheiterte daran, dass die Verjährung erst mit der Beendigung des Klageverfahrens des Geschädigten B. begonnen habe.

Darüber hinaus sei die Verjährung gehemmt gewesen, bis die Beklagte eine vollständige Übernahme des Schadens (erst) mit Schreiben vom 16.1.2013 abgelehnt habe.

(Anträge: ...)

Die Beklagte ist der Meinung, dass der zur Regulierung aus der Haftpflichtversicherung angemeldete Honorarrückzahlungsanspruch keinen versicherten Schadenersatzanspruch darstelle, sondern die nicht versicherte Erfüllungsebene des Beratungsvertrages betreffe. Darüber hinaus vertritt die Beklagte die Auffassung, dass der Risikoausschluss gemäß § 4 Ziffer 4.5 AVB-WS eingreife. Der Kläger habe offenkundig zwei wissentliche Pflichtverletzungen begangen, in dem er ein gesetzeszweckwidriges Steuermodell empfohlen und hierbei die Lebensumstände des Mandanten B. – unter Voranstellung seines alleinigen Honorarinteresses – nicht beachtet habe. Darüber hinaus beruft sich die Beklagte auf die Einrede der Verjährung. (...) ■

Aus den Gründen:

Die Feststellungsklage ist nicht begründet.

Der Kläger kann von der beklagten Versicherung die begehrte vollständige Deckungszusage für den im Verfahren B. ./H. geltend gemachten Berufshaftpflichtschaden nicht verlangen. Versicherungsschutz nach § 1 WG in Verbindung mit § 1 Ziffer 1 und § 3 Ziffer 3.2.1. der Versicherungsbedingungen (AVB-WS), die dem früheren Versicherungsverhältnis der Parteien zugrunde lagen, besteht nicht.

Das Gericht kann die zwischen den Parteien streitige Frage, ob der Risikoausschluss nach § 4 Ziffer 4.5 AVB-WS eingreift, weil der Kläger bei der Beratung seines Mandanten B. wissentlich gegen ihm obliegende Berufspflichten verstoßen hat, offen lassen. Ob das von ihm empfohlene Steuersparmodell, das die Gründung einer GmbH & Co. KG und den Kauf von Hochseecontainern vorsah, um durch Inanspruchnahme von Ansparabschreibungen verrechnungsfähige Verluste zu generieren, für den Mandanten wegen dessen Lebensumständen offenkundig von vornherein ungeeignet und verfehlt war und der Kläger darüber hinaus bewusst ein gesetzeszweckwidriges/rechtswidriges Steuersparmodell empfohlen hat, kann offen bleiben.

Die Frage, ob sich die Beklagte auf den Risikoausschluss der wissentlichen Pflichtverletzung berufen kann, muss nicht entschieden werden, weil der zur Regulierung aus der Haftpflichtversicherung angemeldete **Honorarrückzahlungsanspruch keinen versicherten Schadenersatzanspruch gemäß § 3 Ziffer 3.2.1. AVB-WS** darstellt.

Nach § 1 Ziffer 1.1. AVB-WS besteht Versicherungsschutz für den Fall, dass der Versicherungsnehmer – wegen eines bei der Ausübung beruflicher Tätigkeit begangenen Verstoßes – von einem anderen aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen privatrechtlichen Inhalts für einen Vermögensschaden verantwortlich gemacht wird. **Kein gesetzlicher Haftpflichtanspruch privatrechtlichen Inhalts ist die Rückforderung von Honorar wegen einer mangelhaften Leistung des**

Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters/Rechtsanwalts, auch wenn diese Forderung im Zusammenhang mit einer behaupteten Schlechtleistung/Pflichtverletzung gestellt wird (vgl. van Bühren, Handbuch Versicherungsrecht 5. Aufl. § 10, Rdnr. 158). Dies wird in § 3 Ziffer 3.2.5. der AVB-WS darüber hinaus ausdrücklich klargestellt, wonach ein Anspruch auf **Rückforderung von Gebühren oder Erfüllungsansprüche und Erfüllungssurrogate nicht unter den Versicherungsschutz** fallen.

Hier sind die von dem Kläger zu Unrecht vereinnahmten Honorare, die der frühere Mandant des Klägers zurückgefordert hat und die ihm durch das LG Erfurt wegen fehlerhafter Beratung auch zugesprochen worden sind und die Gegenstand des, vor dem OLG Jena geschlossenen Vergleichs waren, streitgegenständlich. **Dass der frühere Prozessgegner des Klägers die Rückzahlung der Gebühren im Wege des Schadenersatzes beansprucht und nicht aufgrund bereicherungsrechtlicher Normen verlangt, ist irrelevant.**

Die Regelung in § 3 Ziffer 3.2.1. AVB-WS greift – entgegen der Auffassung des Klägers – auch nach dem Sinn und Zweck der Berufshaftpflichtversicherung – wonach Versicherungsschutz für Folgeschäden außerhalb des unmittelbaren Leistungsaustauschs der Vertragsparteien gewährt werden soll, nicht ein. Hierunter fällt nicht zu Unrecht vereinnahmtes Honorar des Versicherungsnehmers, was auch dann gilt, wenn eine schadenersatzbegründende fehlerhafte Leistung des Versicherungsnehmers zugrunde liegt.

Selbst, wenn man diese Frage anders entscheiden würde, besteht kein Anspruch des Klägers auf Deckungsschutz. Denn der etwaige Klageanspruch ist jedenfalls nach **§ 12 Abs. 1 Satz 1, Satz 2 VVG a.F.** verjährt. Nach dieser Vorschrift verjähren Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag in zwei Jahren, wobei die Verjährung mit dem Schluss des Jahres begann, in dem die Leistung verlangt werden konnte.

Das (alte) Verjährungsrecht ist im vorliegenden Fall auch anwendbar. Denn nach der **Übergangsvorschrift des Artikel 1 Abs. 1 EGVVG** ist auf Versicherungsverhältnisse, die bis zum 1.1.2008 entstanden sind (Altverträge), das Gesetz über den Versicherungsvertrag in der bis dahin geltenden Fassung bis zum 31.12.2008 anzuwenden, soweit in Abs. 2 ... nichts anderes bestimmt ist. **Die Regelung in Abs. 2 sieht vor, dass das Gesetz über den Versicherungsvertrag in der bis zum 31.12.2007 geltenden Fassung weiter anzuwenden ist, wenn bei Altverträgen ein Versicherungsfall bis zum 31.12.2008 eingetreten ist.**

Bei dem Haftpflichtversicherungsvertrag der Parteien handelt es sich um einen Altvertrag, der vom 1.1.2003 bis zum 1.1.2013 bestand, somit vor dem 1.1.2008 abgeschlossen worden ist. **Der Versicherungsfall, nämlich ein Verstoß, der Haftpflichtansprüche gegen den Versicherungsnehmer zur Folge haben könnte** (vgl. § 5 Ziffer 5.1 AVB-WS), ist auch vor dem 31.12.2008 eingetreten. Denn die fehlerhafte Beratung seitens des Klägers erfolgte bereits im Jahr 2002.

Die Verjährungsfrist hat hier nach § 12 Abs. 1 VVG a.F. am 31.12.2007 begonnen, nämlich dem Schluss des Jahres, in dem der Kläger von der Beklagten Rechtsschutzdeckung verlangen konnte. Die Verjährung ist damit Ende 2009 eingetreten, weshalb die Klageerhebung verspätet war.

Der Versicherungsanspruch auf Erfüllung der Leistungspflichten aus dem Versicherungsvertrag – wozu die Prüfung der Haftungsfrage, die Abwehr unbegründeter Ansprüche und die Freistellung von begründeten Ansprüchen zählt – ist entstanden und fällig, sobald der Versicherungsnehmer von einem Dritten wegen eines behaupteten Berufsversehens erstmalig auf Schadenersatz in Anspruch genommen wird (vgl. *Halm/Engelbrecht/Krahe Handbuch Fachanwalt Versicherungsrecht Kapitel 27 Rdnr. 8*; BGH, *Versicherungsrecht* 1971, 333; OLG Düsseldorf R & S 1999, 274; OLG Köln *Versicherungsrecht* 2003, 1166).

Nach dem Vortrag der Beklagten, dem der Kläger nicht entgegengetreten ist, hat der frühere Mandant des Klägers ihn außergerichtlich schon vor Erhebung der Klage beim LG Erfurt am 29.12.2008 in Anspruch genommen. Dass dies zutreffend ist, ergibt sich auch daraus, dass seitens des LG Herrn B. Zinsen – wie von ihm beantragt – seit dem 1.1.2007 zugesprochen worden sind.

Die Auffassung des Klägers, maßgebend für den Verjährungsbeginn sei, dass die Leistungen des Versicherers erst nach der rechtskräftigen Beendigung des Haftpflichtprozesses fällig geworden seien, ist unzutreffend. Der Kläger verkennt die **Trennung von Haftungs- und Deckungsfrage**. Die Trennung zwischen Haftpflicht- und Deckungsfrage bewirkt zwar, dass die tatsächlichen Voraussetzungen der Haftung nach zwischenzeitlich beendetem Haftpflichtprozess im Deckungsprozess bindend sind; im Übrigen sind aber beide Fragen unabhängig voneinander zu bewerten (vgl. *BGHZ* 119, 276). Deshalb ist eine Erstreckung der Prüfungsfrist zu Gunsten des Versicherers bis zum Abschluss des Haftungsprozesses nicht anzunehmen.

Entgegen der Auffassung des Klägers ist der Lauf der Verjährungsfrist auch nicht gemäß § 12 Abs. 2 VVG a.F. durch **Verhandlungen** über den Deckungsschutz gehemmt gewesen. Nachdem der Kläger der Beklagten den Versicherungsfall am 11.9.2009 gemeldet hatte, wies die Versicherung die Ansprüche wegen Rückzahlung geleisteter Honorare mit Schreiben vom 14.9.2009 als nicht versichert zurück. Dies betraf einen Gesamtbetrag in Höhe von 47.429,49 EUR. In dem Schreiben erklärte die Rechtsvorgängerin der Beklagten, dass allenfalls die Summe in Höhe von 1.545,39 EUR eventuell erstattungsfähig sei. Soweit in der Mitteilung vom 14.9.2009 außerdem mitgeteilt worden ist, anhand der vorliegenden Unterlagen könne keine abschließende Beurteilung vorgenommen werden, bezog sich dies lediglich auf die haftungsrechtliche Frage. Die Deckungsablehnung wiederholte die Beklagte bzw. ihre Rechtsvorgängerin auch in den Schreiben vom 2.11.2009 und 18.12.2012. Verhandlungsbereitschaft signalisierte sie weiterhin nur in Höhe des Betrags von 1.545,39 EUR.

Bei dieser Sachlage war die Klage abzuweisen. ■

GI Literaturhinweis

Unternehmensinsolvenz in der Rechtsprechung des BGH

Diese insolvenzrechtliche Broschur gibt einen kompakten und prägnanten Überblick über die gesamte für Regelinsolvenzverfahren maßgebliche Rechtsprechung des insoweit zuständigen IX. Zivilsenats des BGH.

Die systematische Darstellung erstreckt sich über alle Bereiche des Insolvenzrechts. Sie ist besonders für diejenigen geeignet, die erstmals mit dieser schwierigen Materie befasst sind und sich anhand der höchstrichterlichen Rechtsprechung mit den Grundstrukturen vertraut machen möchten.

Die Neuauflage arbeitet nicht nur gewohnt zuverlässig den nicht abreißenden, alle Bereiche des Insolvenzrechts erfassenden Fluss der höchstrichterlichen Judikatur ein. Vielmehr werden die einzelnen Entscheidungen akribisch ausgewertet und ihre mitunter vielschichtigen, gelegentlich auch entlegenen Aussagen im jeweils maßgeblich systematischen Zusammenhang dargestellt. Auf diese Weise kann sich der Leser leicht auf den neuesten Stand halten.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie unter www.beck-shop.de/15309841.

Prof. Dr. Markus Gehrlein, *Unternehmensinsolvenz in der Rechtsprechung des BGH*, 2016, Verlag C.H. BECK, 2. Auflage, XII, 299 Seiten, kartoniert, 65 €, ISBN 978-3-406-68509-5

GI Literatur-Ecke

Dickmann: Versicherungsschutz und ehrenamtliche Tätigkeit, *VersR* 2016, 489

Kienzler: Die PartG mbH – Ziel erreicht?, *JR* 2016, 221

Lehmann: Ausgewählte Rechtsfragen der Berufshaftpflichtversicherung der freien Berufe unter besonderer Berücksichtigung aktueller Rechtsprechung, *r+s* 2013, 1

Riechert: Haftung des Anwalts als Insolvenzverwalter, *AnwBl* 2016, 350

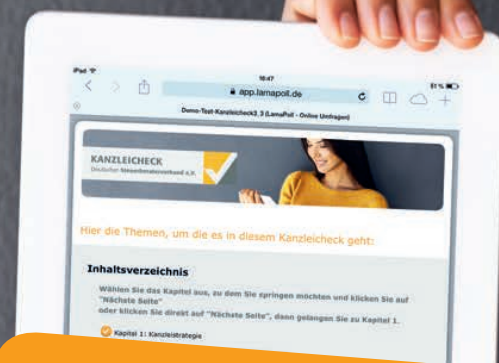
Ruben: Die zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters, *AO-StB* 2016, 140

Tilman: Das Verteilungsverfahren nach § 109 VVG in der Vermögensschadenhaftpflichtversicherung, *VersR* 2016, 497

Verband der steuerberatenden und
wirtschaftsprüfenden Berufe



DEUTSCHER
STEUERBERATER-
VERBAND e.V.



Ich mache den
DStV-Kanzleicheck für
Steuerberater-Start-ups,
weil ich meine Kanzlei
von Anfang an richtig
aufbauen möchte ...

- Strategie
- Mitarbeiter
- Marketing
- Finanzen
- Mandantengewinnung
- Dienstleistung
- Kanzleiorganisation
- Informationstechnologie
- Übergang zum QM

KANZLEICHECK

Deutscher Steuerberaterverband e.V.



Nähere Informationen Online unter
WWW.DSTV.DE/KANZLEICHECK



GI service

Info

Das neue GI Archiv!

Ab sofort finden Sie das komplett überarbeitete und neu gestaltete GI-Archiv unter **www.hdi.de/urteilssuche**.

Seit nunmehr über 35 Jahren erscheint die Fachzeitschrift GI für die wirtschaftsprüfenden sowie steuer- und rechtsberatenden Berufe. Das GI Archiv bietet Ihnen sehr übersichtlich die komplette GI-Rechtsprechung der letzten drei Jahrzehnte. Die Volltextsuche ermöglicht den schnellen Zugriff auf bestimmte Themengebiete. Im Archiv können Sie die Ausgaben seit Bestehen der Publikation durchsuchen.

Mit der überarbeiteten Version ist die Suche von Urteilen und Artikeln noch komfortabler geworden. Probieren Sie es aus!

Service-Fax

(0511) 645 111 3661

Bitte senden Sie Ihre Anfragen zu folgenden Themen an die oben stehende Fax-Nummer: Adressänderungen · Nachbestellung von einzelnen GI-Heften · Anforderung einzelner GI-Urteile (bitte Jahrgang und Seitenzahl angeben).

Worauf Sie sich verlassen können:

HDI steht für umfassende Versicherungs- und Vorsorgelösungen, abgestimmt auf die Bedürfnisse unserer Kunden aus Industrie, mittelständischen Unternehmen, den Freien Berufen und Privathaushalten.

Was uns auszeichnet, sind zukunftsorientierte, effiziente Produktkonzepte mit einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis sowie ein exzellenter Service. Die HDI Versicherung AG bietet ein breites Leistungsspektrum, das alle Bereiche der Sach-, Unfall- und Kraftfahrtversicherung abdeckt: Es reicht von unserem innovativen Compact-Versicherungsschutz für Firmen über unsere leistungsfähigen Berufshaftpflichtversicherungen für die Freien Berufe bis hin zu anspruchsvollen Lösungen für den Privathaushalt.

HDI gehört zum Talanx-Konzern, der nach Beitragseinnahmen drittgrößten deutschen Versicherungsgruppe.

Unser bester
Fremdenführer.



otto-schmidt.de/kwr2

Impressum

GI Informationen für wirtschaftsprüfende,
rechts- und steuerberatende Berufe · ISSN 2199-5478

Herausgeber

HDI Vertriebs AG, Nicole Gustiné, Produktmarketing Sach
HDI-Platz 1, 30659 Hannover, Fax: (0511) 645 111 3661
E-Mail: nicole.gustine@hdi.de

Redaktion

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht
Fachanwalt für Versicherungsrecht (verantwortlich für den Inhalt)
Rafael Meixner, Rechtsanwalt, HDI-Gerling

Erscheinungsweise

6-mal im Jahr, jeweils am 10. des Monats

Verlag

Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Gustav-Heinemann-Ufer 58, 50968 Köln

Abonnementservice

Fax: (0511) 645 111 3661

Layout und Satz

Type Connection, Lechenicher Str. 29, 50374 Erftstadt

Druck

rewi druckhaus, Reiner Winters GmbH, Wiesenstr. 11, 57537 Wissen

Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Postfach 511026, 50946 Köln
Postvertriebsstück G 31191, Entgelt bezahlt